

Sammlung des Bundesrechts

Bundesgesetzblatt

Teil III

Stand vom 1. Februar 1961

Sachgebiet 2 Verwaltung

3. Lieferung

Inhalt

203 Recht der im Dienst des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts stehenden Personen

2032 Besoldung, Reise- und Umzugskosten, Unterhaltszuschuß

	Seite		Seite
2032-1 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) v. 27. 7. 1957	2	2032-2-1 Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Reisekostenvergütung der Beamten v. 16. 12. 1933	86
2032-1-1 Verordnung über die Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses v. 1. 10. 1957	53	2032-2-2 Bestimmungen über Vergütung bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung der Beamten v. 11. 9. 1942	87
2032-1-2 Verordnung über den Unterhaltszuschuß für Bundesbeamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Unterhaltszuschußverordnung -UZV) v. 21. 11. 1957	81	2032-2-3 Sonderbestimmungen für Auslandsdienstreisen der Reichsbeamten v. 22. 12. 1933 ...	87
2032-1-3 Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen v. 8. 6. 1960	83	2032-2-4 Bestimmungen über Vergütung bei Abordnung zu einer auswärtigen Beschäftigungsstelle, zu Lehrkursen und dergleichen von Inlandsbeamten in das Ausland sowie von Auslandsbeamten im Ausland und in das Inland v. 7. 2. 1934	87
2032-1-4 Zweites Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen (Zweites Besoldungserhöhungsgesetz) v. 23. 12. 1960	84	2032-3 Gesetz über Umzugskostenvergütung der Beamten v. 3. 5. 1935	88
Nur mit Überschrift aufgenommen:		2032-3-1 Durchführungsverordnung zum Gesetz über Umzugskostenvergütung der Beamten v. 7. 5. 1935	88
2032-2 Gesetz über Reisekostenvergütung der Beamten v. 15. 12. 1933	86	2032-3-2 Sondervorschriften für Auslandsumzüge der Beamten v. 12. 7. 1935	89

Weitere Vorschriften mit teilweise einschlägigem Inhalt *

1104-1 Gesetz über das Bundesverfassungsgericht v. 12. 3. 1951	2037	Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes
2030-2 Bundesbeamtengesetz (BBG) v. 14. 7. 1953	51-1	Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) v. 19. 3. 1956
2030-3 Gesetz über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes v. 4. 8. 1953	53-2	Gesetz über den Schutz des Arbeitsplatzes bei Einberufung zum Wehrdienst (Arbeitsplatzschutzgesetz) v. 30. 3. 1957
2030-5 Gesetz zur Einführung von Beamtenrecht des Bundes im Saarland v. 30. 6. 1959	63-1	Reichshaushaltsordnung (RHO) v. 31. 12. 1922 i. d. F. d. Bek. v. 14. 4. 1930
Überschrift: Änderungen der Vorschriften sind hier nicht berücksichtigt	931-1	Bundesbahngesetz v. 13. 12. 1951

2032-1

**Bundesbesoldungsgesetz
(BBesG)**

Vom 27. Juli 1957

Bundesgesetzbl. I S. 993, verk. am 7. 8. 1957

Übersicht

	§§
Die Dienstbezüge der Beamten, Richter und Soldaten	1 bis 47
Abschnitt I	
Allgemeine Vorschriften	1 bis 4
Abschnitt II	
Die Dienstbezüge der Beamten	5 bis 30
1. Titel: Das Grundgehalt	5 bis 11
2. Titel: Der Ortszuschlag	12 bis 17
3. Titel: Der Kinderzuschlag	18 bis 20
4. Titel: Zulagen	21, 22
5. Titel: Anrechnung von Sachbezügen	23
6. Titel: Sondervorschriften für Auslandsbeamte	24 bis 29
7. Titel: Sondervorschrift für Beamte im Bundesgrenzschutz	30
Abschnitt III	
Die Dienstbezüge der Richter	31
Abschnitt IV	
Die Dienst- und Sachbezüge der Berufssoldaten und der Soldaten auf Zeit	32 bis 36
Abschnitt V	
Überleitung der vorhandenen Beamten in das neue Recht	37 bis 39
Abschnitt VI	
Übergangsvorschriften	40 bis 44
Abschnitt VII	
Sondervorschriften für die Zeit des Aufbaues der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes	45 bis 47
	KAPITEL II
Anpassung der Versorgungsbezüge	48
	KAPITEL III
Rahmenvorschriften	49 bis 59
	KAPITEL IV
Schlußvorschriften	60 bis 65

KAPITEL I

**Die Dienstbezüge der Beamten,
Richter und Soldaten**

ABSCHNITT I

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Dienstbezüge erhalten nach diesem Gesetz

1. Bundesbeamte auf Lebenszeit, auf Zeit und auf Probe sowie Bundesbeamte auf Widerruf, die weder im Vorbereitungsdienst stehen noch nebenbei verwendet werden,
2. Richter des Bundes,
3. Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit in der Bundeswehr.

§ 2*

Zusammensetzung der Dienstbezüge

(1) Dienstbezüge sind Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinderzuschlag, Stellenzulagen und Ausgleichszulagen.

(2) Muß der Empfänger von Dienstbezügen wegen der Zugehörigkeit seines dienstlichen Wohnsitzes zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark über die Dienstbezüge in einer fremden Währung verfügen, so darf hierdurch die Kaufkraft der Dienstbezüge gegenüber der Kaufkraft im Währungsgebiet der Deutschen Mark weder vermindert noch erhöht werden. Inwieweit dies durch Zu- oder Abschläge (Kaufkraftausgleich) sicherzustellen ist, bestimmt der Bundesminister des Innern im Benehmen mit dem Bundesminister der Finanzen nach Anhörung der zuständigen obersten Dienstbehörde, bei Auslandsdienstbezügen (§ 24 Abs. 1) nach Anhörung des Auswärtigen Amtes.

§ 3

Beginn des Anspruchs auf die Dienstbezüge

Beamte, Richter und Soldaten erhalten die Dienstbezüge von dem Tage an, mit dem ihre Ernennung wirksam wird. Werden sie rückwirkend in eine Planstelle eingewiesen, so erhalten sie die Dienstbezüge schon von dem Tage an, mit dem die Einweisung wirksam wird.

§ 4

Zahlung der Dienstbezüge

(1) Die Dienstbezüge werden monatlich im voraus gezahlt.

(2) Sind Dienstbezüge nur für einen Teil eines Monats zu zahlen, so wird für jeden Tag ein Dreißigstel der Monatsbezüge gezahlt.

(3) Die Dienstbezüge für ledige Mannschaften, Unteroffiziere und Stabsunteroffiziere der Bundeswehr, die auf Grund dienstlicher Verpflichtung in

Gemeinschaftsunterkunft wohnen, können halbmotatlich im voraus gezahlt werden. Das gilt auch für die entsprechenden Vollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz.

ABSCHNITT II

Die Dienstbezüge der Beamten

1. Titel

Das Grundgehalt

§ 5

Bemessung des Grundgehalts

(1) Das Grundgehalt wird nach den Besoldungsordnungen A (für aufsteigende Gehälter) und B (für feste Gehälter) — Anlage I — gewährt. Für Beamte, die nicht in eine Planstelle eingewiesen sind, ist die Eingangsgruppe ihrer Laufbahn maßgebend.

(2) Das Grundgehalt wird, soweit die Besoldungsordnung nicht feste Gehälter vorsieht, nach Dienstaltersstufen bemessen. Es steigt von zwei zu zwei Jahren um die Dienstalterszulage bis zum Endgrundgehalt. Der Tag, von dem für das Aufsteigen in den Dienstaltersstufen auszugehen ist, bestimmt sich nach dem Besoldungsdienstalter.

(3) Der Anspruch auf das Aufsteigen in den Dienstaltersstufen ruht, solange der Beamte vorläufig des Dienstes enthoben ist. Führt ein Disziplinarverfahren zur Entfernung aus dem Dienst oder endet das Beamtenverhältnis infolge strafgerichtlicher Verurteilung, so erlischt der Anspruch auch für die Zeit des Ruhens.

§ 6

Das Besoldungsdienstalter im Regelfall

(1) Das Besoldungsdienstalter beginnt

1. in allen Besoldungsgruppen des einfachen Dienstes (A 1 bis A 4) und in den ersten beiden Besoldungsgruppen des mittleren und des gehobenen Dienstes (A 5 und A 6, A 9 und A 10) am Ersten des Monats, in dem der Beamte das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat,
2. in den ersten beiden Besoldungsgruppen des höheren Dienstes (A 13 und A 14) am Ersten des Monats, in dem der Beamte das dreiundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

(2) Hat der Beamte das Lebensalter, von dem nach Absatz 1 auszugehen ist, an dem Tage, von dem an er nach § 3 Dienstbezüge seiner Besoldungsgruppe zu erhalten hat, überschritten, so wird der Beginn seines Besoldungsdienstalters um die Hälfte der Zeit hinausgeschoben, um die er älter ist.

(3) Von dem Zeitraum, um dessen Hälfte der Beginn des Besoldungsdienstalters nach Absatz 2 hinausgeschoben ist, werden abgesetzt

1. die nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres verbrachte Mindestzeit der außer der allgemeinen Schulbildung vorgeschriebenen Ausbildung (Fachschul-, Hochschul- und praktische Ausbildung,

§ 2 Abs. 2 Satz 2: I. d. F. d. § 1 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. b Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

Vorbereitungsdienst, übliche Prüfungszeit), soweit sie im mittleren und gehobenen Dienst ein Jahr, im höheren Dienst drei Jahre übersteigt; wird die allgemeine Schulbildung durch eine andere Art der Ausbildung ersetzt, so steht diese der Schulbildung gleich;

2. die nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres verbrachte Mindestzeit einer praktischen hauptberuflichen Tätigkeit, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis vorgeschrieben ist;
3. nach Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres liegende Zeiten einer hauptberuflichen Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet, soweit § 8 nichts anderes bestimmt;
4. nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres verbrachte Zeiten eines Kriegsdienstes, einer Kriegsgefangenschaft, eines kriegsbedingten Notdienstes ohne Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses, eines nichtberufsmäßigen Reichsarbeits- oder Wehrdienstes oder eines berufsmäßigen Reichsarbeits- oder Wehrdienstes, soweit er die Zeit der gesetzlichen Reichsarbeits- und Wehrdienstpflicht umfaßt.

Derselbe Zeitraum darf nur nach einer der Vorschriften unter Nummer 1 bis 4 abgesetzt werden.

(4) Die Zeit, um die der Beginn des Besoldungsdienstalters nach Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 3 hinauszuschieben ist, wird auf volle Monate abgerundet.

(5) In den anderen Besoldungsgruppen des mittleren, des gehobenen und des höheren Dienstes (A 7 und A 8, A 11 und A 12, A 15 und A 16) wird der Beginn des nach den Absätzen 1 bis 3, 6 oder 8 für die ersten beiden Besoldungsgruppen der jeweiligen Laufbahngruppe errechneten Besoldungsdienstalters um vier Jahre hinausgeschoben.

(6) Ist der Beamte aus dem mittleren in den gehobenen Dienst oder aus dem gehobenen in den höheren Dienst aufgestiegen, so wird sein Besoldungsdienstalter für die Besoldungsgruppen A 9 und A 10, A 13 und A 14 nach den Absätzen 1 bis 3 festgesetzt. Es darf jedoch gegenüber dem Besoldungsdienstalter des Beamten in den ersten beiden Besoldungsgruppen der nächstniedrigeren Laufbahngruppe höchstens um sechs Jahre hinausgeschoben werden.

(7) Wird ein Beamter des mittleren, des gehobenen oder des höheren Dienstes in einer anderen als den ersten beiden Besoldungsgruppen seiner Laufbahngruppe angestellt, so ist sein Besoldungsdienstalter so festzusetzen, wie wenn er in einer dieser Besoldungsgruppen angestellt und in die Anstellungsgruppe befördert worden wäre.

(8) Ein Fachschuloberlehrer, der aus einer der Besoldungsgruppen A 11 oder A 12 in die Besoldungsgruppe A 13 übergetreten ist, erhält in dieser Besoldungsgruppe und in der Besoldungsgruppe A 14 das Besoldungsdienstalter, das er in den Besoldungsgruppen A 11 oder A 12 gehabt hat.

(9) Hat der Beamte an dem Tage, von dem an er nach § 3 Dienstbezüge zu erhalten hat, das Lebensalter, von dem nach Absatz 1 auszugehen ist, noch nicht erreicht, so erhält er das Anfangsgehalt seiner Besoldungsgruppe.

§ 7*

Öffentlich-rechtliche Dienstherrn

(1) Öffentlich-rechtliche Dienstherrn im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr. 3 sind das Reich, der Bund, die Länder, die Gemeinden (Gemeindeverbände) und andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

(2) Der Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet steht gleich

1. für Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit die bis zum 8. Mai 1945 ausgeübte gleichartige Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn in den Gebieten, die nach dem 31. Dezember 1937 dem Reich angegliedert waren;
2. für volksdeutsche Vertriebene und Umsiedler die gleichartige Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Herkunftsland.

(3) Der Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet kann gleichgestellt werden die Tätigkeit

1. im Dienst eines anderen Staates oder einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung,
2. im Dienst von kommunalen Spitzenverbänden,
3. im Dienst von öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden, im nichtöffentlichen Schuldienst und im nichtöffentlichen Eisenbahndienst. Das gleiche gilt für den Dienst bei nichtöffentlichen Kraftverkehrsunternehmungen, die ganz oder teilweise von der Bundes-(Reichs)post oder von der Bundes-(Reichs)bahn übernommen worden sind.

Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern.

§ 8*

Nicht zu berücksichtigende Dienstzeiten

(1) Bei Anwendung des § 6 Abs. 3 Nr. 3 dürfen im gehobenen und höheren Dienst nur solche Tätigkeiten berücksichtigt werden, die der Tätigkeit in einem Amt der betreffenden Laufbahngruppe mindestens gleichzubewerten sind.

(2) Nicht berücksichtigt werden

1. Zeiten einer Tätigkeit als Beamter, der ohne Ruhegehaltsberechtigung nur Gebühren bezieht,
2. Dienstzeiten, für die eine Abfindung aus öffentlichen Mitteln gewährt worden ist,

§ 7 Abs. 3 letzter Satz: Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960, I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

§ 8 Abs. 2 Nr. 3: BBG 2030-2

3. Dienstzeiten in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, das durch eine Entscheidung der in § 48 des Bundesbeamtenengesetzes bezeichneten Art oder durch Disziplinarurteil beendet worden ist,
4. Dienstzeiten in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis, das durch Entlassung auf Antrag des Bediensteten beendet worden ist, wenn ihm zur Zeit der Antragstellung ein Verfahren mit der Folge des Verlustes der Rechte aus dem Dienstverhältnis oder der Entfernung aus dem Dienst drohte,
5. Dienstzeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, das aus einem vom Bediensteten zu vertretenden Grunde mit sofortiger Wirkung gekündigt worden ist.

Die oberste Dienstbehörde kann Ausnahmen von den Vorschriften der Nummern 3 bis 5 zulassen.

§ 9

Das Besoldungsdienstalter in besonderen Fällen

(1) Tritt ein Beamter, der aus dem mittleren in den gehobenen oder aus dem gehobenen in den höheren Dienst aufgestiegen ist, aus dem Dienst eines anderen Dienstherrn in den Bundesdienst über, wird das Besoldungsdienstalter nach § 6 so festgesetzt, wie wenn der Beamte in der niedrigeren Laufbahngruppe in den Bundesdienst übertreten und danach aufgestiegen wäre.

(2) Wird ein Beamter, der auf seinen Antrag aus dem Beamtenverhältnis ausgeschieden war, um im dienstlichen Interesse eine andere Tätigkeit auszuüben, wieder angestellt, so gilt auch die zwischen dem Ausscheiden und der Wiederanstellung liegende Zeit als Dienstzeit im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr. 3, wenn die oberste Dienstbehörde das dienstliche Interesse vor dem Ausscheiden schriftlich anerkannt hat.

(3) Wird ein Beamter ohne Dienstbezüge beurlaubt, so wird sein Besoldungsdienstalter um die Hälfte der Zeit des Urlaubs hinausgeschoben. Dies gilt nicht, wenn die oberste Dienstbehörde ein dienstliches Interesse an der Beurlaubung vor Antritt des Urlaubs schriftlich anerkannt hat.

(4) Hat ein Beamter den Anspruch auf Dienstbezüge dadurch verloren, daß er dem Dienst schuldhaft ferngeblieben ist, so wird sein Besoldungsdienstalter um die Zeit des Fernbleibens hinausgeschoben.

(5) Für die Bemessung der in den Absätzen 3 und 4 genannten Zeiten gilt § 6 Abs. 4 entsprechend.

§ 10

Wahrung des Besitzstandes

(1) Tritt ein Beamter mit seiner Zustimmung in eine Besoldungsgruppe mit niedrigerem Endgrundgehalt über, so erhält er eine ruhegehaltfähige Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedes zwischen seinem jeweiligen Grundgehalt und dem

Grundgehalt, das er in der verlassenen Gruppe zuletzt bezogen hat; der Gesamtbetrag von Grundgehalt und Ausgleichszulage darf jedoch das Endgrundgehalt der neuen Besoldungsgruppe nicht übersteigen.

(2) Bei der Wiederanstellung von Ruhestandsbeamten und beim Übertritt aus dem Dienst eines anderen Dienstherrn in den Bundesdienst wird dem Beamten entsprechend dem Absatz 1 eine ruhegehaltfähige Ausgleichszulage gewährt, wenn sein neues Grundgehalt niedriger ist als das Grundgehalt, nach dem das zuletzt bezogene Ruhegehalt oder die zuletzt bei dem bisherigen Dienstherrn bezogenen Dienstbezüge bemessen waren.

§ 11

Dem Beamten ist die Berechnung und Festsetzung seines Besoldungsdienstalters schriftlich mitzuteilen.

2. Titel

Der Ortszuschlag

§ 12

Grundlage des Ortszuschlages

(1) Der Ortszuschlag wird nach der Aufstellung in Anlage II gewährt. Seine Höhe richtet sich nach der Tarifklasse, der die Besoldungsgruppe des Beamten zugeteilt ist, nach der Ortsklasse des dienstlichen Wohnsitzes und nach der Stufe, die den Familienverhältnissen des Beamten entspricht.

(2) Ledige Beamte, die auf Grund dienstlicher Verpflichtung in Gemeinschaftsunterkunft wohnen, erhalten den halben Ortszuschlag.

§ 13*

Ortsklasseneinteilung

(1) Die Ortsklasse des dienstlichen Wohnsitzes des Beamten ergibt sich aus dem Ortsklassenverzeichnis.

(2) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates das Ortsklassenverzeichnis aufzustellen und es bei Änderung der tatsächlichen Verhältnisse zu ändern und zu ergänzen. Für die Zuteilung der Orte zu Ortsklassen sind zu berücksichtigen: Einwohnerzahl, Durchschnittsraummetern, sonstige örtliche Besonderheiten, zum Beispiel die Eigenschaft als Bade-, Kur- oder Fremdenverkehrsort oder als stark industrialisierter Ort sowie die Zugehörigkeit zu einem in sich geschlossenen Wirtschaftsgebiet.

(3) Die Bundesregierung wird ferner ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Anlagen und Einrichtungen für Sonderzwecke von der Ortsklasse ihrer Gemeinde auszunehmen und einer höheren Ortsklasse zuzuteilen, wenn ihr Verbleiben in der Ortsklasse ihrer Gemeinde eine erhebliche Härte bedeutet oder unabweisbare dienstliche Belange es erfordern.

§ 13: Vgl. Ortsklassenverzeichnis 2032-1-1

§ 14

Dienstlicher Wohnsitz

(1) Dienstlicher Wohnsitz im Sinne des § 12 Abs. 1 ist der Ort, an dem die Behörde oder ständige Dienststelle des Beamten ihren Sitz hat.

(2) Als Ausnahme kann die oberste Dienstbehörde

1. einzelnen Beamten oder Gruppen von Beamten den Ort, der Mittelpunkt ihrer dienstlichen Tätigkeit ist, als dienstlichen Wohnsitz anweisen,
2. Beamten, die im Ausland an der deutschen Grenze beschäftigt sind, einen Ort im Inland in der Nähe des Beschäftigungsortes als dienstlichen Wohnsitz anweisen,
3. einzelnen Beamten den tatsächlichen Wohnort als dienstlichen Wohnsitz anweisen, wenn er der höheren Ortsklasse angehört und die Beamten ihn auf Anordnung ihrer vorgesetzten Dienststelle innehaben.

Die oberste Dienstbehörde kann diese Befugnis auf nachgeordnete Behörden übertragen.

(3) Für Beamte, die versetzt sind oder deren Umzug an den Ort der Dienstleistung angeordnet ist, gilt, solange sie wegen Wohnungsmangels oder aus anderen Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, verhindert sind, eine Wohnung am Versetzungs- oder Dienstleistungsort zu beziehen, der bisherige dienstliche Wohnsitz als solcher weiter, wenn er der höheren Ortsklasse angehört. Für neu eingestellte Beamte gilt unter den gleichen Voraussetzungen der bisherige Wohnort als dienstlicher Wohnsitz.

§ 15

Stufen des Ortszuschlages

(1) Zur Stufe 1 gehören, soweit sich nicht aus den folgenden Absätzen etwas anderes ergibt, die ledigen Beamten.

(2) Zur Stufe 2 gehören, soweit kein Kinderzuschlag zu gewähren ist,

1. verheiratete Beamte,
2. verwitwete und geschiedene Beamte sowie Beamte, deren Ehe aufgehoben oder für nichtig erklärt ist,
3. ledige Beamte, die das vierzigste Lebensjahr vollendet haben,
4. andere ledige Beamte, die in ihrer Wohnung einer anderen Person nicht nur vorübergehend Unterkunft und Unterhalt gewähren, weil sie gesetzlich oder sittlich dazu verpflichtet sind oder aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen ihrer Hilfe bedürfen.

(3) Die Zugehörigkeit zu den folgenden Stufen richtet sich nach der Zahl der Kinder, für die Kinderzuschlag gewährt wird. Uneheliche Kinder eines männlichen Beamten werden nur berücksichtigt, wenn der Beamte sie in seine Wohnung aufgenommen oder sie auf seine Kosten anderweit untergebracht hat, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit ihm aufgehoben werden soll.

§ 16*

Mehrere Ortszuschläge für dieselbe Familie

(1) Verheiratete Beamte, deren Ehegatte als Beamter, Richter, Soldat oder Angestellter im öffentlichen Dienst steht oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, erhalten den Ortszuschlag der Stufe unter derjenigen, die nach der Aufstellung in Anlage II für sie maßgebend wäre. Ist die Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt und sind gemeinschaftliche eheliche oder an Kindes Statt angenommene Kinder vorhanden, so gilt Satz 1 entsprechend.

(2) Öffentlicher Dienst im Sinne des Absatzes 1 ist die hauptberufliche Tätigkeit im Dienst des Bundes, eines Landes, einer Gemeinde (eines Gemeindeverbandes) oder anderer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder der Verbände von solchen; ausgenommen ist die Tätigkeit bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften oder ihren Verbänden. Dem öffentlichen Dienst steht gleich die hauptberufliche Tätigkeit

1. im Dienst von Vereinigungen, Einrichtungen und Unternehmungen, deren gesamtes Kapital (Grundkapital, Stammkapital) sich in öffentlicher Hand befindet,
2. im Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung, an der der Bund oder eine der in Satz 1 bezeichneten Körperschaften oder Verbände durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist.

Ob die Voraussetzungen zutreffen, entscheidet auf Antrag der Behörde oder des Beamten der Bundesminister des Innern.

§ 17

Anderung des Ortszuschlages

(1) Ändert sich die Tarifklasse, so wird der Ortszuschlag der neuen Tarifklasse von demselben Tage an gezahlt wie das Grundgehalt der neuen Besoldungsgruppe.

(2) Ändern sich dienstlicher Wohnsitz und Ortsklasse, so wird der Ortszuschlag nach der neuen Ortsklasse vom Ersten des Monats an gezahlt, der auf die Änderung folgt. Tritt die Änderung am Ersten eines Monats ein, so ist die Ortsklasse des neuen dienstlichen Wohnsitzes schon für diesen Monat maßgebend.

(3) Der Ortszuschlag einer höheren Stufe wird vom Ersten des Monats an gezahlt, in den das für die Erhöhung maßgebende Ereignis fällt. Der Ortszuschlag einer niedrigeren Stufe wird vom Ersten des übernächsten Monats nach dem für die Herabsetzung maßgebenden Ereignis gezahlt. Ist der Übergang in eine niedrigere Stufe durch den Wegfall eines Kinderzuschlages begründet, so wird der niedrigere Ortszuschlag von dem Tage nach dem Wegfall des Kinderzuschlages (§ 20 Abs. 1 Satz 2) an gezahlt.

* 16 Abs. 2 letzter Satz: Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

(4) Ändern sich die Voraussetzungen des § 16 für die Höhe des Ortszuschlages, so wird der neue Zuschlag vom Ersten des Monats an gezahlt, in den das maßgebende Ereignis fällt.

3. Titel

Der Kinderzuschlag

§ 18

Grundlage und Höhe

(1) Kinderzuschlag wird gewährt für

1. eheliche Kinder,
2. für ehelich erklärte Kinder,
3. an Kindes Statt angenommene Kinder,
4. Stiefkinder, wenn der Beamte sie in seine Wohnung aufgenommen hat,
5. Pflegekinder und Enkel, wenn der Beamte sie in seine Wohnung aufgenommen hat und für ihren Unterhalt und ihre Erziehung nicht von anderer Seite laufend ein höherer Betrag als hundert Deutsche Mark monatlich gezahlt wird,
6. uneheliche Kinder einer Beamtin,
7. uneheliche Kinder eines Beamten, wenn seine Vaterschaft festgestellt ist und er entweder das Kind in seine Wohnung aufgenommen hat oder für den Unterhalt des Kindes nachweislich die festgesetzte Unterhaltsrente, mindestens aber den doppelten Betrag des Kinderzuschlages aufbringt.

Als in die Wohnung aufgenommen gelten Kinder auch dann, wenn der Beamte sie auf seine Kosten anderweit untergebracht hat, ohne daß dadurch die häusliche Verbindung mit ihm aufgehoben werden soll. Für ein Kind, das von einer anderen Person als dem Ehegatten des Beamten an Kindes Statt angenommen worden ist, wird den natürlichen Eltern, für ein uneheliches Kind, das für ehelich erklärt worden ist, wird der Mutter kein Kinderzuschlag gewährt.

(2) Kinderzuschlag wird gewährt, bis das Kind das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet, nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres jedoch nur, wenn es in einer Schul- oder Berufsausbildung steht, die seine Arbeitskraft überwiegend in Anspruch nimmt.

(3) Für ein Kind, das wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen dauernd erwerbsunfähig ist, wird Kinderzuschlag ohne Rücksicht auf das Lebensalter gewährt, wenn die dauernde Erwerbsunfähigkeit vor Vollendung des fünfundzwanzigsten Lebensjahres eingetreten ist, über das achtzehnte Lebensjahr hinaus jedoch nur, wenn es nicht ein eigenes Einkommen von mehr als hundert Deutsche Mark monatlich hat. Waisengeld und Waisenrente zählen nicht zum Einkommen des Kindes.

(4) Verzögert sich die Schul- oder Berufsausbildung aus einem Grunde, der nicht in der Person des Beamten oder des Kindes liegt, über das fünf- undzwanzigste Lebensjahr hinaus, so wird der Kinderzuschlag entsprechend dem Zeitraum der nachgewiesenen Verzögerung länger gewährt.

(5) Für verheiratete, verwitwete und geschiedene Kinder wird kein Kinderzuschlag gewährt.

(6) Der Kinderzuschlag beträgt für Kinder bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr monatlich dreißig Deutsche Mark, bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahr monatlich fünfunddreißig Deutsche Mark und bis zum vollendeten fünfundzwanzigsten Lebensjahr monatlich vierzig Deutsche Mark.

§ 19

Zusammentreffen mehrerer Ansprüche

(1) Für dasselbe Kind wird nur ein Kinderzuschlag gewährt.

(2) Stände nach § 18 oder nach entsprechenden Vorschriften neben dem Beamten auch anderen Personen, die im öffentlichen Dienst (§ 16 Abs. 2) stehen oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach beamtenrechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt sind, Kinderzuschlag für dasselbe Kind zu, so wird dem Beamten Kinderzuschlag gewährt, wenn und soweit er nach den folgenden Grundsätzen anspruchsberechtigt ist:

1. Hätten Vater und Mutter eines ehelichen oder eines gemeinsam an Kindes Statt angenommenen Kindes für dieses Kind Kinderzuschlag zu erhalten, so wird der Kinderzuschlag dem Vater allein, auf Antrag eines Anspruchsberechtigten jedem von ihnen zur Hälfte gewährt. Das gleiche gilt, wenn ein Ehegatte das Kind des anderen an Kindes Statt angenommen hat. Satz 1 gilt entsprechend für Pflege- und Großeltern.
2. Hätten Pflege- oder Großeltern neben natürlichen Eltern Kinderzuschlag für dasselbe Kind zu erhalten, so wird der Kinderzuschlag nur den Pflege- oder Großeltern gewährt.
3. Hätten Stiefeltern neben natürlichen Eltern Kinderzuschlag für dasselbe Kind zu erhalten, so wird der Kinderzuschlag nur den natürlichen Eltern gewährt.
4. Hätte neben der Mutter eines unehelichen Kindes auch der Vater für dieses Kind Kinderzuschlag zu erhalten, so wird der Kinderzuschlag, wenn der Vater das Kind in seine Wohnung aufgenommen hat, dem Vater allein, andernfalls dem Vater und der Mutter je zur Hälfte gewährt.

(3) Wird einem Kinde nach beamtenrechtlichen Vorschriften Kinderzuschlag neben Waisengeld gewährt, so erhält der Beamte für dieses Kind keinen Kinderzuschlag.

§ 20

Zahlung des Kinderzuschlages

(1) Der Kinderzuschlag wird vom Ersten des Monats an gezahlt, in dem das für die Gewährung maßgebende Ereignis fällt. Entfällt der Grund für die Gewährung des Kinderzuschlages, so wird die Zahlung erst mit dem Ablauf des nächsten Monats eingestellt.

(2) Der Eintritt, Wechsel oder Wegfall der Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 wird mit Wirkung vom Ersten des übernächsten Monats nach Eintritt des maßgebenden Ereignisses berücksichtigt. Bei Beendigung des Dienstverhältnisses des anderen Anspruchsberechtigten wird der Wechsel oder der Wegfall der Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 bereits vom Ersten des nächsten Monats an berücksichtigt; für den Monat des Ausscheidens erhält der Beamte den Kinderzuschlag abzüglich des dem anderen bereits gezahlten Teiles des Kinderzuschlages.

(3) Ist für ein Kind ein Vormund oder ein Pfleger bestellt, so kann die vorgesetzte Behörde des Beamten auf Antrag des Vormundschaftsgerichts bestimmen, daß der Kinderzuschlag an den Vormund, den Pfleger oder das Vormundschaftsgericht gezahlt wird.

4. Titel

Zulagen

§ 21

Stellenzulagen

(1) Stellenzulagen werden den Beamten nach den Besoldungsordnungen und nach Absatz 2 gewährt.

(2) Nimmt ein Beamter die dienstlichen Obliegenheiten eines Amtes wahr, für das der Organisations- und Stellenplan die Planstelle einer höheren Besoldungsgruppe vorsieht, so erhält er nach Ablauf von einem Jahr, wenn die höhere Planstelle während dieser Zeit besetzbar war und weiterhin besetzbar ist, eine widerrufliche, nicht-ruhegehaltfähige Stellenzulage in Höhe des Unterschiedes zwischen dem Grundgehalt seiner Besoldungsgruppe und dem, das ihm zustände, wenn er der höheren Besoldungsgruppe angehörte.

(3) Stellenzulagen, die nach der Besoldungsordnung unwiderruflich sind, gelten als Bestandteil des Grundgehalts.

(4) Stellenzulagen, die nach der Besoldungsordnung widerruflich sind, werden nur so lange gewährt, wie der Beamte in der mit der Zulage ausgestatteten Tätigkeit verwendet wird.

§ 22

Andere Zulagen und Zuwendungen

Andere als die in den §§ 10 und 21 aufgeführten Zulagen und Zuwendungen, die nicht gesetzlich geregelt sind, dürfen nur gewährt werden, soweit der Haushaltsplan Mittel dafür zur Verfügung stellt.

5. Titel

Anrechnung von Sachbezügen

§ 23*

(1) Die den Beamten gewährten Sachbezüge werden unter Berücksichtigung ihres wirtschaftlichen Wertes mit einem angemessenen Betrag auf die Dienstbezüge angerechnet.

(2) Die Verwaltungsvorschriften zu Absatz 1 erläßt die oberste Bundesbehörde im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern.

6. Titel

Sondervorschriften für Auslandsbeamte

§ 24

Zusammensetzung der Dienstbezüge

(1) Die Beamten mit dienstlichem Wohnsitz im Ausland erhalten abweichend von § 2 Abs. 1 neben dem Grundgehalt (§§ 5 bis 11) die folgenden Auslandsdienstbezüge: Auslandszulage (§ 25), Haushaltszuschlag (§ 26), Kinderzuschlag (§ 27) und Mietzuschuß (§ 28).

(2) Beamte, denen für ihre Person das Grundgehalt einer höheren Besoldungsgruppe als der für ihr Amt im Ausland vorgesehenen zusteht, erhalten die Auslandsdienstbezüge nur nach der niedrigeren Besoldungsgruppe. Das Grundgehalt der niedrigeren Besoldungsgruppe wird auch dem Kaufkraftausgleich (§ 2 Abs. 2) zugrunde gelegt.

(3) Absatz 1 gilt nicht für Beamte, die wegen ihrer Tätigkeit im Grenzverkehr ihren dienstlichen Wohnsitz in einem ausländischen Grenzort haben. Diese Beamten erhalten den Ortszuschlag der Ortsklasse S.

§ 25*

Auslandszulage

(1) Die Auslandszulage wird nach der Aufstellung in Anlage III gewährt. Ihre Höhe richtet sich nach der Besoldungsgruppe des Beamten und nach der für den ausländischen Dienstort maßgebenden Zone.

(2) Der Bundesminister des Innern teilt nach Anhörung des Auswärtigen Amtes die Dienstorte den Zonen zu. Dabei sind die besonderen Belastungen in der Lebensführung an den Dienstorten zu berücksichtigen.

§ 26

Haushaltszuschlag

(1) Der Haushaltszuschlag wird dem verheirateten Beamten gewährt, wenn er mit seinem Ehegatten am ausländischen Dienstort eine gemeinsame Wohnung innehat. Er beträgt zwanzig vom Hundert des Grundgehalts und der Auslandszulage.

* § 23 Abs. 2, § 25 Abs. 2 Satz 1: Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

(2) Anderen Beamten kann der halbe Haushaltszuschlag gewährt werden, wenn sie am ausländischen Dienstort einen eigenen Haushalt führen.

§ 27

Kinderzuschlag

(1) Der Kinderzuschlag wird nach § 18 Abs. 1 bis 5, §§ 19 und 20 gewährt. Er beträgt zehn vom Hundert des Grundgehalts und der Auslandszulage eines Beamten der Besoldungsgruppe A 9 in der achten Dienstaltersstufe.

(2) Für Kinder, die sich außerhalb des Landes des dienstlichen Wohnsitzes des Beamten aufhalten, beträgt der Kinderzuschlag einheitlich hundertfünfzig Deutsche Mark. Zu diesem Kinderzuschlag wird kein Kaufkraftausgleich (§ 2 Abs. 2) gewährt.

§ 28

Mietzuschuß

Der Mietzuschuß wird gewährt, wenn die Miete für den als notwendig anerkannten leeren Wohnraum fünfzehn vom Hundert der Dienstbezüge (ausschließlich Kinderzuschlag) und einer auf Grund des Haushaltsplans gewährten Aufwandsentschädigung übersteigt. Er beträgt fünfundsiebzig vom Hundert des Mehrbetrages.

§ 29

Zahlung der Auslandsdienstbezüge

Die Auslandsdienstbezüge werden bei Versetzungen zwischen dem Inland und dem Ausland vom Tage nach dem Eintreffen am ausländischen Dienstort bis zum Tage vor der Abreise aus diesem Ort gezahlt. Bei Versetzungen im Ausland werden sie bis zum Tage des Eintreffens am neuen Dienstort nach den für den bisherigen Dienstort maßgebenden Sätzen gezahlt.

7. Titel

Sondervorschrift für Beamte im Bundesgrenzschutz

§ 30 *

Für die Dienst- und Sachbezüge der Vollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz, auch wenn sie dem Bundesministerium des Innern angehören, gilt Abschnitt IV mit Ausnahme des § 33 entsprechend. Die Verwaltungsvorschriften zu § 36 erläßt für den Bundesgrenzschutz der Bundesminister des Innern.

ABSCHNITT III

Die Dienstbezüge der Richter

§ 31

Abschnitt II gilt auch für die Richter.

§ 30 Satz 2: Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

ABSCHNITT IV

Die Dienst- und Sachbezüge der Berufssoldaten und der Soldaten auf Zeit

§ 32

Abschnitt II gilt auch für die Soldaten, soweit sich aus den folgenden Vorschriften nichts anderes ergibt.

§ 33

Beginn des Anspruchs auf Dienstbezüge

Die Soldaten erhalten Dienstbezüge frühestens vom Tage nach Ableistung des vorgeschriebenen Grundwehrdienstes an.

§ 34

Das Besoldungsdienstalter im Regelfall

(1) Das Besoldungsdienstalter beginnt

1. für Mannschaften und Unteroffiziere in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 6,
2. für Offiziere in der Besoldungsgruppe A 9 am Ersten des Monats, in dem der Soldat das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

(2) Hat der Soldat das Lebensalter, von dem nach Absatz 1 auszugehen ist, an dem Tage, von dem an er nach § 3 in Verbindung mit § 33 Dienstbezüge seiner Besoldungsgruppe zu erhalten hat, überschritten, so wird der Beginn seines Besoldungsdienstalters um die Hälfte der Zeit hinausgeschoben, um die er älter ist.

(3) Von dem Zeitraum, um dessen Hälfte der Beginn des Besoldungsdienstalters nach Absatz 2 hinausgeschoben ist, werden abgesetzt

1. bei Offizieren die nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres verbrachte Mindestzeit der außer der allgemeinen Schulbildung für ihre Ernennung zum niedrigsten Offiziersdienstgrad ihrer Laufbahn vorgeschriebenen Ausbildung (militärische Ausbildung, Fachschul-, Hochschul- und praktische Ausbildung, übliche Prüfungszeit), soweit sie ein Jahr übersteigt;
2. nach Vollendung des zwanzigsten Lebensjahres liegende Zeiten einer hauptberuflichen Tätigkeit im Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn im Reichsgebiet (§ 7) und eines nichtberufsmäßigen Reichsarbeits- oder Wehrdienstes, bei Offizieren jedoch nur, soweit die Tätigkeit oder der nichtberufsmäßige Reichsarbeits- oder Wehrdienst mindestens der Tätigkeit in einem Amt der Besoldungsgruppe A 9 gleichzubewerten ist;
3. nach Vollendung des siebzehnten Lebensjahres verbrachte Zeiten eines Kriegsdienstes, einer Kriegsgefangenschaft, eines kriegsbedingten Notdienstes ohne Begründung eines einem Arbeitsvertrag entsprechenden Beschäftigungsverhältnisses oder

eines Reichsarbeits- oder Wehrdienstes, soweit er die Zeit der gesetzlichen Reichsarbeits- und Wehrdienstpflicht umfaßt.

Derselbe Zeitraum darf nur nach einer der Vorschriften unter Nummer 1 bis 3 abgesetzt werden. § 8 Abs. 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Die Zeit, um die der Beginn des Besoldungsdienstalters nach Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 3 hinauszuschieben ist, wird auf volle Monate abgerundet.

(5) Für einen Soldaten der Unteroffizierslaufbahn wird in den Besoldungsgruppen A 7 bis A 10 der Beginn des nach den Absätzen 1 bis 3 errechneten Besoldungsdienstalters um vier Jahre hinausgeschoben.

(6) Ist ein Soldat der Unteroffizierslaufbahn in die Offizierslaufbahn aufgestiegen, so wird sein Besoldungsdienstalter für die Besoldungsgruppe A 9 nach den Absätzen 1 bis 3 festgesetzt. Es darf jedoch gegenüber seinem Besoldungsdienstalter in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 6 höchstens um sechs Jahre hinausgeschoben werden.

(7) Das für Offiziere nach den Absätzen 1 bis 3 oder 6 festgesetzte Besoldungsdienstalter wird in den Besoldungsgruppen A 11, A 13 und A 14 um vier Jahre, in der Besoldungsgruppe A 16 um acht Jahre hinausgeschoben.

(8) Wird ein Unteroffizier in einer der Besoldungsgruppen A 7 bis A 10 angestellt, so ist sein Besoldungsdienstalter so festzusetzen, wie wenn er in der Besoldungsgruppe A 5 angestellt und in die Anstellungsgruppe befördert worden wäre. Wird ein Offizier in einer der Besoldungsgruppen A 11 bis A 16 angestellt, so ist sein Besoldungsdienstalter so festzusetzen, wie wenn er in der Besoldungsgruppe A 9 angestellt und in die Anstellungsgruppe befördert worden wäre.

(9) Das Besoldungsdienstalter der Offiziere einer Laufbahn, deren Eingangsgruppe die Besoldungsgruppe A 13 ist, wird abweichend von den Absätzen 1 bis 3 und 7 wie das der Beamten des höheren Dienstes nach § 6 festgesetzt.

(10) Hat der Soldat an dem Tage, von dem an er nach § 3 in Verbindung mit § 33 Dienstbezüge zu erhalten hat, das einundzwanzigste Lebensjahr noch nicht vollendet, so erhält er das Anfangsgehalt seiner Besoldungsgruppe.

§ 35

Dienstlicher Wohnsitz

Dienstlicher Wohnsitz im Sinne des § 12 Abs. 1 ist der Standort des Soldaten.

§ 36*

Dienstbekleidung, Heilfürsorge, Unterkunft

(1) Für Mannschaften und Unteroffiziere werden die Ausrüstung und die Dienstbekleidung, für Offiziere die Ausrüstung und die Dienstbekleidung, soweit sie zur Einsatz- und Arbeitsausstattung gehört,

§ 36 Abs. 4 Satz 1: Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

unentgeltlich bereitgestellt. Den Offizieren wird für die von ihnen zu beschaffende Dienstbekleidung ein einmaliger Bekleidungszuschuß und für deren besondere Abnutzung eine Entschädigung gewährt.

(2) Den Soldaten wird unentgeltliche truppenärztliche Versorgung gewährt.

(3) Für Soldaten, die auf Grund dienstlicher Verpflichtung in Gemeinschaftsunterkunft wohnen, wird die Unterkunft unentgeltlich bereitgestellt.

(4) Die Verwaltungsvorschriften zu den Absätzen 1 bis 3 erläßt der Bundesminister für Verteidigung im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern. In diesen Verwaltungsvorschriften soll bestimmt werden, daß die Zahlungen nach Absatz 1 Satz 2 an eine vom Bundesminister für Verteidigung errichtete Kleiderkasse geleistet werden.

ABSCHNITT V

Überleitung der vorhandenen Beamten in das neue Recht

§ 37

(1) Die Beamten, die am 31. März und 1. April 1957 im Amt waren, werden nach der Überleitungsübersicht (Anlage IV) übergeleitet. Als bisherige Besoldungsgruppe im Sinne dieser Übersicht gilt die Besoldungsgruppe, der die Beamten am 31. März 1957 angehörten. Für Beamte, die am 31. März 1957 auf Grund gesetzlicher Vorschriften für ihre Person die Dienstbezüge einer höheren Besoldungsgruppe erhielten, gilt diese als bisherige Besoldungsgruppe. Soweit sich aus der Überleitungsübersicht Änderungen von Amtsbezeichnungen ergeben, führen die Beamten die neue Amtsbezeichnung. Ist die bisherige Amtsbezeichnung weder in der Anlage I für die neue Besoldungsgruppe noch in der Überleitungsübersicht aufgeführt, so bestimmt die oberste Dienstbehörde, welche der für die neue Besoldungsgruppe vorgesehenen Amtsbezeichnungen der Beamte führt.

(2) Das Besoldungsdienstalter wird mit Wirkung vom 1. April 1957 nach den §§ 6 bis 9 und 42, für Soldaten und für Vollzugsbeamte im Bundesgrenzschutz, auch wenn sie dem Bundesministerium des Innern angehören, nach den §§ 34, 45 und 46 neu festgesetzt. Das Besoldungsdienstalter eines Beamten, der vor dem 1. April 1957 ohne Dienstbezüge beurlaubt worden war, wird nicht nach § 9 Abs. 3 hinausgeschoben, wenn es nach bisherigem Recht nicht hinausgeschoben worden war oder wenn der Beamte beim Beginn des Urlaubs das Endgrundgehalt seiner damaligen Besoldungsgruppe erhalten hatte.

(3) Bleibt das neue Grundgehalt hinter dem Überleitungsgrundgehalt zurück, das sich aus der Übersicht in Anlage V ergibt, so erhalten die Beamten eine ruhegehaltfähige Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedes, bis dieser durch Erhöhung des Grundgehalts ausgeglichen ist. Allgemeine Erhöhungen der Grundgehälter wegen einer Änderung der

wirtschaftlichen Verhältnisse bleiben außer Betracht. Ist das Überleitungsgrundgehalt niedriger als das Grundgehalt derjenigen Dienstaltersstufe der Regelüberleitungsgruppe (Anlage IV Nr. 1), die den gleichen Abstand von der Endstufe hat wie die Dienstaltersstufe, in der sich die Beamten nach bisherigem Recht am Tage vor der Verkündung des Gesetzes befanden, so tritt dieses Grundgehalt an die Stelle des Überleitungsgrundgehalts. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Beamte, deren Beamtenverhältnis nach dem 1. April 1957, aber vor der Verkündung des Gesetzes geendet hat. Für Beamte, die aus einer der Besoldungsgruppen A 9 b, A 10 c und A 12 übergeleitet werden, wird die Ausgleichszulage stets nach Satz 1 bemessen.

(4) Absatz 1 Satz 4 gilt auch für Beamte, die nach dem 31. März 1957, aber vor der Verkündung des Gesetzes ernannt worden sind.

§ 38

Hat sich die Zahl der Kinder eines Beamten, für die Kinderzuschlag zu gewähren ist, im März 1957 verringert, so gelten für die Gewährung des Kinderzuschlages und des Ortszuschlages § 20 Abs. 1 Satz 2 und § 17 Abs. 3 Satz 3 entsprechend.

§ 39

Dieser Abschnitt gilt auch für Richter und Soldaten.

ABSCHNITT VI

Übergangsvorschriften

§ 40*

§ 41

(1) Die Beamten mit dienstlichem Wohnsitz in Berlin oder Hamburg erhalten weiterhin einen örtlichen Sonderzuschlag in Höhe von drei vom Hundert des Grundgehalts.

(2) Für die Versorgungsempfänger mit Wohnsitz in Berlin oder Hamburg, deren Bezüge der Bund zu tragen hat, tritt zu dem Grundgehalt, das der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge zugrunde liegt, ein örtlicher Sonderzuschlag in Höhe von drei vom Hundert.

§ 42*

(1) Ist oder wird eine Person, die an der Unterbringung nach dem Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen teilnimmt oder teilgenommen hat, bis zum 31. März 1960 als Beamter angestellt (eingestellt), so gilt auch die Zeit vom 9. Mai 1945 bis zur Anstellung (Einstellung) als

§ 40: Betraf Übergangsregelung bis zur Aufstellung d. Ortsklassenverzeichnisses durch V v. 1. 10. 1957 2032-1-1

§ 42 Abs. 1: G 131 2036-1

Dienstzeit im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr. 3. Für die Festsetzung des Besoldungsdienstalters von Beamten des gehobenen oder höheren Dienstes gilt dies nur, wenn die von ihnen vor dem 9. Mai 1945 zuletzt ausgeübte hauptberufliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst mindestens der Tätigkeit in einem Amt ihrer Laufbahngruppe gleichzubewerten ist. § 9 Abs. 1 ist entsprechend anzuwenden, wenn der Beamte vor dem 9. Mai 1945 aus dem mittleren oder gehobenen Dienst in eine höhere Laufbahngruppe aufgestiegen war.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Anstellung (Einstellung) von Personen, die nicht an der Unterbringung teilnehmen, aber auf die Pflichtanteile anrechenbar sind oder auf die § 52 b in Verbindung mit § 62 oder § 63 des in Absatz 1 genannten Gesetzes Anwendung findet.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auch auf die Festsetzung des Besoldungsdienstalters von Personen Anwendung, denen Rechte nach dem in Absatz 1 genannten Gesetz nicht zustehen, weil sie die in § 4 oder § 81 des in Absatz 1 genannten Gesetzes bezeichneten Voraussetzungen nicht erfüllen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten nicht für Personen, die früher eine ihnen angebotene Wiederverwendung aus einem von ihnen zu vertretenden Grunde abgelehnt haben.

§ 43

Die §§ 40 bis 42 gelten auch für Richter, die §§ 40 und 41 auch für Soldaten.

§ 44

Bis zum Erlaß eines besonderen Amtsgehaltsgesetzes bemißt sich das Grundgehalt des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts nach der Besoldungsgruppe B 11, das des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts nach der Besoldungsgruppe B 10 und das der Richter des Bundesverfassungsgerichts nach der Besoldungsgruppe B 8.

ABSCHNITT VII

Sondervorschriften für die Zeit des Aufbaues der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes

§ 45*

(1) Für Soldaten, die vor dem 1. April 1957 in die Bundeswehr eingestellt worden sind oder bis zum 31. März 1965 eingestellt werden, gelten die folgenden Absätze 2 und 3.

(2) Bei der Festsetzung des Besoldungsdienstalters von Soldaten, die vor dem 9. Mai 1945 Soldaten oder planmäßige oder außerplanmäßige Beamte waren oder als Wehrmachtbeamte des Beurlaubtenstandes oder als Wehrmachtbeamte auf Kriegsdauer Wehrdienst geleistet hatten, gilt auch

§ 45 Abs. 1: I. d. F. d. Art. 2 Nr. 1 G v. 28. 3. 1960 I 207

die Zeit vom 9. Mai 1945 bis zur Einstellung in die Bundeswehr als Dienstzeit im Sinne des § 34 Abs. 3 Nr. 2 und des § 34 Abs. 9 in Verbindung mit § 6 Abs. 3 Nr. 3.

(3) Für Soldaten, die zwischen dem 31. Dezember 1923 und dem 1. Juli 1937 geboren sind, wird das Besoldungsdienstalter in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 6 und, wenn sie innerhalb von drei Jahren nach ihrer Einstellung in die Bundeswehr zu Offizieren ernannt werden, auch in der Besoldungsgruppe A 9 abweichend von § 34 in jedem Falle auf den Ersten des Monats festgesetzt, in dem sie das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben.

§ 46*

Für Vollzugsbeamte im Bundesgrenzschutz, die vor dem 1. April 1957 in den Bundesgrenzschutz eingestellt worden sind oder bis zum 31. März 1965 eingestellt werden, gilt § 45 Abs. 2 und 3 entsprechend.

§ 47*

§ 33 gilt nicht für

1. Soldaten, die vor der Verkündung des Gesetzes in die Bundeswehr eingestellt worden sind,
2. Soldaten, die sich für eine Dienstzeit von mindestens zwei Jahren verpflichten.

KAPITEL II

Anpassung der Versorgungsbezüge

§ 48*

(1) Die Bezüge der am 1. April 1957 vorhandenen Versorgungsempfänger, die der Bund oder eine bundesunmittelbare Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts zu tragen hat, sind nach folgenden Vorschriften neu festzusetzen:

1. Neues Grundgehalt ist der Monatsbetrag des Grundgehalts einschließlich der ruhegehaltfähigen Zulagen, das der Berechnung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge am 31. März 1957 zugrunde zu legen war, erhöht

- a) um fünfundsiebzig vom Hundert, wenn es ein Endgrundgehalt oder ein festes Grundgehalt war,
- b) um achtzig vom Hundert, wenn es das Grundgehalt der ersten bis dritten Dienstaltersstufe der Eingangsbesoldungsgruppe einer Laufbahngruppe war,
- c) um fünfundsiebzig vom Hundert in den übrigen Fällen

und um den besonderen Zuschlag, der nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Besoldungsrechts vom 6. Dezember 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 939) zu zahlen war oder zu zahlen gewesen wäre, wenn das Beamtenverhältnis erst

nach dem 1. Oktober 1951 geendet hätte. Das nach Buchstabe c ermittelte neue Grundgehalt darf das nach Buchstabe a errechnete neue Grundgehalt der gleichen Besoldungsgruppe nicht übersteigen.

2. Liegt der Berechnung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt nicht zugrunde, so tritt an die Stelle der Zulagen, die am 31. März 1957 zustanden, eine Zulage von fünfundsiebzig vom Hundert.

3. Bei Übergangsgelältern und Übergangsbezügen nach den §§ 37 und 52a Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 1. September 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 1287) tritt an die Stelle der am 31. März 1957 zustehenden Erhöhung eine Erhöhung um fünfundsiebzig vom Hundert, jedoch dürfen die Übergangsgelälter und Übergangsbezüge einschließlich der Erhöhung das nach Anwendung der Nummer 1 oder 2 sich ergebende Ruhegehalt nicht übersteigen.

4. Es gelten auch

- a) Nummer 2 für laufende Unterstützungen für dienstunfähige Arbeiter und Angestellte ehemaliger Heeres- und Marinebetriebe und der ehemaligen Reichsdruckerei nach den dafür ergangenen Bestimmungen,
- b) Nummer 1 bis 3 für Vorschußzahlungen nach § 61 Abs. 4 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 1. September 1953.

5. An die Stelle der bisherigen Tarifklassen des Wohnungsgeldzuschusses treten die Tarifklassen des Ortszuschlages nach folgender Übersicht:

Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse	Ortszuschlag Tarifklasse
I	Ia
II	Ib
III	II
IV	III
V, VI, VII	IV.

Bemessen sich die Versorgungsbezüge nach einer Besoldungsgruppe, in der für das Anfangsgrundgehalt und das Endgrundgehalt nicht die gleiche Tarifklasse des Wohnungsgeldzuschusses bestimmt war, so richtet sich die Zuteilung zu der neuen Tarifklasse nach der für das Endgrundgehalt bestimmten höheren Tarifklasse.

(2) Bei der Ermittlung des neuen Grundgehalts für Beamte des Zollgrenzdienstes, die als Zollgrenzassistenten vor dem 1. April 1957 gestorben oder in den Ruhestand getreten sind, ist von dem Grundgehalt der bisherigen Besoldungsgruppe A 8a auszugehen.

§ 46: I. d. F. d. Art. 2 Nr. 2 G v. 28. 3. 1960 I 207
 § 47 Nr. 2: I. d. F. d. Art. 2 Nr. 3 G v. 28. 3. 1960 I 207
 § 48: Vgl. Erhöhung der Versorgungsbezüge durch § 2 Nr. 2 u. 3 G v. 8. 6. 1960 2032-1-3, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 6. 1960, u. durch § 2 Nr. 2 u. 3 G v. 23. 12. 1960 2032-1-4, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1961
 § 48 Abs. 1 u. 3: G 131 2036-1

(3) Absatz 1 gilt auch, wenn Einrichtungen nach § 61 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung vom 1. September 1953 zur Versorgung verpflichtet sind.

(4) Personen, die Ansprüche der in den Absätzen 1 und 3 bezeichneten Art nach dem 1. April 1957 erwerben, aber nach dem 31. März 1957 weder zu dem Personenkreis des § 1 gehört noch als Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst gestanden haben oder nebenbei beschäftigt worden sind, stehen den am 1. April 1957 vorhandenen Versorgungsempfängern gleich.

KAPITEL III

Rahmenvorschriften

§ 49

(1) Dieses Kapitel gilt für die Regelung der Dienstbezüge der Beamten der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und der übrigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht eines Landes unterstehen, mit Ausnahme der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

(2) Die Dienstbezüge sowie die allgemeine Einreihung der Ämter in die Gruppen der Besoldungsordnungen sind — unter Berücksichtigung der gemeinsamen Belange aller Dienstherren — durch Gesetz zu regeln.

§ 50

Die Beamten auf Lebenszeit, auf Zeit und auf Probe sowie die Beamten auf Widerruf, die weder im Vorbereitungsdienst stehen noch nebenbei verwendet werden, haben einen Anspruch auf Dienstbezüge. Für außerplanmäßige Professoren und Privatdozenten, die als Beamte auf Widerruf ihre Lehr- oder Forschungstätigkeit nicht hauptberuflich ausüben, kann etwas anderes bestimmt werden.

§ 51

(1) Dienstbezüge sind Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinderzuschlag, Stellenzulagen und Ausgleichszulagen; bei Hochschullehrern auch Zuschüsse zum Grundgehalt.

(2) Die Beamten mit dienstlichem Wohnsitz in Berlin oder Hamburg und die entsprechenden Empfänger von Versorgungsbezügen mit Wohnsitz in diesen Städten können einen örtlichen Sonderzuschlag entsprechend § 41 erhalten.

§ 52

(1) Das Grundgehalt ist nach einer Besoldungsordnung für aufsteigende und für feste Gehälter zu gewähren.

(2) Für Hochschullehrer können besondere Regelungen mit Mindestgrundgehältern vorgesehen werden.

§ 53

(1) Für die Beamten und Richter, die die gleiche Grundamtsbezeichnung tragen, sind in den Besoldungsordnungen für aufsteigende Gehälter von allen Dienstherren einheitlich bezeichnete Besoldungsgruppen nach folgender Übersicht vorzusehen:

Grundamtsbezeichnung	Besoldungsgruppe
Amtsgehilfe	A 1
Oberamtsgehilfe	A 2
Hauptamtsgehilfe	A 3
Amtsmeister	A 4
Assistent, Werkführer	A 5
Sekretär, Werkmeister	A 6
Obersekretär, Oberwerkmeister	A 7
Hauptsekretär, Hauptwerkmeister	A 8
Inspektor	A 9
Oberinspektor	A 10
Amtmann	A 11
Amtsrat, Oberamtman	A 12
Regierungsrat, Landgerichtsrat, Verwaltungsgerichtsrat	A 13
Oberregierungsrat, Landgerichtsrat, Verwaltungsgerichtsrat	A 14
Regierungsdirektor, Landgerichtsdirektor, Verwaltungsgerichtsdirektor	A 15
Ministerialrat, Leitender Regierungsdirektor	A 16

(2) Die Richter können in der Eingangsgruppe ihrer Laufbahn von der neunten Dienstaltersstufe an das Grundgehalt der Besoldungsgruppe A 14 erhalten.

§ 54

(1) Die Endgrundgehälter der Besoldungsgruppen A 1, A 5, A 9 und A 13 müssen sich zueinander verhalten wie hundert zu hundertzwanzig zu zweihundert zu dreihundertdreißig. Unwiderrufliche Stellenzulagen gelten hierbei nicht als Bestandteile des Grundgehalts.

(2) Geringfügige Abweichungen wegen der Abrundung der Grundgehaltssätze bleiben außer Betracht.

§ 55

(1) Das Besoldungsdienstalter ist nach den Grundsätzen der §§ 6 bis 9 und 42 festzusetzen.

(2) Für die Anfangsgrundgehälter der Besoldungsgruppen A 1, A 5, A 9 und A 13 gelten die folgenden Hundertsätze der Endgrundgehälter als Höchstsätze:

Besoldungsgruppen A 1 und A 5	siebzig vom Hundert,
Besoldungsgruppen A 9 und A 13	fünfundsechzig vom Hundert.

§ 54 Abs. 2 gilt.

(3) Das Besoldungsdienstalter darf in den Besoldungsgruppen A 1, A 5 und A 9 frühestens am Ersten des Monats beginnen, in dem der Beamte das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat, in der Besoldungsgruppe A 13 am Ersten des Monats, in dem der Beamte das dreiundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat.

(4) Für das Aufsteigen vom Anfangs- zum Endgrundgehalt sind in jeder Besoldungsgruppe einheitliche Dienstaltersstufen und -zulagen vorzusehen.

(5) Das Endgrundgehalt darf frühestens erreicht werden

in der Besoldungsgruppe A 1 am Ersten des Monats, in dem das einundvierzigste Lebensjahr vollendet wird,

in der Besoldungsgruppe A 5 am Ersten des Monats, in dem das fünfundvierzigste Lebensjahr vollendet wird,

in der Besoldungsgruppe A 9 am Ersten des Monats, in dem das fünfundvierzigste Lebensjahr vollendet wird,

in der Besoldungsgruppe A 13 am Ersten des Monats, in dem das siebenundvierzigste Lebensjahr vollendet wird.

§ 56*

(1) Die Höhe des Ortszuschlages richtet sich nach der dienstlichen Stellung des Beamten, nach der Ortsklasse seines dienstlichen Wohnsitzes und nach seinen Familienverhältnissen.

(2) Die Ortsklasse des dienstlichen Wohnsitzes ergibt sich aus dem Ortsklassenverzeichnis des Bundes.

§ 57

Kinderzuschlag ist nach den Grundsätzen des § 18 Abs. 1 bis 5 und der §§ 19 und 20 zu gewähren.

§ 58

Unwiderrufliche Stellenzulagen gelten als Bestandteil des Grundgehalts. Stellenzulagen dürfen nur gewährt werden, wenn sie in den Besoldungsgesetzen vorgesehen sind.

§ 59

(1) Dieses Kapitel gilt, soweit es sich nicht ohnehin auf Richter bezieht, auch für die Richter.

(2) Bei der Regelung der Dienstbezüge der kommunalen Wahlbeamten auf Zeit kann von den §§ 51 bis 55 abgewichen werden.

KAPITEL IV

Schlußvorschriften

§ 60

Die Obergerichtsräte des früheren Deutschen Obergerichts erhalten, solange sie nicht in den Ruhestand getreten sind, die Dienstbezüge eines Beamten der Besoldungsgruppe B 5. Unter der gleichen Voraussetzung erhält der Präsident des früheren Deutschen Obergerichts die Dienstbezüge eines Beamten der Besoldungsgruppe B 10.

§ 61*

Die allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu diesem Gesetz erläßt der Bundesminister des Innern, soweit die Besoldung der Richter oder der Sol-

§ 56 Abs. 2: Ortsklassenverzeichnis 2032-1-1

§ 61: Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

daten berührt wird, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Justiz oder dem Bundesminister für Verteidigung. § 23 Abs. 2 und § 36 Abs. 4 bleiben unberührt.

§ 62*

§ 63*

(1) Dieses Gesetz,

§ 101 Abs. 3 Satz 3 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 243) in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juli 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 662),

§ 9 Abs. 2, § 31 b, § 31 c des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes vom 11. Mai 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 291, 354) in der Fassung des Gesetzes vom 23. Dezember 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 820) und

§ 4 des Gesetzes über die Rechtsstellung der in den Deutschen Bundestag gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes vom 4. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 777)

regeln Art und Umfang der Dienstbezüge der in § 1 genannten Personen erschöpfend.

(2) Ist in Rechts- und Verwaltungsvorschriften auf Vorschriften und Bezeichnungen Bezug genommen, die nach Absatz 1 für die in § 1 genannten Personen nicht mehr gelten, so treten an deren Stelle die Vorschriften und Bezeichnungen dieses Gesetzes, soweit sich aus § 48 nichts anderes ergibt.

§ 64*

(1) Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

(2) *Dieses Gesetz gilt nicht für die in § 13 des Gesetzes über die Eingliederung des Saarlandes vom 23. Dezember 1956 (Bundesgesetzbl. I S. 1011) bezeichneten Bundesbeamten und Versorgungsempfänger. Kapitel III gilt nicht für die Beamten und Richter des Saarlandes, der saarländischen Gemeinden, Gemeindeverbände und der übrigen saarländischen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.*

§ 65

(1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1957 in Kraft, soweit die Absätze 2 und 3 nichts anderes vorschreiben.

(2) § 25 tritt am 1. Januar 1958 in Kraft. Bis dahin gelten für die Auslandszulage die im Haushaltsplan festgelegten Grundsätze.

(3) Kapitel III tritt am 1. Januar 1958 in Kraft.

§ 62: Änderungsvorschrift

§ 63 Abs. 1: G v. 12. 3. 1951 1104-1; G v. 21. 7. 1956 1104-2; G v. 23. 12. 1955 2037-1; G v. 4. 8. 1953 2030-3

§ 64 Abs. 1: GVBl. Berlin 1957 S. 1203

§ 64 Abs. 2: Hinsichtlich d. Geltung d. BBesG im Saarland vgl. G. v. 30. 6. 1959 2030-5

Besoldungsordnungen A und B*

Vorbemerkungen

1. Die Amtsbezeichnungen sind in den Besoldungsgruppen nach der Buchstabenfolge geordnet. Die Amtsbezeichnungen der Vollzugsbeamten im Bundesgrenzschutz und die Dienstgradbezeichnungen der Soldaten sind am Schluß der Besoldungsgruppen aufgeführt. Ein Anhang zur Besoldungsordnung A enthält künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen.
2. Die Beamtinnen erhalten die Amtsbezeichnung in der weiblichen Form.
3. Die Grundgehaltssätze sind Monatsbeträge. Sie sind für alle Besoldungsgruppen in einer Übersicht am Schluß dieser Anlage zusammengestellt.

Bundesbesoldungsordnung A

Aufsteigende Gehälter

Besoldungsgruppe 1

288,90 300,46 312,02 323,58 335,14 346,70 358,26 369,82 381,38 392,94 404,50 DM

Ortszuschlag: IV

Unmittelbarer Bundesdienst

Amtsgehilfe
Bahnwärter
Bauaufseher
Postbote
Signalwärter

Grenzfänger

Grenadier, Flieger, Matrose¹⁾

Mittelbarer Bundesdienst

Amtsgehilfe

¹⁾ In diese Besoldungsgruppe gehören auch alle Soldaten des untersten Mannschaftsdienstgrades, für die der Bundespräsident besondere Dienstgradbezeichnungen festgesetzt hat.

Besoldungsgruppe 2

300,46 312,02 323,58 335,14 346,70 358,26 369,82 381,38 392,94 404,50 416,06 427,62 DM

Ortszuschlag: IV

Unmittelbarer Bundesdienst

Betriebsaufseher¹⁾
Bundesbahnschaffner¹⁾
Drucker
Justizwachtmeister
Maschinenwärter
Oberamtsgehilfe
Oberbahnwärter
Oberbauaufseher
Obersignalwärter

Postschaffner¹⁾
Zollbootsmann
Zollmaschinenwärter
Zollwachtmeister

Grenztruppjäger

Gefreiter

Mittelbarer Bundesdienst

Oberamtsgehilfe

¹⁾ Erhält als Führer von Kraftwagen eine widerrufliche, nichtruhegehaltfähige Stellenzulage von 10 DM.

Besoldungsgruppe 3

312,02 323,58 335,14 346,70 358,26 369,82 381,38 392,94 404,50 416,06 427,62 439,18 DM

Ortszuschlag: IV

Unmittelbarer Bundesdienst

Betriebsoberaufseher
 Bundesbahnbetriebswart
 Bundesbahnoberbeschaffner
 Fernmeldewart
 Geldzähler
 Gleiswart
 Hauptamtsgehilfe
 Justizoberwachtmeister
 Leitungswart
 Maschinenoberwärter
 Oberdrucker

Postoberschaffner
 Postwart
 Schleusenbetriebswart
 Zollmaschinenoberwärter
 Zolloberbootsmann
 Zolloberwachtmeister

Grenzoberjäger
 Obergefreiter

Mittelbarer Bundesdienst

Hauptamtsgehilfe

Besoldungsgruppe 4

323,58 335,14 346,70 358,26 369,82 381,38 392,94 404,50 416,06 427,62 439,18 450,74 DM

Ortszuschlag: IV

Unmittelbarer Bundesdienst

Amtsmeister¹⁾
 Betriebsmeister
 Fernmeldeoberwart
 Gleismeister
 Justizhauptwachtmeister
 Leitungsmeister
 Posthauptschaffner

Postoberwart
 Triebwagenführer
 Zollhauptbootsmann
 Zollhauptwachtmeister
 Zollmaschinenhauptwärter

Grenzhauptjäger
 Hauptgefreiter

¹⁾ Amtsmeister beim Bundespräsidialamt und beim Bundeskanzleramt erhalten eine unwiderrufliche ruhegehaltfähige Stellenzulage von 23,11 DM.

Besoldungsgruppe 5*

346,70 358,26 369,82 381,38 392,94 404,50 416,06 427,62 439,18 450,74 462,30 473,86 485,42 DM

Ortszuschlag: IV

Unmittelbarer Bundesdienst

Bundesbahnassistent
 Bundesbahnoberbetriebswart
 Fernmeldeassistent
 Forstwart
 Justizassistent
 Maschinenführer
 Obergeldzähler
 Obertriebwagenführer
 Postassistent
 Regierungsassistent
 Regierungsvermessungsassistent
 Reservelokomotivführer
 Schiffsassistent
 Schleusenmeister
 Steuerassistent¹⁾
 Technischer Bundesbahnassistent
 Technischer Fernmeldeassistent
 Technischer Postassistent
 Technischer Regierungsassistent
 Unterbrandmeister

Verwaltungsassistent
 Werkführer
 Zollassistent¹⁾
 Zollmaschinenführer
 Zollschiiffsassistent
 Zugführer

Wachtmeister im Bundesgrenzschutz
 Fahnenjunker im Bundesgrenzschutz
 Oberwachtmeister im Bundesgrenzschutz²⁾

Unteroffizier
 Fahnenjunker
 Maat
 Seekadett
 Stabsunteroffizier²⁾
 Obermaat²⁾

Mittelbarer Bundesdienst

Bankassistent
 Verwaltungsassistent

¹⁾ Kann im Vollstreckungsdienst nach näherer Bestimmung des Bundesministers des Innern eine widerrufliche, nicht-ruhegehaltfähige Vergütung erhalten.

²⁾ Erhält eine unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Stellenzulage von 11,56 DM.

Besoldungsgruppe 5, Fußnote 1): Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

Besoldungsgruppe 6*

366,32 382,50 398,68 414,86 431,04 447,22 463,40 479,58 495,76 511,94 528,12 544,30 560,48 DM

Ortszuschlag: IV

Unmittelbarer Bundesdienst

Betriebsobermeister
 Brandmeister¹⁾
 Bundesbahnsekretär
 Fernmeldeseekretär
 Gleisobermeister
 Justizsekretär
 Kriminalhauptwachtmeister
 Leitungsobermeister
 Lokomotivführer¹⁾
 Maschinenmeister¹⁾
 Oberschleusenmeister
 Oberzugführer
 Postsekretär
 Postverwalter
 Regierungssekretär
 Regierungsvermessungssekretär¹⁾
 Revierforstwart
 Schiffsführer¹⁾
 Steuersekretär²⁾
 Technischer Bundesbahnsekretär¹⁾

Technischer Fernmeldeseekretär¹⁾
 Technischer Postsekretär¹⁾
 Technischer Regierungssekretär¹⁾
 Verwaltungssekretär
 Werkmeister¹⁾
 Zollmaschinenmeister¹⁾
 Zollschiiffsführer¹⁾
 Zollsekretär²⁾

Hauptwachtmeister im Bundesgrenzschutz
 Fähnrich im Bundesgrenzschutz

Feldwebel
 Fähnrich
 Bootsmann
 Fähnrich zur See

Mittelbarer Bundesdienst

Banksekretär
 Verwaltungssekretär

¹⁾ Erhält eine unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Stellenzulage von 23,11 DM.

²⁾ Kann im Vollstreckungsdienst nach näherer Bestimmung des Bundesministers des Innern eine widerrufliche, nicht-ruhegehaltfähige Vergütung erhalten.

Besoldungsgruppe 7*

406,77 428,73 450,69 472,65 494,61 516,57 538,53 560,49 582,45 604,41 626,37 648,33 670,29 DM

Ortszuschlag: III

Unmittelbarer Bundesdienst

Bundesbahnobersekretär
 Fernmeldeobersekretär
 Justizobersekretär
 Kriminalmeister
 Oberbrandmeister
 Oberforstwart
 Oberlokomotivführer
 Obermaschinenmeister
 Oberschiffsführer
 Oberwerkmeister
 Postobersekretär
 Postoberverwalter
 Regierungsobersekretär
 Regierungsvermessungsobersekretär
 Steuerobersekretär¹⁾

Technischer Bundesbahnobersekretär
 Technischer Fernmeldeobersekretär
 Technischer Postobersekretär
 Technischer Regierungsobersekretär
 Verwaltungsobersekretär
 Zollobermaschinenmeister
 Zolloberschiffsführer
 Zollobersekretär¹⁾

Meister im Bundesgrenzschutz

Oberfeldwebel
 Oberbootsmann

Mittelbarer Bundesdienst

Bankobersekretär
 Verwaltungsobersekretär

¹⁾ Kann im Vollstreckungsdienst nach näherer Bestimmung des Bundesministers des Innern eine widerrufliche, nicht-ruhegehaltfähige Vergütung erhalten.

Besoldungsgruppe 8

442,59 466,86 491,13 515,40 539,67 563,94 588,21 612,48 636,75 661,02 685,29 709,56 733,83 DM

Ortszuschlag: III

Unmittelbarer Bundesdienst

Bundesbahnhauptsekretär
 Fernmeldehauptsekretär
 Hauptbrandmeister
 Hauptlokomotivführer

Hauptmaschinenmeister
 Hauptschiffsführer
 Hauptwerkmeister
 Justizhauptsekretär
 Kriminalobermeister

Besoldungsgruppe 6, Fußnote²⁾, Besoldungsgruppe 7, Fußnote¹⁾: Fassung gem. Änderung durch § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 10 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

Posthauptsekretär
Regierungshauptsekretär
Regierungsvermessungshauptsekretär
Revieroberforstwart
Steuerhauptsekretär
Technischer Bundesbahnhauptsekretär
Technischer Fernmeldehauptsekretär
Technischer Posthauptsekretär
Technischer Regierungshauptsekretär
Verwaltungshauptsekretär
Zollhauptmaschinenmeister

Zollhauptschiffsführer
Zollhauptsekretär

Obermeister im Bundesgrenzschutz

Hauptfeldwebel
Hauptbootsmann

Mittelbarer Bundesdienst
Bankhauptsekretär
Verwaltungshauptsekretär

Besoldungsgruppe 9

517,71 541,98 566,25 590,52 614,79 639,06 663,33 687,60 711,87 736,14 760,41 784,68 808,95 DM

Ortszuschlag: III

Unmittelbarer Bundesdienst

Archivinspektor
Bibliotheksinspektor
Bundesbahninspektor
Fernmeldeinspektor
Justizinspektor
Kapitän¹⁾
Konsulatssekretär
Kriminalkommissar
Lotse¹⁾
Postbauinspektor¹⁾
Postinspektor
Postmeister
Regierungsbauinspektor¹⁾
Regierungsinspektor
Regierungsvermessungsinspektor¹⁾
Revierförster
Steuerinspektor
Technischer Bundesbahninspektor¹⁾
Technischer Fernmeldeinspektor¹⁾

Technischer Postinspektor¹⁾
Technischer Regierungsinspektor¹⁾
Verwaltungsinspektor¹⁾
Zollinspektor¹⁾
Zollkapitän¹⁾

Stabsmeister im Bundesgrenzschutz
Leutnant im Bundesgrenzschutz¹⁾
Oberleutnant im Bundesgrenzschutz²⁾

Stabsfeldwebel
Stabsbootsmann
Leutnant¹⁾
Leutnant zur See¹⁾
Oberleutnant²⁾
Oberleutnant zur See²⁾

Mittelbarer Bundesdienst
Bankinspektor
Verwaltungsinspektor¹⁾

¹⁾ Beamte und Soldaten, bei denen neben der Laufbahnprüfung die Abschlußprüfung einer höheren technischen Lehranstalt als Anstellungsvoraussetzung vorgeschrieben ist, erhalten eine unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Stellenzulage von 46,22 DM. Dies gilt nur, wenn während des Besuchs der höheren technischen Lehranstalt keine Dienstbezüge gezahlt wurden.

²⁾ Erhält eine unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Stellenzulage von 46,22 DM.

Besoldungsgruppe 10

563,93 593,98 624,03 654,08 684,13 714,18 744,23 774,28 804,33 834,38 864,43 894,48 924,53 DM

Ortszuschlag: III

Unmittelbarer Bundesdienst

Archivoberinspektor
Bibliotheksoberinspektor
Bundesbahnoberinspektor
Fernmeldeoberinspektor
Justizoberinspektor
Konsulatssekretär Erster Klasse
Kriminaloberkommissar
Oberförster
Oberlotse
Oberpostmeister
Postoberbauinspektor
Postoberinspektor
Regierungsoberbauinspektor
Regierungsoberinspektor
Regierungsvermessungsoberinspektor

Seekapitän
Steueroberinspektor
Technischer Bundesbahnoberinspektor
Technischer Fernmeldeoberinspektor
Technischer Postoberinspektor
Technischer Regierungsoberinspektor
Verwaltungsoberinspektor
Zolloberinspektor

Oberstabsmeister im Bundesgrenzschutz

Oberstabsfeldwebel
Oberstabsbootsmann

Mittelbarer Bundesdienst
Bankoberinspektor
Verwaltungsoberinspektor

Besoldungsgruppe 11

685,27 721,09 756,91 792,73 828,55 864,37 900,19 936,01 971,83 1007,65 1043,47 1079,29 1115,11 DM

Ortszuschlag: II

Unmittelbarer Bundesdienst

Archivamtmann
 Bibliotheksamtmann
 Bundesbahnamtmann
 Fachschuloberlehrer (soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 12)
 Forstamtmann
 Justizamtmann
 Kanzler
 Kriminalhauptkommissar
 Postamtmann
 Regierungsamtmann
 Regierungsbauamtmann
 Regierungsvermessungsamtmann

Seeoberkapitän
 Steueramtmann
 Technischer Bundesbahnamtmann
 Technischer Regierungsamtmann
 Verwaltungsamtmann
 Zollamtmann
 Hauptmann im Bundesgrenzschutz
 Hauptmann
 Kapitänleutnant

Mittelbarer Bundesdienst

Bankamtmann
 Verwaltungsamtmann

Besoldungsgruppe 12

756,91 797,36 837,81 878,26 918,71 959,16 999,61 1040,06 1080,51 1120,96 1161,41 1201,86 1242,31 DM

Ortszuschlag: II

Unmittelbarer Bundesdienst

Amtsrat
 Bundesbahnoberamtmann
 Fachschuloberlehrer^{1) 2)}
 Forstoberamtmann
 Justizoberamtmann
 Kanzler Erster Klasse
 Postoberamtmann
 Regierungsoberamtmann
 Regierungsoberbauamtmann
 Seehauptkapitän

Steuerrat
 Technischer Bundesbahnoberamtmann
 Technischer Regierungsoberamtmann
 Verwaltungsoberamtmann
 Zollrat

Mittelbarer Bundesdienst

Bankamtsrat
 Bankoberamtmann
 Verwaltungsoberamtmann

¹⁾ Lehrkräfte, bei denen auf Grund ihrer Lehraufgabe die Prüfung als Diplom-Ingenieur oder Diplom-Handelslehrer oder neben einem berufspädagogischen Studium von mindestens 6 Semestern eine erste Staatsprüfung für das Gewerbelehreramt und die Ingenieurprüfung einer staatlichen oder staatlich anerkannten Ingenieurschule als Anstellungsvoraussetzung vorgeschrieben ist.

²⁾ Lehrkräfte, deren Aufgabenkreis sich aus dem der Besoldungsgruppe A 11 heraushebt.

Besoldungsgruppe 13

849,36 889,81 930,26 970,71 1011,16 1051,61 1092,06 1132,51 1172,96 1213,41 1253,86 1294,31 1334,76 DM

Ortszuschlag: II

Unmittelbarer Bundesdienst

Archivrat
 Bergrat
 Bibliotheksrat
 Bundesbahnrat
 Forstmeister
 Konsul
 Kustos
 Legationsrat
 Militärpfarrer
 Postbaurat
 Postrat

Regierungsapotheker
 Regierungsbaurat
 Regierungsfischereirat
 Regierungsgewerberat
 Regierungskriminalrat
 Regierungswirtschaftsrat
 Regierungsmedizinalrat
 Regierungsrat
 Regierungsvermessungsrat
 Regierungsveterinär
 Studienrat (auch als Leiter einer Fachschule)
 Verwaltungsgerichtsrat (soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 14)¹⁾

Verwaltungsrat
Wissenschaftlicher Rat
Stabsingenieur im Bundesgrenzschutz
Major im Bundesgrenzschutz
Stabsarzt im Bundesgrenzschutz
Stabsingenieur
Major
Korvettenkapitän

Stabsapotheker
Stabsarzt
Stabsveterinär

Mittelbarer Bundesdienst

Bankrat (auch als Direktor einer Zweigstelle)
Medizinalrat
Verwaltungsrat

¹⁾ Bis zur achten Dienstaltersstufe.

Besoldungsgruppe 14

932,57 983,42 1034,27 1085,12 1135,97 1186,82 1237,67 1288,52 1339,37 1390,22 1441,07 1491,92 1542,77 DM

Ortszuschlag: II

Unmittelbarer Bundesdienst

Bibliotheksoberrat
Bundesbahnoberrat
Direktor der Bundeshauptkasse
Konsul Erster Klasse
Legationsrat Erster Klasse
Militäroberpfarrer
Oberarchivrat
Oberbergat
Oberforstmeister
Oberpostbaurat
Oberpostrat
Oberregierungsaurat
Oberregierungsgewerberat
Oberregierungskriminalrat
Oberregierungslandwirtschaftsrat
Oberregierungsmedizinalrat
Oberregierungsrat
Oberregierungsvermessungsrat
Oberregierungsveterinärat
Oberstudienrat (auch als Leiter einer großen Fachschule)

Verwaltungsgerichtsrat (soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 13)¹⁾
Verwaltungsoberrat
Wissenschaftlicher Oberrat
Zweiter Direktor beim Deutschen Archäologischen Institut
Zweiter Direktor der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt (Main)

Oberstleutnant im Bundesgrenzschutz
Oberstabsarzt im Bundesgrenzschutz

Oberstleutnant
Fregattenkapitän
Oberstabsapotheker
Oberstabsarzt
Oberstabsveterinär

Mittelbarer Bundesdienst

Bankoberrat (auch als Zweiter Direktor einer Hauptstelle)
Medizinaloberrat
Verwaltungsoberrat

¹⁾ Von der neunten Dienstaltersstufe an.

Besoldungsgruppe 15

1056,22 1111,69 1167,16 1222,63 1278,10 1333,57 1389,04 1444,51 1499,98 1555,45 1610,92 1666,39 1721,86 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Bibliotheksdirektor
Botschaftsrat
Bundesbahndirektor
Direktor bei der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen (als Mitglied der Geschäftsführung)
Direktor beim Deutschen Patentamt
Direktor des Bundesschleppbetriebes
Direktor des Kraftfahrt-Bundesamtes
Direktor des Luftfahrt-Bundesamtes
Direktor einer Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Direktor und Professor bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft
Direktor und Professor bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
Direktor und Professor beim Bundesgesundheitsamt

Generalkonsul (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 16 und B 5)
Landforstmeister
Militärdekan
Oberpostdirektor
Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof
Oberstudiendirektor (auch als Leiter einer Fachschule von besonderer Bedeutung)
Regierungsbaudirektor
Regierungsdirektor
Regierungskriminaldirektor
Regierungsmedizinaldirektor
Senatsrat beim Deutschen Patentamt
Verwaltungsdirektor
Vortragender Legationsrat
Verwaltungsgerichtsdirektor

Oberfeldarzt im Bundesgrenzschutz
 Oberfeldapotheker
 Oberfeldarzt
 Flottillenarzt
 Oberfeldveterinär

Mittelbarer Bundesdienst

Bankdirektor (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 16, B 3, B 5 und B 8)
 Medizinaldirektor
 Verwaltungsdirektor

Besoldungsgruppe 16 *

1214,53 1280,40 1346,27 1412,14 1478,01 1543,88 1609,75 1675,62 1741,49 1807,36 1873,23 1939,10 2004,97 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Abteilungspräsident (bei der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost)
 Botschafter (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 5 und B 8)
 Botschaftsrat Erster Klasse
 Direktor der Bundesanstalt für Landeskunde
 Direktor der Bundesstelle für Außenhandelsinformation
 Direktor des Bundesarchivs
 Direktor des Bundessortenamtes
 Direktor des Institutes für Raumforschung
 Direktor und Professor des Deutschen Historischen Institutes in Rom
 Erster Direktor bei der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen (als Vorsitzender der Geschäftsführung)
 Erster Direktor beim Deutschen Archäologischen Institut
 Erster Direktor der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt (Main)
 Erster Direktor und Professor beim Bundesgesundheitsamt
 Finanzpräsident
 Generalkonsul (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 15 und B 5)
 Gesandter (soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 5)
 Leitender Direktor beim Bundesmonopolamt für Branntwein
 Leitender Direktor und Professor bei der Bundesanstalt für Materialprüfung

Leitender Direktor und Professor bei der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere
 Leitender Direktor und Professor bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
 Leitender Direktor und Professor beim Bundesgesundheitsamt
 Leitender Regierungsbaudirektor
 Leitender Regierungsdirektor
 Leitender Regierungsmedizinaldirektor
 Leitender Verwaltungsdirektor
 Militäroberdekan
 Ministerialrat
 Oberlandforstmeister
 Präsident der Bundesanstalt für Flugsicherung
 Präsident der Bundesanstalt für Gewässerkunde
 Präsident des Sozialamtes der Deutschen Bundespost
 Präsident einer Wasser- und Schifffahrtsdirektion (soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 3)
 Senatspräsident beim Deutschen Patentamt
 Vortragender Legationsrat Erster Klasse
 Oberst im Bundesgrenzschutz
 Oberstarzt im Bundesgrenzschutz
 Oberst
 Kapitän zur See
 Oberstapotheker
 Oberstarzt
 Flottenarzt
 Oberstveternär

Mittelbarer Bundesdienst

Bankdirektor (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 15, B 3, B 5 und B 8)
 Leitender Medizinaldirektor
 Leitender Verwaltungsdirektor

Besoldungsgruppe 16: „Direktor des Bundesamtes für den Luftschutzwarndienst“ gestrichen gem. § 4 G v. 5. 12. 1958 I 893; „Direktor des Bundesamtes für Auswanderung“ gestrichen gem. § 10 Nr. 1 G v. 28. 12. 1959 I 829

Anhang zur Besoldungsordnung A

Künftig wegfallende Ämter und Amtsbezeichnungen

Besoldungsgruppe 1

Unmittelbarer Bundesdienst

Bahn Helfer
Kastellan
Maschinist (soweit nicht in der Besoldungsgruppe 2)
Oberbahnwart
Schleusenoberwärter
Technischer Gehilfe

Besoldungsgruppe 2

Unmittelbarer Bundesdienst

Laborant
Maschinist (soweit nicht in der Besoldungsgruppe 1)
Oberwerkmann
Schiffsführer
Werkmann
Grenzüberjäger

Mittelbarer Bundesdienst

Betriebsassistent

Besoldungsgruppe 3

Unmittelbarer Bundesdienst

Kanzleiassistent
Magazinmeister
Postkraftwagenführer

Mittelbarer Bundesdienst

Kanzleiassistent

Besoldungsgruppe 4

Unmittelbarer Bundesdienst

Wachtmeister im Bundesgrenzschutz

Besoldungsgruppe 5

Unmittelbarer Bundesdienst

Präparator (soweit nicht in der Besoldungsgruppe 6)
Oberwachtmeister im Bundesgrenzschutz

Besoldungsgruppe 6

Unmittelbarer Bundesdienst

Präparator (soweit nicht in der Besoldungsgruppe 5)

Besoldungsgruppe 7

Unmittelbarer Bundesdienst

Lithograph
Oberpräparator

Besoldungsgruppe 8

Unmittelbarer Bundesdienst

Bundesbahnbetriebsinspektor
Lokomotivbetriebsinspektor
Technischer Bundesbahnbetriebsinspektor

Besoldungsgruppe 9

Unmittelbarer Bundesdienst

Kriminalinspektor

Besoldungsgruppe 13

Unmittelbarer Bundesdienst

Oberstabsarzt im Bundesgrenzschutz
Oberstabsarzt
Marineoberstabsarzt

Besoldungsgruppe 14

Unmittelbarer Bundesdienst

Wissenschaftlicher Rat und Professor beim Bundesgesundheitsamt
Kommandoarzt im Bundesgrenzschutz
Oberfeldarzt
Flottillenarzt

Besoldungsgruppe 16

Unmittelbarer Bundesdienst

Vizepräsident bei einer Oberpostdirektion
Vizepräsident des Bundesbahn-Sozialamtes
Vizepräsident des Fernmeldetechnischen Zentralamtes
Vizepräsident einer Bundesbahndirektion
Vizepräsident einer Oberbetriebsleitung
Vizepräsident eines Bundesbahnzentralamtes

Bundesbesoldungsordnung B

Feste Gehälter.

Besoldungsgruppe 1

1716,06 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Direktor der Bundesanstalt für Straßenbau
 Direktor der Bundesanstalt für Wasserbau
 Direktor und Professor (bei wissenschaftlichen Forschungsanstalten)

Besoldungsgruppe 2*

2068,52 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Präsident des Amtes für Wertpapierbereinigung
 Vizepräsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz
 Vizepräsident des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen
 Vizepräsident des Bundesgesundheitsamtes
 Vizepräsident des Bundesversicherungsamtes
 Vizepräsident und Professor der Bundesanstalt für Materialprüfung

Besoldungsgruppe 3*

2224,53 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Direktor beim Bundesausgleichsamt
 Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst
 Direktor der Erprobungsstelle Meppen
 Direktor des Institutes für angewandte Geodäsie
 Direktor im Bundesnachrichtendienst
 Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder
 Präsident der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft
 Präsident der Bundesdruckerei
 Präsident der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere
 Präsident des Bundesverwaltungsamtes
 Präsident des Deutschen Hydrographischen Institutes

Präsident einer Oberpostdirektion (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 5 und B 6)
 Präsident einer Wasser- und Schifffahrtsdirektion (soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 16)
 Vizepräsident der Bundesschuldenverwaltung
 Vizepräsident des Deutschen Patentamtes
 Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes
 Vizepräsident und Professor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt

Mittelbarer Bundesdienst

Bankdirektor (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 15, A 16, B 5 und B 8)
 Oberdirektor bei der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
 Präsident eines Landesarbeitsamtes (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 4, B 5 und B 6)

Besoldungsgruppe 2: „Vizepräsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz“ eingef. gem. § 4 Nr. II G v. 5. 12. 1958 I 893
 Besoldungsgruppe 3: „Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“ u. „Präsident der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz“ gestrichen gem. § 4 Nr. II G v. 5. 12. 1958 I 893; „Präsident des Bundesverwaltungsamtes“ eingef. gem. § 10 Nr. 2 G v. 28. 12. 1959 I 829

Besoldungsgruppe 4

2386,31 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Mittelbarer Bundesdienst

Präsident eines Landesarbeitsamtes (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 3, B 5 und B 6)

Besoldungsgruppe 5

2542,32 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Botschafter (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 16 und B 8)
 Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof
 Bundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht
 Bundesdisziplinaranwalt
 Bundesrichter beim Bundesarbeitsgericht
 Bundesrichter beim Bundesdisziplinarhof
 Bundesrichter beim Bundesfinanzhof
 Bundesrichter beim Bundesgerichtshof
 Bundesrichter beim Bundessozialgericht
 Bundesrichter beim Bundesverwaltungsgericht
 Bundeswehrdisziplinaranwalt
 Direktor beim Bundesrechnungshof
 Generalkonsul (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 15 und A 16)
 Gesandter (soweit nicht in der Besoldungsgruppe A 16)
 Militärgeneraldekan
 Militärgeneralvikar
 Ministerialdirigent
 Präsident der Außenhandelsstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft
 Präsident der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein
 Präsident des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft
 Präsident des Bundesbahn-Sozialamtes
 Präsident des Bundeskriminalamtes
 Präsident des Deutschen Archäologischen Institutes

Präsident des Deutschen Wetterdienstes
 Präsident des Oberprüfungsamtes für die höheren technischen Verwaltungsbeamten
 Präsident des Posttechnischen Zentralamtes
 Präsident einer Bundesbahndirektion (soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 6)
 Präsident einer Oberpostdirektion (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 3 und B 6)
 Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz
 Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes
 Brigadegeneral im Bundesgrenzschutz
 Brigadegeneral
 Flottillenadmiral
 Generalapotheker
 Generalarzt
 Admiralarzt

Mittelbarer Bundesdienst

Bankdirektor (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 15, A 16, B 3 und B 8)
 Direktor bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (als Mitglied der Geschäftsführung)
 Direktor der Deutschen Landesrentenbank
 Präsident der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr
 Präsident eines Landesarbeitsamtes (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 3, B 4 und B 6)

Besoldungsgruppe 6 *

2704,10 DM

Ortszuschlag: Ib

Unmittelbarer Bundesdienst

Oberfinanzpräsident
 Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz
 Präsident des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen
 Präsident des Bundesgesundheitsamtes
 Präsident des Bundesversicherungsamtes
 Präsident des Bundeswehrrersatzamtes
 Präsident des Fernmeldetechnischen Zentralamtes
 Präsident einer Bundesbahndirektion (soweit nicht in der Besoldungsgruppe B 5)
 Präsident einer Oberpostdirektion (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 3 und B 5)

Präsident einer Wehrbereichsverwaltung
 Präsident eines Bundesbahnzentralamtes
 Präsident und Professor der Bundesanstalt für Materialprüfung
 Vizepräsident des Bundesausgleichsamtes
 Generalmajor
 Konteradmiral
 Generalstabsarzt

Mittelbarer Bundesdienst

Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (als Vorsitz der Geschäftsführung)
 Präsident eines Landesarbeitsamtes (soweit nicht in den Besoldungsgruppen B 3, B 4 und B 5)

Besoldungsgruppe 6: „Präsident des Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz“ eingef. gem. § 4 Nr. II G v. 5. 12. 1958 I 893

Besoldungsgruppe 7

2860,11 DM

Ortszuschlag: I a

Unmittelbarer Bundesdienst

Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht
 Präsident der Bundesschuldenverwaltung
 Präsident des Deutschen Patentamtes
 Präsident des Statistischen Bundesamtes
 Präsident und Professor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
 Senatspräsident beim Bundesarbeitsgericht
 Senatspräsident beim Bundesdisziplinarhof
 Senatspräsident beim Bundesfinanzhof

Senatspräsident beim Bundesgerichtshof
 Senatspräsident beim Bundessozialgericht
 Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht
 Vizepräsident des Bundesfinanzhofes
 Vizepräsident des Bundessozialgerichtes

Mittelbarer Bundesdienst

Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Besoldungsgruppe 8

3021,89 DM

Ortszuschlag: I a

Unmittelbarer Bundesdienst

Botschafter (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 16 und B 5)
 Direktor bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn
 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
 Ministerialdirektor
 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz
 Präsident des Bundesnachrichtendienstes

Präsident des Hauptprüfungsamtes für die Deutsche Bundesbahn
 Vizepräsident des Bundesrechnungshofes
 Generalleutnant
 Vizeadmiral
 Generaloberstabsarzt

Mittelbarer Bundesdienst

Bankdirektor (soweit nicht in den Besoldungsgruppen A 15, A 16, B 3 und B 5)

Besoldungsgruppe 9

3495,69 DM

Ortszuschlag: I a

Unmittelbarer Bundesdienst

Präsident des Bundesausgleichsamtes
 Präsident des Bundesdisziplinarhofes

Besoldungsgruppe 10

3813,48 DM

Ortszuschlag: I a

Unmittelbarer Bundesdienst

Präsident des Bundesarbeitsgerichtes
 Präsident des Bundesfinanzhofes
 Präsident des Bundesgerichtshofes
 Präsident des Bundessozialgerichtes
 Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes
 Unterstaatssekretär

General
 Admiral

Mittelbarer Bundesdienst

Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Besoldungsgruppe 11

4212,16 DM

Ortszuschlag: I a

Erster Präsident der Deutschen Bundesbahn (als Vorsitz des Vorstandes)
 Präsident der Deutschen Bundesbahn (als Mitglied des Vorstandes)
 Präsident des Bundesrechnungshofes
 Staatssekretär

Grundgehaltssätze in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes*

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag-Tarif-Klasse	Dienstaltersstufe													Dienstalterszulage
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
Besoldungsordnung A															
1		288,90	300,46	312,02	323,58	335,14	346,70	358,26	369,82	381,38	392,94	404,50	—	—	11,56
2		300,46	312,02	323,58	335,14	346,70	358,26	369,82	381,38	392,94	404,50	416,06	427,62	—	11,56
3	IV	312,02	323,58	335,14	346,70	358,26	369,82	381,38	392,94	404,50	416,06	427,62	439,18	—	11,56
4		323,58	335,14	346,70	358,26	369,82	381,38	392,94	404,50	416,06	427,62	439,18	450,74	—	11,56
5		346,70	358,26	369,82	381,38	392,94	404,50	416,06	427,62	439,18	450,74	462,30	473,86	485,42	11,56
6		366,32	382,50	398,68	414,86	431,04	447,22	463,40	479,58	495,76	511,94	528,12	544,30	560,48	16,18
7		406,77	428,73	450,69	472,65	494,61	516,57	538,53	560,49	582,45	604,41	626,37	648,33	670,29	21,96
8	III	442,59	466,86	491,13	515,40	539,67	563,94	588,21	612,48	636,75	661,02	685,29	709,56	733,83	24,27
9		517,71	541,98	566,25	590,52	614,79	639,06	663,33	687,60	711,87	736,14	760,41	784,68	808,95	24,27
10		563,93	593,98	624,03	654,08	684,13	714,18	744,23	774,28	804,33	834,38	864,43	894,48	924,53	30,05
11		685,27	721,09	756,91	792,73	828,55	864,37	900,19	936,01	971,83	1007,65	1043,47	1079,29	1115,11	35,82
12		756,91	797,36	837,81	878,26	918,71	959,16	999,61	1040,06	1080,51	1120,96	1161,41	1201,86	1242,31	40,45
13	II	849,36	889,81	930,26	970,71	1011,16	1051,61	1092,06	1132,51	1172,96	1213,41	1253,86	1294,31	1334,76	40,45
14		932,57	983,42	1034,27	1085,12	1135,97	1186,82	1237,67	1288,52	1339,37	1390,22	1441,07	1491,92	1542,77	50,85
15		1056,22	1111,69	1167,16	1222,63	1278,10	1333,57	1389,04	1444,51	1499,98	1555,45	1610,92	1666,39	1721,86	55,47
16	Ib	1214,53	1280,40	1346,27	1412,14	1478,01	1543,88	1609,75	1675,62	1741,49	1807,36	1873,23	1939,10	2004,97	65,87

Besoldungsordnung B

1		1716,06
2		2068,52
3		2224,53
4	Ib	2386,31
5		2542,32
6		2704,10
7		2860,11
8		3021,89
9	Ia	3495,69
10		3813,48
11		4212,16

Unwiderrufliche Stellenzulagen in der Anlage I des Bundesbesoldungsgesetzes

Besoldungsgruppe A 4, Fußnote 1	: 23,11 DM
Besoldungsgruppe A 5, Fußnote 2	: 11,56 DM
Besoldungsgruppe A 6, Fußnote 1	: 23,11 DM
Besoldungsgruppe A 9, Fußnoten 1 und 2	: 46,22 DM

Unwiderrufliche Stellenzulagen in der Anlage IV Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes

Fußnote 1	: 63,56 DM
Fußnote 2	: 33,51 DM
Fußnote 3	: 28,89 DM

Grundgehaltssätze u. unwiderrufliche Stellenzulagen: I. d. F. d. Anlage I zu § 1 Abs. 1 G v. 23. 12. 1960 2032-1-4, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1961

Ortszuschlag

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Orts- klasse	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 (bei einem kinder- zuschlagsberechtigten Kind)
			Monatsbeträge in DM		
Ia	B 7 bis B 11	S	232	289	310
		A	197	248	268
		B	162	207	225
Ib	A 15 und A 16, B 1 bis B 6	S	180	234	255
		A	151	199	219
		B	122	164	182
II	A 11 bis A 14	S	146	192	213
		A	123	163	183
		B	100	134	152
III	A 7 bis A 10	S	119	157	178
		A	99	133	153
		B	79	109	127
IV	A 1 bis A 6	S	106	139	160
		A	89	119	139
		B	72	99	117

Bei mehr als einem kinderzuschlagsberechtigten Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind, und zwar

für das zweite bis zum fünften Kind in Ortsklasse S um je 27 DM,
in Ortsklasse A um je 25 DM,
in Ortsklasse B um je 22 DM,

für das sechste und die weiteren Kinder in Ortsklasse S um je 35 DM,
in Ortsklasse A um je 33 DM,
in Ortsklasse B um je 29 DM.

Auslandszulage (§ 25)

Bes.-Gr.	Zone							
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII
Monatsbeträge in DM								
A 2	259	290	342	380	418	456	532	608
5/6	286	320	378	420	462	504	588	672
7	313	350	414	460	506	552	644	736
9	340	380	450	500	550	600	700	800
10	367	410	486	540	594	648	756	864
11	394	441	522	580	638	696	812	928
12/13	422	471	558	620	682	744	868	992
14	456	509	603	670	737	804	938	1072
15	483	540	639	710	781	852	994	1136
16	517	578	684	760	836	912	1064	1216
B 5	544	608	720	800	880	960	1120	1280
8	571	638	756	840	924	1008	1176	1344

Überleitungsübersicht*

1. Regelüberleitung

Bisherige Besoldungsgruppe		Neue Besoldungsgruppe	Bisherige Besoldungsgruppe		Neue Besoldungsgruppe
Bund	Bundesbahn		Bund	Bundesbahn	
A 1 a	A 1	A 16	A 8 a	A 11	A 5
A 1 b	A 1 a	A 15	—	A 12	A 4
A 1 c	—	A 16	A 9 a	A 13	A 3
A 2 a	—	A 14	A 9 b	—	A 5
A 2 b	A 2	A 14	A 10 a	A 14	A 2
A 2 c 1	—	A 13 ¹⁾	—	A 15	A 2
A 2 c 2	A 3	A 13	A 10 b	A 16	A 1
A 2 d	A 4	A 12	—	A 17	A 1
A 3 b	A 5	A 11	—	A 17 a	A 1
A 3 e	—	A 11	A 10 c	—	A 3
A 4 a 1	—	A 10	A 11	—	A 1
A 4 b 1	A 6	A 10	A 12	—	A 1
A 4 c 1	—	A 9 ²⁾			
A 4 c 2	A 7	A 9	B 2	B 2	B 11
A 4 d kw	A 7 a kw	A 7	B 3 a	—	B 10
A 4 e	A 7 b	A 8	B 3 b	—	B 9
A 4 f	—	A 9	B 4	B 4	B 8
A 5 a	—	A 7	B 5	—	B 7
A 5 b	A 8	A 7	B 6	B 6	B 6
A 6	—	A 6	B 7 a	B 7 a	B 5
A 7 a	A 9	A 6	B 7 b	—	B 4
A 7 b	—	A 5 ³⁾	B 8	—	B 3
—	A 10	A 5	B 9	—	B 2
A 7 c	—	A 5	B 10	—	B 1

1) Unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Stellenzulage von 63,56 DM

2) Unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Stellenzulage von 33,51 DM

3) Unwiderrufliche, ruhegehaltfähige Stellenzulage von 28,89 DM

2. Sonderüberleitung

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Besoldungsgruppe A 1 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Botschaftsrat	—	Botschaftsrat Erster Klasse
Direktor bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt	—	Leitender Direktor und Professor bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
Direktor beim Bundesversicherungsamt	—	Leitender Regierungsdirektor
Direktor beim Statistischen Bundesamt	—	Leitender Regierungsdirektor
Direktor der Bundesanstalt für Flugsicherung	—	Präsident der Bundesanstalt für Flugsicherung
Direktor des Instituts für angewandte Geodäsie	B 3	—
Direktor und Professor beim Bundesgesundheitsamt	—	Leitender Direktor und Professor beim Bundesgesundheitsamt
Erster Direktor der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen	—	Erster Direktor bei der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen (als Vorsitzender der Geschäftsführung)
Erster Sekretar beim Deutschen Archäologischen Institut	—	Erster Direktor beim Deutschen Archäologischen Institut
Finanzpräsident — bei der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein —	—	Leitender Direktor beim Bundesmonopolamt für Branntwein
Leitender Regierungsdirektor — bei der Bundesstelle für Außenhandelsinformation —	—	Direktor der Bundesstelle für Außenhandelsinformation
Oberregierungsbaudirektor	—	Leitender Regierungsbaudirektor
Oberregierungsbaudirektor — Leiter der Bundesanstalt für Gewässerkunde —	—	Präsident der Bundesanstalt für Gewässerkunde
Staatsfinanzrat	—	Leitender Regierungsdirektor
Vizepräsident bei einer Oberpostdirektion	A 16 kw	—
Vizepräsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt	B 3	Vizepräsident und Professor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz	B 5	—
Vizepräsident des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen	B 2	—
Vizepräsident des Bundesgesundheitsamtes	B 2	—

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Vizepräsident des Bundesversicherungsamtes	B 2	—
Vizepräsident des Deutschen Patentamtes	B 3	—
Vizepräsident des Fernmeldetechnischen Zentralamtes der Deutschen Bundespost	A 16 kw	Vizepräsident des Fernmeldetechnischen Zentralamtes
Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes	B 3	—
Vortragender Legationsrat	—	Vortragender Legationsrat Erster Klasse
Wasserstraßendirektor	—	Präsident einer Wasser- und Schifffahrtsdirektion
Mittelbarer Bundesdienst		
Abteilungsdirektor — bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte —	—	Leitender Verwaltungsdirektor
Direktor bei der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	—	Leitender Verwaltungsdirektor
Direktor beim Landesarbeitsamt (als ständiger Stellvertreter des Präsidenten des Landesarbeitsamtes)	—	Leitender Verwaltungsdirektor
Stellvertretendes Vorstandsmitglied bei der Deutschen Landesrentenbank	—	Bankdirektor
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 1		
Hauptverwaltungsrat	—	Ministerialrat
Vizepräsident des Bundesbahn-Sozialamtes	A 16 kw	—
Vizepräsident einer Bundesbahndirektion	A 16 kw	—
Vizepräsident einer Oberbetriebsleitung	A 16 kw	—
Vizepräsident eines Bundesbahnzentralamtes	A 16 kw	—
Besoldungsgruppe A 1 b		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Abteilungsdirektor (bei der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz)	—	Regierungsdirektor
Abteilungsdirektor und Professor beim Bundesgesundheitsamt	—	Direktor und Professor beim Bundesgesundheitsamt

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Direktor bei der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen	—	Direktor bei der Landesversicherungsanstalt Oldenburg-Bremen (als Mitglied der Geschäftsführung)
Regierungsdirektor — bei der Bundesanstalt für Materialprüfung —	A 16	Leitender Direktor und Professor bei der Bundesanstalt für Materialprüfung
Regierungs- und Kriminaldirektor	—	Regierungskriminaldirektor
Mittelbarer Bundesdienst		
Bundesverwaltungsdirektor	—	Verwaltungsdirektor
Direktor bei der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr (als Ständiger Stellvertreter des Präsidenten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr)	—	Verwaltungsdirektor
Direktor beim Landesarbeitsamt (als Ständiger Stellvertreter des Präsidenten des Landesarbeitsamtes)	—	Verwaltungsdirektor
Besoldungsgruppe A 2 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Direktor beim Deutschen Patentamt	A 15	—
Finanzrat	—	Oberregierungsrat
Oberfinanzrat	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat oder Regierungsrat als Mitglied bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat oder Regierungsrat als Mitglied bei der Bundesanstalt für Materialprüfung	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat oder Regierungsrat als Mitglied bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat oder Regierungsrat als Mitglied beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat oder Regierungsrat als Mitglied beim Bundesgesundheitsamt	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat oder Regierungsrat als Mitglied beim Bundesversicherungsamt	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat oder Regierungsrat als Mitglied beim Deutschen Patentamt	—	Oberregierungsrat

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Senatsrat beim Deutschen Patentamt	A 15	—
Wissenschaftlicher Rat und Professor beim Bundesgesundheitsamt	A 14 kw	—
Besoldungsgruppe A 2 b		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Bibliotheksdirektor	—	Bibliotheksoberrat
Bürodirektor beim Bundesfinanzhof	—	Oberregierungsrat
Bürodirektor beim Bundesgerichtshof	—	Oberregierungsrat
Bürodirektor beim Bundessozialgericht	—	Oberregierungsrat
Bürodirektor beim Bundesverwaltungsgericht	—	Oberregierungsrat
Gesandtschaftsrat Erster Klasse	—	Legationsrat Erster Klasse
Obermedizinalrat	—	Oberregierungsmedizinalrat
Oberpostrat als Ministerialbürodirektor	—	Oberpostrat
Oberregierungschemierat	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat als Ministerialbürodirektor	—	Oberregierungsrat
Oberregierungsrat als Ministerialbürodirektor — im Auswärtigen Amt —	—	Legationsrat Erster Klasse
Oberregierungs- und -baurat	—	Oberregierungsbaurat
Oberregierungs- und -kriminalrat	—	Oberregierungskriminalrat
Oberregierungs- und -medizinalrat	—	Oberregierungsmedizinalrat
Oberregierungs- und -veterinärat	—	Oberregierungsveterinärat
Oberstaatsanwalt	A 15	Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof
Oberverwaltungsrat	—	Verwaltungsoberrat
Zweiter Sekretar beim Deutschen Archäologischen Institut	—	Zweiter Direktor beim Deutschen Archäologischen Institut
Kommandoarzt im Bundesgrenzschutz bei den Grenzschutzkommandos	A 14 kw	—
Oberfeldarzt	A 14 kw	—
Flottillenarzt	A 14 kw	—
Mittelbarer Bundesdienst		
Bundesverwaltungsoberrat	—	Verwaltungsoberrat

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Oberfinanzrat bei der Deutschen Landesrentenbank	—	Bankoberrat
Obermedizinalrat	—	Medizinaloberrat
Oberverwaltungsrat	—	Verwaltungsoberrat
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 2		
Bürodirektor in der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn	—	Bundesbahnoberrat
Besoldungsgruppe A 2 c 1		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Regierungsgewerbeschulrat — im Bundesgrenzschutz —	—	Regierungsrat
Besoldungsgruppe A 2 c 2		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Assistent beim Deutschen Archäologischen Institut	—	Regierungsrat
Bürodirektor beim Bundesarbeitsgericht	—	Regierungsrat
Gesandtschaftsrat	—	Legationsrat
Legationssekretär	—	Legationsrat
Regierungsschemierat	—	Regierungsrat
Regierungsrat als Bürodirektor beim Bundesrat	—	Regierungsrat
Regierungsrat als Ministerialbürodirektor	—	Regierungsrat
Regierungs- und Kriminalrat	—	Regierungskriminalrat
Regierungs- und Landwirtschaftsrat	—	Regierungslandwirtschaftsrat
Studienrat im Grenzschutzfachschuldienst (als Leiter einer Grenzschutzfachschule)	—	Studienrat
Vizekonsul	—	Konsul
Oberstabsarzt im Bundesgrenzschutz	A 13 kw	—
Oberstabsarzt	A 13 kw	—
Marineoberstabsarzt	A 13 kw	—
Marinestabsarzt	—	Stabsarzt

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Mittelbarer Bundesdienst		
Bankfinanzrat bei der Deutschen Landesrentenbank	—	Bankrat
Bundesverwaltungsrat	—	Verwaltungsrat
Besoldungsgruppe A 2 d		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Oberpostamtman	—	Postoberamtman
Rendant der Legationskasse	—	Amtsrat
Technischer Oberamtman	—	Technischer Regierungsoberamtman
Mittelbarer Bundesdienst		
Amtsrat	—	Verwaltungsoberamtman
Bankrat bei der Deutschen Landesrentenbank	—	Bankoberamtman
Regierungsoberamtman	—	Verwaltungsoberamtman
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 4		
Bundesbahnamtsrat in der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn	—	Amtsrat
Besoldungsgruppe A 3 b		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Amtman	—	Regierungsamtman
Finanzamtman	—	Regierungsamtman
Hafenkapitän	—	Regierungsamtman
Kartographenamtman	—	Regierungsamtman
Kriminalrat	—	Kriminalhauptkommissar
Technischer Amtman	—	Technischer Regierungsamtman
Vermessungsamtman	—	Regierungsvermessungsamtman
Wetterdienstamtman	—	Regierungsamtman
Mittelbarer Bundesdienst		
Regierungsamtman	—	Verwaltungsamtman
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 5		
Kanzleivorsteher in der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn	—	Bundesbahnamtman
Seekapitän auf Hochseefährschiffen	—	Technischer Bundesbahnamtman

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Besoldungsgruppe A 4 a 1		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Finanzinspektor	—	Regierungsoberinspektor
Oberfinanzinspektor	—	Regierungsoberinspektor
Regierungsoberinspektor oder Regierungsinpektor bei der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft	—	Regierungsoberinspektor
Regierungsoberinspektor oder Regierungsinpektor bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt	—	Regierungsoberinspektor
Regierungsoberinspektor oder Regierungsinpektor beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungs- und Bausparwesen	—	Regierungsoberinspektor
Regierungsoberinspektor oder Regierungsinpektor beim Bundesversicherungsamt	—	Regierungsoberinspektor
Regierungsoberinspektor oder Regierungsinpektor beim Deutschen Patentamt	—	Regierungsoberinspektor
Technischer Oberinspektor oder Inspektor bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt	—	Technischer Regierungsoberinspektor
Technischer Regierungsoberinspektor oder Regierungsinpektor bei der Bundesanstalt für Materialprüfung	—	Technischer Regierungsoberinspektor
Besoldungsgruppe A 4 b 1		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Bezirkzollkommissar	—	Zolloberinspektor
Kartographenoberinspektor	—	Regierungsoberinspektor
Lotsenoberinspektor	—	Oberlotse
Nautischer Oberinspektor	—	Technischer Regierungsoberinspektor
Oberinspektor	—	Regierungsoberinspektor
Oberpostbauinspektor	—	Postoberbauinspektor
Oberpostinspektor	—	Postoberinspektor
Oberseekapitän	—	Seekapitän
Obersteuerinspektor	—	Steueroberinspektor
Obertelegrapheninspektor	—	Fernmeldeoberinspektor
Oberzollinspektor	—	Zolloberinspektor
Technischer Oberinspektor	—	Technischer Regierungsoberinspektor

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Technischer Oberpostinspektor	—	Technischer Postoberinspektor
Technischer Obertelegrapheninspektor	—	Technischer Fernmeldeoberinspektor
Vermessungsoberinspektor	—	Regierungsvermessungsoberinspektor
Wetterdienstoberinspektor	—	Regierungsoberinspektor
Zollgrenzkommissar	—	Zolloberinspektor
Mittelbarer Bundesdienst		
Bankoberinspektor bei der Deutschen Landesrentenbank	—	Bankoberinspektor
Regierungsoberinspektor	—	Verwaltungsoberinspektor
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 6		
Vizeseekapitän	—	Technischer Bundesbahnoberinspektor
Besoldungsgruppe A 4 c 1		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Kriminalkommissar	A 10	Kriminaloberkommissar
Besoldungsgruppe A 4 c 2		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Finanzinspektor	—	Regierungsinspektor
Inspektor	—	Regierungsinspektor
Kanzleivorsteher beim Bundesverfassungsgericht	—	Regierungsinspektor
Kartographeninspektor	—	Regierungsinspektor
Kriminalinspektor	A 9 kw	—
Nautischer Inspektor	—	Technischer Regierungsinspektor
Seekapitän	—	Kapitän
Technischer Inspektor	—	Technischer Regierungsinspektor
Technischer Telegrapheninspektor	—	Technischer Fernmeldeinspektor
Telegrapheninspektor	—	Fernmeldeinspektor
Vermessungsinspektor	—	Regierungsvermessungsinspektor
Wasserstraßeninspektor	—	Regierungsinspektor
Wetterdienstinspektor	—	Regierungsinspektor
Mittelbarer Bundesdienst		
Bankinspektor bei der Deutschen Landesrentenbank	—	Bankinspektor
Regierungsinspektor	—	Verwaltungsinspektor

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 7		
Erster Seemaschinist auf Hochseefäh- schiffen	—	Technischer Bundesbahninspektor
Erster Seesteuermann auf Hochsee- fährschiffen	—	Technischer Bundesbahninspektor
Besoldungsgruppe A 4 d kw		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Oberpostsekretär	—	Postobersekretär
Obertelegraphensekretär	—	Fernmeldeobersekretär
Besoldungsgruppe A 4 e		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Ministerialregistrator	—	Regierungshauptsekretär
Ministerialregistrator — Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen —	—	Posthauptsekretär
Schleppbetriebsinspektor	—	Regierungshauptsekretär
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 7 b		
Bundesbahnbetriebsinspektor	A 8 kw	—
Hauptverwaltungsregistrator	—	Bundesbahnhauptsekretär
Lokomotivbetriebsinspektor	A 8 kw	—
Technischer Bundesbahnbetriebs- inspektor	A 8 kw	—
Besoldungsgruppe A 5 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Lithograph	A 7 kw	—
Oberwerkmeister im Kraftwagendienst bei der Deutschen Bundespost	—	Technischer Postobersekretär
Oberwerkmeister im Maschinendienst bei der Deutschen Bundespost	—	Technischer Postobersekretär
Telegraphenoberwerkmeister	—	Technischer Fernmeldeobersekretär
Werksekretär	—	Oberwerkmeister
Besoldungsgruppe A 5 b		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Finanzobersekretär	—	Regierungsobersekretär

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Hafenmeister	—	Regierungsobersekretär
Kanzleivorsteher bei der Bundesschuldenverwaltung	—	Regierungsobersekretär
Kanzleivorsteher beim Bundesgesundheitsamt	—	Regierungsobersekretär
Kanzleivorsteher beim Deutschen Patentamt	—	Regierungsobersekretär
Kriminalobersekretär	A 8	Kriminalobermeister
Maschinenbetriebsleiter	—	Obermaschinenmeister
Maschinenbetriebsleiter — Wasserzolldienst —	—	Zollobermaschinenmeister
Maschinenbetriebsleiter auf Seezollkreuzern	—	Zollobermaschinenmeister
Obereichmeister	—	Regierungsobersekretär
Oberpostsekretär	—	Postobersekretär
Oberpostverwalter	—	Postoberverwalter
Oberpräparator	A 7 kw	—
Obersekretär	—	Regierungsobersekretär
Oberstrommeister	—	Regierungsobersekretär
Obertelegraphensekretär	—	Fernmeldeobersekretär
Oberzollsekretär	—	Zollobersekretär
Schiffskapitän	—	Oberschiffsführer
Technischer Obersekretär	—	Technischer Regierungsobersekretär
Vermessungsobersekretär	—	Regierungsvermessungsobersekretär
Wetterdienstobersekretär	—	Regierungsobersekretär
Obermeister im Bundesgrenzschutz	A 8	—
Oberstabsbootsmann	A 8	Hauptbootsmann
Oberstabsfeldwebel	A 8	Hauptfeldwebel
Stabsbootsmann	A 8	Hauptbootsmann
Stabsfeldwebel	A 8	Hauptfeldwebel
Mittelbarer Bundesdienst		
Regierungsobersekretär	—	Verwaltungsobersekretär
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 8		
Oberfernmeldewerkmeister	—	Oberwerkmeister
Obersignalwerkmeister	—	Oberwerkmeister

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Oberwagenwerkmeister	—	Oberwerkmeister
Schiffskapitän	—	Technischer Bundesbahnobersekretär
Schiffsobermaschinist	—	Technischer Bundesbahnobersekretär
Besoldungsgruppe A 6		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Baggermeister	—	Werkmeister
Hafenmeister	—	Regierungssekretär
Maschinenmeister bei der Deutschen Bundespost	—	Technischer Postsekretär
Oberwerkmeister	—	Werkmeister
Oberzollmaschinist	—	Zollmaschinenmeister
Oberzollschiffer	—	Zollschiffsführer
Schiffskapitän	—	Schiffsführer
Schiffsobermaschinist	—	Maschinenmeister
Seeoberschleusenmeister	—	Oberschleusenmeister
Telegraphenbauführer	—	Technischer Fernmeldeseekretär
Telegraphenwerkmeister	—	Technischer Fernmeldeseekretär
Werkmeister im Kraftwagendienst	—	Technischer Postsekretär
Zweiter Seemaschinist	—	Maschinenmeister
Zweiter Seesteuermann	—	Schiffsführer
Besoldungsgruppe A 7 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Betriebsmeister bei der Bundeswasserstraßenverwaltung	—	Regierungssekretär
Finanzsekretär	—	Regierungssekretär
Kanzleivorsteher	—	Regierungssekretär
Kriminalsekretär	A 7	Kriminalmeister
Nautischer Sekretär	—	Technischer Regierungssekretär
Oberforstwart	—	Revierforstwart
Präparator	A 6 kw	—
Schiffahrtsmeister	—	Regierungssekretär
Schiffskapitän	—	Schiffsführer
Schleppbetriebsleiter	—	Regierungssekretär
Schleusenvorsteher	—	Oberschleusenmeister

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Sekretär	—	Regierungssekretär
Strommeister	—	Regierungssekretär
Technischer Sekretär	—	Technischer Regierungssekretär
Telegraphensekretär	—	Fernmeldesekretär
Vermessungssekretär	—	Regierungsvermessungssekretär
Wetterdienstsekretär	—	Regierungssekretär
Meister im Bundesgrenzschutz	A 7	—
Oberbootsmann	A 7	—
Oberfeldwebel	A 7	—
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 9		
Fernmeldewerkmeister	—	Werkmeister
Oberlademeister	—	Betriebsobermeister
Oberlagermeister	—	Betriebsobermeister
Oberleitungsmeister	—	Leitungsobermeister
Oberrangiermeister	—	Betriebsobermeister
Oberrottenmeister	—	Betriebsobermeister
Oberstellwerksmeister	—	Betriebsobermeister
Obersteuermann	—	Technischer Bundesbahnsekretär
Schiffsmaschinist	—	Technischer Bundesbahnsekretär
Signalwerkmeister	—	Werkmeister
Wagenwerkmeister	—	Werkmeister
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 10		
Steuermann	—	Technischer Bundesbahnassistent
Besoldungsgruppe A 7 b		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Verwaltungsassistent in den Ministerien	—	Regierungsassistent (beim Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen: Postassistent)
Besoldungsgruppe A 8 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Assistent	—	Regierungsassistent
Finanzassistent	—	Regierungsassistent

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Maschinenmeister	—	Maschinenführer
Nautischer Assistent	—	Technischer Regierungsassistent
Oberbauaufseher	—	Werkführer
Präparator	A 5 kw	—
Schiffsführer	—	Schiffsassistent
Schiffsmaschinist	—	Maschinenführer
Technischer Assistent	—	Technischer Regierungsassistent
Telegraphenassistent	—	Fernmeldeassistent
Telegraphenwerkführer	—	Technischer Fernmeldeassistent
Vermessungsassistent	—	Regierungsvermessungsassistent
Wasserstraßenassistent	—	Regierungsassistent
Werkführer — bei der Deutschen Bundespost —	—	Technischer Postassistent
Wetterdienstassistent	—	Regierungsassistent
Zollmaschinist	—	Zollmaschinenführer
Zollschiffer	—	Zollschiffsassistent
Hauptwachtmeister im Bundesgrenzschutz	A 6	—
Bootsmann	A 6	—
Fähnrich	A 6	—
Fähnrich zur See	A 6	—
Feldwebel	A 6	—
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 11		
Fernmeldewerkführer	—	Werkführer
Oberkraftwagenführer	—	Obertriebwagenführer
Oberlokomotivheizer	—	Obertriebwagenführer
Reserveschiffsmaschinist	—	Technischer Bundesbahnassistent
Schiffsoberheizer	—	Obertriebwagenführer
Signalwerkführer	—	Werkführer
Wagenmeister	—	Werkführer
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 12		
Lademeister	—	Betriebsmeister
Lagermeister	—	Betriebsmeister

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Rangiermeister	—	Betriebsmeister
Rottenmeister	—	Betriebsmeister
Stellwerksmeister	—	Betriebsmeister
Besoldungsgruppe A 9 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Fernsprechgehilfe	—	Hauptamtsgehilfe
Kanzleiassistent	A 3 kw	—
Kanzleiassistent — beim Deutschen Bundestag —	—	Hauptamtsgehilfe
Magazinmeister	A 3 kw	—
Maschinenmeister	—	Maschinenoberwärter
Postbetriebswart	A 4	Posthauptschaffner
Postkraftwagenführer	A 3 kw	—
Telegraphenbetriebswart	A 4	Fernmeldeoberwart
Telegraphist bei der Bundeswasserstraßenverwaltung	—	Betriebsoberaufseher
Wasserstraßenbetriebswart	—	Betriebsoberaufseher
Werkführer	—	Betriebsoberaufseher
Fahnenjunker	A 5	—
Maat	A 5	—
Seekadett	A 5	—
Unteroffizier	A 5	—
Mittelbarer Bundesdienst		
Kanzleiassistent	A 3 kw	—
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 13		
Kraftwagenführer	A 4	Triebwagenführer
Lokomotivheizer	A 4	Triebwagenführer
Oberamtsgehilfe in der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn	—	Hauptamtsgehilfe
Oberbotenmeister	A 4	Amtsmeister
Schiffsheizer	A 4	Triebwagenführer
Triebwagenführer	A 4	—

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Besoldungsgruppe A 9 b		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Oberwachtmeister im Bundesgrenzschutz	A 5 kw	—
Besoldungsgruppe A 10 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Amtsgehilfe bei den Auslandsbehörden des Auswärtigen Amtes	—	Oberamtsgehilfe
Amtsgehilfe bei der Bundeshauptkasse	—	Oberamtsgehilfe
Amtsgehilfe beim Bundesfinanzhof	—	Oberamtsgehilfe
Amtsgehilfe — beim Bundesrat —	—	Oberamtsgehilfe
Amtsgehilfe beim Deutschen Bundestag	—	Oberamtsgehilfe
Bauaufseher	—	Oberbauaufseher
Betriebsassistent	—	Oberamtsgehilfe
Betriebsassistent — Wasserstraßenverwaltung —	—	Betriebsaufseher
Botenmeister beim Statistischen Bundesamt	—	Oberamtsgehilfe
Drucker	A 3	Postwart
Hausinspektor beim Bundesfinanzhof	A 4	Amtsmeister
Hausinspektor beim Bundesgerichtshof	A 4	Amtsmeister
Hausinspektor beim Bundesverfassungsgericht	A 4	Amtsmeister
Hausinspektor beim Deutschen Patentamt	A 4	Amtsmeister
Laborant	A 2 kw	—
Lagermeister	—	Betriebsaufseher
Maschinist	—	Maschinenwärter
Maschinist — bei der Deutschen Bundespost —	A 3	Postwart
Ministerialamtsgehilfe	—	Oberamtsgehilfe
Ministerialhausinspektor	A 4	Amtsmeister
Oberbotenmeister	A 4	Amtsmeister
Postbetriebsassistent	A 3	Postoberschaffner

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Schiffsführer	A 2 kw	—
Schiffsheizer	—	Maschinenwärter
Schiffsheizer — Wasserzolldienst —	—	Zollmaschinenwärter
Schleusenverwalter	A 3	Schleusenbetriebswart
Telegraphenleitungsaufseher	A 3	Fernmeldewart
Wachtmeister beim Bundesarbeitsgericht	A 3	Justizoberwachtmeister
Wachtmeister beim Bundesdisziplinarhof	A 3	Justizoberwachtmeister
Wachtmeister beim Bundesgerichtshof	A 3	Justizoberwachtmeister
Wachtmeister beim Bundessozialgericht	A 3	Justizoberwachtmeister
Wachtmeister beim Bundesverfassungsgericht	A 3	Hauptamtsgehilfe
Wachtmeister beim Bundesverwaltungsgericht	A 3	Justizoberwachtmeister
Zollbetriebsassistent	A 3	Zolloberwachtmeister
Hauptgefreiter	A 4	—
Mittelbarer Bundesdienst		
Amtsgehilfe — bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte —	—	Oberamtsgehilfe
Betriebsassistent	A 2 kw	—
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 14		
Amtsgehilfe in der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn	—	Oberamtsgehilfe
Oberbahnhofsschaffner	A 3	Betriebsoberaufseher
Oberdrucker	A 3	—
Oberladeschaffner	A 3	Betriebsoberaufseher
Oberlageraufseher	A 3	Betriebsoberaufseher
Oberleitungsaufseher	A 3	Leitungswart
Obermatrose	A 3	Bundesbahnoberschaffner
Oberrangieraufseher	A 3	Betriebsoberaufseher
Oberrottenführer	A 3	Gleiswart
Oberweichenwärter	A 3	Betriebsoberaufseher
Oberwerkmann	A 2 kw	—
Oberzugschaffner	A 3	Bundesbahnoberschaffner

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 15		
Bahnhofsschaffner	—	Betriebsaufseher
Botenmeister	A 3	Hauptamtsgehilfe
Ladeschaffner	—	Betriebsaufseher
Lageraufseher	—	Betriebsaufseher
Leitungsaufseher	A 3	Leitungswart
Maschinist	A 2 kw	—
Matrose	—	Bundesbahnschaffner
Oberschrankenwärter	—	Oberbahnwärter
Rangieraufseher	—	Betriebsaufseher
Rottenführer	A 3	Gleiswart
Weichenwärter	—	Betriebsaufseher
Werkmann	A 2 kw	—
Zugschaffner	—	Bundesbahnschaffner
Besoldungsgruppe A 10 b		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Botenmeister	—	Amtsgehilfe
Botenmeister — mit Stellenzulage —	A 2	Oberamtsgehilfe
Hausmeister	—	Amtsgehilfe
Kastellan	A 1 kw	—
Leuchtfeueroberwärter	—	Signalwärter
Maschinist	A 1 kw	—
Pförtner	—	Amtsgehilfe
Postschaffner	A 2	—
Schleusenoberwärter	A 1 kw	—
Signaloberwärter	—	Signalwärter
Technischer Gehilfe	A 1 kw	—
Zollwachtmeister	A 2	—
Obergefreiter	A 3	—
Mittelbarer Bundesdienst		
Hausmeister	—	Amtsgehilfe

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 16		
Oberbahnwart	A 1 kw	—
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 17		
Schrankenwärter	—	Bahnwärter
Bundesbahnbesoldungsgruppe A 17 a		
Bahnhelfer	A 1 kw	—
Besoldungsgruppe A 10 c		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Wachtmeister im Bundesgrenzschutz	A 4 kw	—
Besoldungsgruppe A 11		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Gefreiter	A 2	—
Besoldungsgruppe A 12		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Grenzjäger im Bundesgrenzschutz	—	Grenzjäger
Grenzoberjäger im Bundesgrenzschutz	A 2 kw	—
Besoldungsgruppe B 4		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Präsident des Bundesdisziplinarhofes	B 9	—
Bundesbahnbesoldungsgruppe B 4		
Direktor der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn	—	Direktor bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn
Besoldungsgruppe B 5		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Oberbundesanwalt beim Bundesgerichtshof	B 8	Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Besoldungsgruppe B 6		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Präsident der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt	B 7	Präsident und Professor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt
Präsident des Deutschen Patentamtes	B 7	—
Präsident des Fernmeldetechnischen Zentralamtes der Deutschen Bundespost	—	Präsident des Fernmeldetechnischen Zentralamtes
Präsident des Statistischen Bundesamtes	B 7	—
Senatspräsident beim Bundesarbeitsgericht	B 7	—
Senatspräsident beim Bundesdisziplinarhof	B 7	—
Senatspräsident beim Bundesfinanzhof	B 7	—
Senatspräsident beim Bundesgerichtshof	B 7	—
Senatspräsident beim Bundessozialgericht	B 7	—
Senatspräsident beim Bundesverwaltungsgericht	B 7	—
Vizepräsident beim Bundesfinanzhof	B 7	Vizepräsident des Bundesfinanzhofes
Vizepräsident des Bundessozialgerichtes	B 7	—
Mittelbarer Bundesdienst		
Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	—	Präsident der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (als Vorsitz der Geschäftsführung)
Präsident des Landesarbeitsamtes Nordrhein-Westfalen	—	Präsident eines Landesarbeitsamtes
Besoldungsgruppe B 7 a		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Bundesdisziplinaranwalt bei dem Bundesdisziplinarhof	—	Bundesdisziplinaranwalt
Bundesrichter bei dem Bundesdisziplinarhof	—	Bundesrichter beim Bundesdisziplinarhof
Präsident der Bundesanstalt für Materialprüfung	B 6	Präsident und Professor der Bundesanstalt für Materialprüfung
Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz	B 8	—

Bisherige Besoldungsgruppe und Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung	Abweichungen von der Regelüberleitung	
	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung oder Dienstgradbezeichnung
Mittelbarer Bundesdienst		
Direktor bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte	—	Direktor bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (als Mitglied der Geschäftsführung)
Präsident des Landesarbeitsamtes Baden-Württemberg, Nordbayern, Südbayern, Berlin, Hessen oder Niedersachsen	—	Präsident eines Landesarbeitsamtes
Vorstandsmitglied der Deutschen Landesrentenbank	—	Direktor der Deutschen Landesrentenbank
Bundesbahnbesoldungsgruppe B 7 a		
Hauptverwaltungsdirigent	—	Ministerialdirigent
Besoldungsgruppe B 7 b		
Mittelbarer Bundesdienst		
Präsident des Landesarbeitsamtes Hamburg, Rheinland-Hessen-Nassau oder Schleswig-Holstein	—	Präsident eines Landesarbeitsamtes
Besoldungsgruppe B 8		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Direktor der Bundesdruckerei	—	Präsident der Bundesdruckerei
Präsident der Wasser- und Schifffahrtsschiffahrtsdirektion Hannover, Münster oder Mainz	—	Präsident einer Wasser- und Schifffahrtsschiffahrtsdirektion
Präsident des Posttechnischen Zentralamtes der Deutschen Bundespost	B 5	Präsident des Posttechnischen Zentralamtes
Mittelbarer Bundesdienst		
Präsident des Landesarbeitsamtes Bremen oder Pfalz	—	Präsident eines Landesarbeitsamtes
Besoldungsgruppe B 9		
Unmittelbarer Bundesdienst		
Präsident der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz	B 3	—
Kommandeur im Bundesgrenzschutz eines Grenzschutzkommandos	B 5	Brigadegeneral im Bundesgrenzschutz

Überleitungsgrundgehälter (§ 37 Abs. 3)

Spalte 1: Grundgehalt einschließlich ruhegehaltfähiger Stellenzulagen nach bisherigem Recht am Tage vor der Verkündung des Gesetzes (Jahresbetrag)

Spalte 2: Überleitungsgrundgehalt (Monatsbetrag)

1	2	1	2
1 440	222	2 070	306
1 520	233	2 080	307
1 536	236	2 090	309
1 560	239	2 100	309
1 600	244	2 110	309
1 620	247	2 120	309
1 638	250	2 140	312
1 650	251	2 150	313
1 690	257	2 160	314
1 700	258	2 170	316
1 710	260	2 180	317
1 740	264	2 190	319
1 750	265	2 200	320
1 780	269	2 210	321
1 790	271	2 220	323
1 800	272	2 230	324
1 824	275	2 240	325
1 840	277	2 260	328
1 850	279	2 270	330
1 870	279	2 280	330
1 880	280	2 290	330
1 890	281	2 300	331
1 900	283	2 320	333
1 930	287	2 350	338
1 940	288	2 360	339
1 960	291	2 370	340
1 970	292	2 380	342
1 980	294	2 390	343
1 990	295	2 400	344
2 000	296	2 410	346
2 010	298	2 440	350
2 020	299	2 450	351
2 030	301	2 460	351
2 050	303	2 470	351
2 060	305	2 480	352

1	2	1	2
2 500	355	4 200	578
2 520	358	4 300	592
2 530	359	4 320	594
2 540	361	4 400	605
2 550	362	4 450	612
2 590	363	4 500	619
2 600	364	4 560	627
2 620	367	4 600	633
2 640	369	4 650	640
2 650	371	4 700	647
2 660	372	4 800	660
2 680	375	4 900	674
2 700	378	4 950	681
2 720	380	5 000	688
2 750	385	5 100	702
2 770	385	5 150	709
2 800	385	5 200	715
2 850	392	5 300	729
2 900	399	5 350	736
2 950	406	5 400	743
2 970	409	5 500	757
3 000	413	5 600	770
3 050	420	5 700	784
3 100	427	5 800	798
3 135	432	5 900	812
3 200	440	6 000	825
3 240	446	6 200	853
3 250	447	6 400	880
3 300	454	6 600	908
3 350	461	6 700	922
3 400	468	6 800	935
3 420	471	7 000	963
3 450	475	7 100	977
3 500	482	7 200	990
3 550	489	7 400	1 018
3 600	495	7 500	1 032
3 700	509	7 600	1 045
3 750	516	7 700	1 059
3 800	523	7 800	1 073
3 900	537	7 900	1 087
3 950	544	8 000	1 100
4 000	550	8 100	1 114
4 050	557	8 200	1 128
4 100	564	8 400	1 155
4 150	571	8 500	1 169

1	2	1	2
8 600	1 183	13 000	1 788
8 800	1 210	14 000	1 925
8 900	1 223	15 000	2 063
9 100	1 252	16 000	2 200
9 200	1 265	17 000	2 338
9 300	1 279	18 000	2 475
9 400	1 293	19 000	2 613
9 500	1 307	22 000	3 025
9 700	1 334	24 000	3 300
9 900	1 362	26 500	3 644
10 000	1 375		
10 500	1 444		
10 600	1 458		
11 600	1 595		
12 600	1 733		

**Verordnung
über die Aufstellung des Ortsklassenverzeichnisses**

2032-1-1

Vom 1. Oktober 1957

Bundesgesetzbl. II S. 1445

Auf Grund des § 13 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes vom 27. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 993) verordnet die Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates: *

§ 1 *

(1) Die Zuteilung der Orte zu den Ortsklassen S und A ergibt sich aus der Anlage zu dieser Verordnung.

(2) Alle in der Anlage nicht aufgeführten Orte im Geltungsbereich des Bundesbesoldungsgesetzes werden der Ortsklasse B zugeteilt.

§ 2 *

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 64 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3 *

§ 4

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1957 in Kraft.

Einleitungssatz, § 1 Abs. 2, § 2: BBesG 2032-1

§ 2: GVBl. Berlin 1957 S. 1721

§ 3: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 1 V v. 14. 7. 1960 II 1877, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1960

Anlage
(zu § 1)

Ortsklassenverzeichnis*

Ort	Kreis	Ortsklasse
Baden-Württemberg		
Aalen	Aalen	A
Achern	Bühl	A
Aichelberg	Eßlingen	A
Aldingen	Ludwigsburg	A
Altbach	Eßlingen	A
Asperg	Ludwigsburg	A
Backnang	Backnang	A
Baden-Baden	kreisfrei	S
Badenweiler	Müllheim	A
Balingen	Balingen	A
Bernhausen	Eßlingen	S
Biberach a. d. Riß	Biberach	A
Bietigheim	Ludwigsburg	A
Bissingen	Ludwigsburg	A
Blankenloch	Karlsruhe	A
Böblingen	Böblingen	S
Bohlsbach nur Rangierbahnhof Offenburg	Offenburg	A
Breisach nur Ionosphäreninstitut	Freiburg	A S
Bretten	Karlsruhe	A
Bruchsal	Bruchsal	A
Brühl	Mannheim	A
Bühl	Bühl	A
Calw	Calw	A
Crailsheim	Crailsheim	A
Denkendorf	Eßlingen	A
Ditzingen	Leonberg	A
Donaueschingen	Donaueschingen	A
Dossenheim	Heidelberg	A
Ebingen	Balingen	A
Ebnet	Freiburg	A
Echterdingen	Eßlingen	S
Edingen	Mannheim	A
Ehingen	Ehingen	A
Eislingen/Fils	Göppingen	A
Emmendingen	Emmendingen	A
Endersbach	Waiblingen	A
Eningen unter Achalm	Reutlingen	A
Eppelheim	Heidelberg	A
Eschach nur Psychiatrisches Landeskranken- haus Weißenau	Ravensburg	A
Eßlingen a. Neckar	Eßlingen	S

Ortsklassenverzeichnis: I. d. F. d. Anlage zu d. V v. 14. 7. 1960 II 1877, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1960

Ort	Kreis	Ortsklasse
Ettlingen	Karlsruhe	A
Faundau	Göppingen	A
Fellbach	Waiblingen	S
Forchheim	Karlsruhe	A
Freiburg	kreisfrei	S
Freudenstadt	Freudenstadt	A
Friedrichshafen	Tettnang	S
Gaggenau	Rastatt	A
Geislingen a. d. Steige	Göppingen	A
Gerlingen	Leonberg	S
Giengen an der Brenz	Heidenheim	A
Göppingen	Göppingen	S
Grenzach	Lörrach	A
Grötzingen	Karlsruhe	A
Großengstingen nur Anlagen der Bundeswehr	Reutlingen	A
Harthausen	Eßlingen	A
Hechingen	Hechingen	A
Heddesheim	Mannheim	A
Hegnach	Waiblingen	A
Heidelberg	kreisfrei	S
Heidenheim	Heidenheim	A
Heilbronn	kreisfrei	S
Hinterzarten	Hochschwarzwald	A
Höfingen	Leonberg	A
Hohenacker	Waiblingen	A
Ilvesheim	Mannheim	A
Karlsruhe	kreisfrei	S
Kehl	Kehl	A
Kemnat	Eßlingen	A
Kirchheim unter Teck	Nürtingen	A
Köngen	Eßlingen	A
Konstanz	Konstanz	A
Korb	Waiblingen	A
Korntal	Leonberg	S
Kornwestheim	Ludwigsburg	S
Künzelsau	Künzelsau	A
Ladenburg	Mannheim	A
Lahr	Lahr	A
Lehen	Freiburg	A
Leimen	Heidelberg	A
Leinfelden	Böblingen	S
Leonberg	Leonberg	A
Lörrach	Lörrach	A
Ludwigsburg	Ludwigsburg	S
Maichingen	Böblingen	A
Mannheim mit Bahnhof Friedrichsfeld (Bad), Nord	kreisfrei	S
Marbach am Neckar	Ludwigsburg	A
Markgröningen	Ludwigsburg	A
Marzell nur Heilstätten Friedrichsheim-Luisenheim (Badenweiler)	Müllheim	A
Mergentheim, Bad	Mergentheim	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Merzhausen	Freiburg	A
Metzingen	Reutlingen	A
Möglingen	Ludwigsburg	A
Mosbach	Mosbach	A
Mühlacker	Vaihingen	A
Müllheim	Müllheim	A
Münchingen	Leonberg	A
Murrhardt	Backnang	A
Musberg	Böblingen	A
Neckargemünd	Heidelberg	S
Neckarhausen	Mannheim	A
Neckarsulm	Heilbronn	A
Neckarweihingen	Ludwigsburg	A
Nellingen auf den Fildern	Eßlingen	A
Neuhausen auf den Fildern	Eßlingen	A
Neureut	Karlsruhe	A
nur Anlagen der Bundeswehr		S
Neustadt	Hochschwarzwald	A
Neustadt	Waiblingen	A
Nürtingen	Nürtingen	A
Nußdorf	Überlingen	A
Oberndorf am Neckar	Rottweil	A
Offingen	Waiblingen	A
Ohringen	Ohringen	A
Offenburg	Offenburg	A
Oftersheim	Mannheim	A
Pforzheim	kreisfrei	S
Pfullingen	Reutlingen	A
Plankstadt	Mannheim	A
Plochingen	Eßlingen	A
Radolfzell	Konstanz	A
Rastatt	Rastatt	S
Ravensburg	Ravensburg	A
Reichenau		
nur Bahnhof, Heil- und Pflegeanstalt, Landesgewerbeschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Schule „Waldsiedlung“ (Konstanz)	Konstanz	A
Reichenbach a. d. Fils	Eßlingen	A
Renningen	Leonberg	A
Reutlingen	Reutlingen	S
Rheinfelden	Säckingen	A
Rommelshausen	Waiblingen	A
Rottweil	Rottweil	A
Ruit	Eßlingen	A
Säckingen	Säckingen	A
Sandhausen	Heidelberg	A
Sankt Blasien	Hochschwarzwald	A
Sankt Georgen	Villingen	A
Sankt Ilgen	Heidelberg	A
Scharnhausen	Eßlingen	A
Schmiden	Waiblingen	A
Schönaich	Böblingen	A
Schopfheim	Lörrach	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Schorndorf	Waiblingen	A
Schramberg	Rottweil	A
Schwäbisch Gmünd	Schwäbisch Gmünd	A
Schwäbisch Hall	Schwäbisch Hall	A
Schwaikheim	Waiblingen	A
Schwenningen a. Neckar	Rottweil	A
Schwetzingen	Mannheim	A
Sielmingen	Eßlingen	A
Sigmaringen	Sigmaringen	A
Sindelfingen	Böblingen	S
Singen (Hohentwiel)	Konstanz	A
Sinsheim	Sinsheim	A
Steinenbronn	Böblingen	A
Stetten auf den Fildern	Eßlingen	A
Stockach	Stockach	A
Stuttgart	kreisfrei	S
Tauberbischofsheim	Tauberbischofsheim	A
Tiengen (Oberrhein)	Waldshut	A
Titisee	Hochschwarzwald	A
Triberg	Villingen	A
Tübingen	Tübingen	S
Tuttlingen	Tuttlingen	A
Überlingen	Überlingen	A
Ulm	kreisfrei	S
Unterböhringen nur Kreiskrankenhaus Kuchberg (Geislingen a. d. Steige)	Göppingen	A
Vaihingen an der Enz	Vaihingen	A
Villingen i. Schwarzwald	Villingen	A
Waiblingen	Waiblingen	A
Waldenbuch	Böblingen	A
Waldshut	Waldshut	A
Wangen i. Allgäu	Wangen	A
Wehr	Säckingen	A
Weil a. Rhein	Lörrach	A
Weinheim	Mannheim	A
Wendlingen	Nürtingen	A
Wernau (Neckar)	Eßlingen	A
Wertheim	Tauberbischofsheim	A
Wiesloch	Heidelberg	A
Wildbad	Calw	A
Ziegelhausen	Heidelberg	A

Bayern

Aibling, Bad	Bad Aibling	A
Aichach	Aichach	A
Altenerding	Erding	A
Altenstadt	Schongau	A
Altötting	Altötting	A
Amberg	kreisfrei	A
Ansbach	kreisfrei	A
Aschaffenburg	kreisfrei	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Augsburg	kreisfrei	S
Baierbrunn	Wolfratshausen	A
Bamberg	kreisfrei	A
Bayerisch Gmain	Berchtesgaden	A
Bayreuth	kreisfrei	A
Bayrischzell	Miesbach	A
Belmbrach nur Anlagen der Bundeswehr	Schwabach	A
Berchtesgaden	Berchtesgaden	A
Berg	Starnberg	A
Bischofswiesen	Berchtesgaden	A
Brückenau	Brückenau	A
Brunnthäl	München	A
Burghausen	Altötting	A
Cham	Cham	A
Coburg	kreisfrei	A
Dachau	Dachau	A
Deggendorf	kreisfrei	A
Dillingen a. d. Donau	kreisfrei	A
Dingolfing	Dingolfing	A
Dittelbrunn	Schweinfurt	A
Donauwörth	Donauwörth	A
Eggenfelden	Eggenfelden	A
Eichstätt	kreisfrei	A
Erding	Erding	A
Erlangen	kreisfrei	S
Ettal nur Gemeindeteil Linderhof	Garmisch-Partenkirchen	A
Eyb	Ansbach	A
Farchant	Garmisch-Partenkirchen	A
Feldafing	Starnberg	A
Feucht	Nürnberg	A
Fischbach b. Nürnberg ohne Gemein- teil Birnthon	Nürnberg	A
Fischbachau	Miesbach	A
Forchheim	kreisfrei	A
Freilassing	Laufen	A
Freising	kreisfrei	A
Friedberg	Friedberg	A
Fuchsstadt nur Anlagen der Bundeswehr	Hammelburg	A
Fürstenfeldbruck	Fürstenfeldbruck	A
Fürth	kreisfrei	S
Füssen	Füssen	A
Garching b. München nur Gemeindeteil Hochbrück	München	A S
Garitz	Bad Kissingen	A
Garmisch-Partenkirchen	Garmisch-Partenkirchen	S
Gauting	Starnberg	A
Geretsried	Wolfratshausen	A
Germering	Fürstenfeldbruck	A
Gersthofen	Augsburg	A
Gilching	Starnberg	A
Göggingen	Augsburg	S

Ort	Kreis	Ortsklasse
Graben nur Anlagen der Bundeswehr	Schwabmünchen	A
Gräfelfing	München	S
Grainau	Garmisch-Partenkirchen	A
Grasbrunn	München	A
Gröbenzell	Fürstenfeldbruck	A
Großberghofen	Dachau	A
Grubweg	Passau	A
Grünwald	München	S
Günding	Dachau	A
Günzburg	kreisfrei	A
Haar	München	S
Hammelburg	Hammelburg	A
Haßfurt	Haßfurt	A
Haunstetten	Augsburg	S
Hebertshausen	Dachau	A
Hechendorf a. Pilsensee	Starnberg	A
Heilbrunn, Bad	Bad Tölz	A
Hennenbach	Ansbach	A
Herrsching a. Ammersee nur Zoll- und Finanzschule	Starnberg	A
Herzogenaurach	Höchstadt a. d. Aisch	A
Höhenkirchen	München	A
Hof	kreisfrei	A
Hohenbrunn	München	A
Icking	Wolfratshausen	A
Illertissen	Illertissen	A
Immenstadt i. Allgäu	Sonthofen	A
Ingolstadt u. Bahnhof Haunwöhr	kreisfrei	A
Jachenau nur Versuchsanstalt für Wasserbau Oberrach	Bad Tölz	A
Karlsfeld	Dachau	A
Karlstadt	Karlstadt	A
Karlstein	Berchtesgaden	A
Kaufbeuren	kreisfrei	A
Kelheim	Kelheim	A
Kempten (Allgäu)	kreisfrei	A
Kissingen, Bad	kreisfrei	S
Kitzingen	kreisfrei	A
Kleinaitingen nur Anlagen der Bundeswehr	Schwabmünchen	A
Kochel	Bad Tölz	A
Krailling	Starnberg	S
Kreuth	Miesbach	A
Kronach	Kronach	A
Kulmbach	kreisfrei	A
Landsberg a. Lech	kreisfrei	A
Landshut	kreisfrei	A
Langengeisling	Erding	A
Lauf (Pegnitz)	Lauf (Pegnitz)	A
Leitershofen	Augsburg	A
Lichtenfels	Lichtenfels	A
Lindau (Bodensee)	kreisfrei	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Lohr a. Main	Lohr a. Main	A
Maisach	Fürstenfeldbruck	A
Maising nur Anlagen der Bundeswehr	Starnberg	A
Manching nur Anlagen der Bundeswehr	Ingolstadt	A
Marktoberdorf	Marktoberdorf	A
Marktrechwitz	kreisfrei	A
Maxhütte-Haidhof	Burglengenfeld	A
Memmingen	kreisfrei	A
Memmingerberg	Memmingen	A
Miesbach	Miesbach	A
Miltenberg	Miltenberg	A
Mittenwald	Garmisch-Partenkirchen	S
Mühldorf	Mühldorf	A
Münchberg	Münchberg	A
München	kreisfrei	S
Murnau	Weilheim	A
Naila	Naila	A
Neuburg a. d. Donau	kreisfrei	A
Neufahrn b. Freising	Freising	A
Neumarkt i. d. OPf.	kreisfrei	A
Neuötting	Altötting	A
Neuried	München	A
Neusäß	Augsburg	A
Neuses	Kronach	A
Neustadt b. Coburg	kreisfrei	A
Neustadt a. d. Saale, Bad	Bad Neustadt a. d. Saale	A
Neu-Ulm	kreisfrei	S
Neuwildflecken nur Anlagen der Bundeswehr	Brückenau	A
Nördlingen	kreisfrei	A
Nürnberg	kreisfrei	S
Oberammergau	Garmisch-Partenkirchen	A
Oberasbach	Fürth	A
Oberfischbach	Bad Tölz	A
Oberhaching	München	A
Obermeitingen nur Anlagen der Bundeswehr	Landsberg a. Lech	A
Obernau nur Aufsichtsbezirk und Bauhof der Wasser- und Schiffsverwaltung	Aschaffenburg	A
Oberpfaffenhofen nur Anlagen der Bundeswehr und Flugfunkforschungsinstitut	Starnberg	S
Oberschleißheim nur Gemeindeteil Oberschleißheim	München	A S
Oberstdorf	Sonthofen	A
Oberstimm nur Anlagen der Bundeswehr	Ingolstadt	A
Ochsenfurt	Ochsenfurt	A
Olching	Fürstenfeldbruck	A
Ottobrunn	München	S
Parsdorf	Ebersberg	A
Passau	kreisfrei	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Pegnitz	Pegnitz	A
Penzing nur Anlagen der Bundeswehr	Landsberg a. Lech	A
Pfaffenhausen nur Anlagen der Bundeswehr	Hammelburg	A
Pfaffenhofen a. d. Ilm	Pfaffenhofen a. d. Ilm	A
Pfarrkirchen	Pfarrkirchen	A
Planegg	München	S
Prien a. Chiemsee	Rosenheim	A
Puchheim	Fürstenfeldbruck	A
Pullach	München	S
Regensburg	kreisfrei	A
Rehau	Rehau	A
Reichenhall, Bad	kreisfrei	S
Rosenheim mit Bahnwärterposten I der Linie Rosenheim-Salzburg	kreisfrei	A
Rothenburg ob der Tauber	kreisfrei	A
Rottach-Egern	Miesbach	A
Rückersdorf	Lauf (Pegnitz)	A
Ruhpolding	Traunstein	A
Schäftlarn	Wolfratshausen	A
Schliersee	Miesbach	A
Schneizlreuth nur Anlagen der Bundeswehr	Berchtesgaden	A
Schönau	Berchtesgaden	A
Schongau	Schongau	A
Schrobenhausen	Schrobenhausen	A
Schwabach	kreisfrei	A
Schwaig	Nürnberg	A
Schwandorf i. Bay.	kreisfrei	A
Schweinfurt	kreisfrei	S
Seehausen	Weilheim	A
Selb	kreisfrei	A
Sennfeld	Schweinfurt	A
Söcking	Starnberg	A
Sonthofen	Sonthofen	A
Stadeln	Fürth	A
Stadtbergen	Augsburg	S
Starnberg	Starnberg	A
Stein b. Nürnberg	Nürnberg	A
Steinebach a. Wörthsee	Starnberg	A
Steppach	Augsburg	A
Straubing	kreisfrei	A
Sulzbach-Rosenberg	Sulzbach-Rosenberg	A
Taufkirchen	München	A
Tegernsee	Miesbach	A
Tölz, Bad	Bad Tölz	S
Traunreut	Traunstein	A
Traunstein	kreisfrei	A
Unterbiberg	München	S
Unterföhring	München	A
Unterhaching	München	S
Untermeitingen nur Anlagen der Bundeswehr	Schwabmünchen	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Unterpfaffenhofen	Fürstenfeldbruck	A
Unterschleißheim	München	A
Vöhringen	Illertissen	A
Waltenhofen nur Bahnhof Kempten-Hegge	Kempten (Allgäu)	A
Weiden	kreisfrei	A
Weilheim	Weilheim	A
Weißenburg i. Bay.	kreisfrei	A
Westheim b. Augsburg	Augsburg	A
Wiessee, Bad	Miesbach	A
Wölbattendorf nur Wetterstation Hof	Hof	A
Wörishofen, Bad	Mindelheim	A
Wolfratshausen	Wolfratshausen	A
Würzburg	kreisfrei	S
Zirndorf	Fürth	A
Berlin		
Berlin		S
Bremen		
Bremen	kreisfrei	S
Bremerhaven	kreisfrei	S
Hamburg		
Hamburg	Freie und Hansestadt	S
Hessen		
Allendorf	Marburg	A
Alsfeld	Alsfeld	A
Bensheim	Bergstraße	A
Bergen-Enkheim	Hanau	A
Biedenkopf	Biedenkopf	A
Bischofsheim	Groß-Gerau	A
Buchschlag	Offenbach	S
Büdingen	Büdingen	A
Butzbach	Friedberg	A
Darmstadt	kreisfrei	S
Dillenburg	Dill	A
Dörnigheim nur Wohnplatz Schleuse-Mainkur mit Dienstwohngebäude	Hanau	A
Dornholzhausen	Obertaunus	A
Egelsbach	Offenbach	A
Eschborn nur Funkempfangs- und Kontroll- stelle des Funkamtes Frankfurt a. M.	Main-Taunus	S
Eschwege	Eschwege	A
Falkenstein	Obertaunus	A
Flörsheim	Main-Taunus	A
Frankenberg	Frankenberg	A
Frankfurt a. M.	kreisfrei	S
Friedberg	Friedberg	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Fritzlar	Fritzlar-Homberg	A
Fulda	kreisfrei	A
Garbenheim	Wetzlar	A
Gelnhausen	Gelnhausen	A
Gießen	kreisfrei	S
Ginsheim-Gustavsburg	Groß-Gerau	A
Glashütten nur Außenstelle des Funkamtes Frankfurt a. M. und Wetterstation auf dem Kleinen Feldberg	Main-Taunus	A
Götzenhain nur Sendestelle der Bundesanstalt für Flugsicherung	Offenbach	A
Griesheim	Darmstadt	A
Großauheim	Hanau	A
Groß-Gerau	Groß-Gerau	A
Hanau	kreisfrei	S
Hattersheim	Main-Taunus	A
Hausen	Offenbach	A
Heppenheim	Bergstraße	A
Hersfeld, Bad	Hersfeld	A
Hofgeismar	Hofgeismar	A
Hofheim a. Taunus	Main-Taunus	A
Homburg v. d. H., Bad	Obertaunus	S
Ihringshausen	Kassel	A
Kassel	kreisfrei	S
Kelkheim	Main-Taunus	A
Kelsterbach	Groß-Gerau	A
Königstein i. Taunus	Obertaunus	A
Korbach	Waldeck	A
Kronberg (Taunus)	Obertaunus	A
Lampertheim	Bergstraße	A
Langen	Offenbach	A
Lauterbach	Lauterbach	A
Limburg a. d. Lahn	Limburg	A
Mansbach nur Nebenstelle der Bundesanstalt für Flugsicherung	Hünfeld	A
Marbach	Marburg	A
Marburg a. d. Lahn	kreisfrei	A
Melsungen	Melsungen	A
Mörfelden	Groß-Gerau	A
Mühlheim am Main	Offenbach	A
Nauheim, Bad	Friedberg	S
Neu-Isenburg	Offenbach	A
Niederkaufungen nur der von der Stadt Kassel einge- meindete Teil	Kassel	S
Nieder-Ramstadt	Darmstadt	A
Niederreifenberg nur Außenstelle des Funkamtes Frankfurt a. M.	Main-Taunus	A
Niedervellmar	Kassel	A
Obertshausen	Offenbach	A
Oberursel (Taunus)	Obertaunus	S

Ort	Kreis	Ortsklasse
Offenbach a. M.	kreisfrei	S
Orb, Bad	Gelnhausen	A
Pfungstadt	Darmstadt	A
Raunheim	Groß-Gerau	A
Rengershausen nur Anlagen der Bundeswehr	Kassel	S
Rosengarten	Bergstraße	A
Rüdesheim a. Rhein	Rheingau	A
Rüsselsheim	Groß-Gerau	S
Salzschlirf, Bad	Fulda	A
Sandershausen	Kassel	A
Schlangenbad nur Wohnplatz Georgenborn	Untertaunus	A
Schlüchtern	Schlüchtern	A
Schneidhain	Obertaunus	A
Schönberg (Taunus)	Obertaunus	A
Schwalbach, Bad	Untertaunus	A
Schwalbach a. Ts. nur Funkempfangs- und Kontroll- stelle des Funkamtes Frankfurt a. M.	Main-Taunus	S
Schwarzenborn nur Anlagen der Bundeswehr	Ziegenhain	A
Simmershausen nur Altersheim der Stadt Kassel und Rheinhardswaldschule	Kassel	S
Soden, Bad	Main-Taunus	A
Sprendlingen	Offenbach	A
Steinheim	Offenbach	A
Sulzbach	Main-Taunus	A
Sulzbach a. Ts. nur Funkempfangs- und Kontroll- stelle des Funkamtes Frankfurt a. M.	Main-Taunus	S
Traisa	Darmstadt	A
Viernheim	Bergstraße	A
Vilbel, Bad	Friedberg	A
Wachenbuchen	Hanau	A
Walldorf	Groß-Gerau	A
Weilburg	Oberlahn	A
Wetzlar	Wetzlar	S
Wiesbaden	kreisfrei	S
Wildungen, Bad	Waldeck	A
Wolfgang	Hanau	A
Zeppelinheim	Offenbach	S

Niedersachsen

Achim	Verden	A
Ahlem	Hannover	A
Alfeld	Alfeld	A
Altenau nur Ortsteil Torfhaus	Zellerfeld	A
Altenesch	Wesermarsch	A
Aurich	Aurich	A
Axstedt nur Anlagen der Bundeswehr und der Bundesvermögens- und Bauver- waltung	Wesermünde	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Baden	Verden	A
Baltrum	Norden	A
Barme nur Anlagen der Bundeswehr	Verden	A
Beckedorf	Osterholz	A
Bemerode	Hannover	A
Bentheim	Grafschaft Bentheim	A
Bierden	Verden	A
Borkum	Leer	A
Brake (Unterweser)	Wesermarsch	A
Braunlage	Blankenburg	A
Braunschweig	kreisfrei	S
Brinkum	Grafschaft Hoya	A
Buchholz	Harburg	A
Bückeberg	Schaumburg-Lippe	A
Burgdorf	Burgdorf	A
Celle	kreisfrei	A
Clausthal-Zellerfeld	Zellerfeld	A
Cloppenburg	Cloppenburg	A
Cuxhaven	kreisfrei	A
Dannenberg	Lüchow-Dannenberg	A
Deblinghausen nur Anlagen der Bundeswehr	Nienburg	A
Dedelstorf nur Anlagen der Bundeswehr	Gifhorn	A
Delmenhorst	kreisfrei	A
Diepholz	Grafschaft Diepholz	A
Duderstadt	Duderstadt	A
Eilsen, Bad	Schaumburg-Lippe	A
Einbeck	Einbeck	A
Emden	kreisfrei	A
Emmelndorf	Harburg	A
Empelde	Hannover	A
Essen, Bad nur Kinderheilstätte Berghof	Wittlage	A
Fallersleben	Gifhorn	A
Faßberg	Celle	A
Fleestedt	Harburg	A
Freißenbüttel nur Heilstätte Bredbeck	Osterholz	A
Gandersheim, Bad	Gandersheim	A
Gifhorn	Gifhorn	A
Glüsing	Harburg	A
Godenstedt nur Anlagen der Bundeswehr	Bremervörde	A
Göttingen	kreisfrei	A
Goslar	kreisfrei	A
Großenkneten nur Anlagen der Bundeswehr sowie Heilstätten Huntlosen und Sannum	Oldenburg	A
Hahnenklee-Bockswiese	Zellerfeld	A
Hameln	kreisfrei	A
Hannover	kreisfrei	S
Harzburg, Bad, einschließlich Bahnhof und Funkstelle Torfhaus	Wolfenbüttel	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Hasbergen	Oldenburg	A
Hehlingen nur Flugsicherungsanlage	Gifhorn	A
Heilshorn	Osterholz	A
Helmstedt	Helmstedt	A
Hemmingen-Westerfeld	Hannover	A
Herzberg am Harz	Osterode am Harz	A
Hesedorf nur Anlagen der Bundeswehr	Bremervörde	A
Hildesheim	kreisfrei	A
Hittfeld	Harburg	A
Hohegeiß	Blankenburg	A
Holzminden	Holzminden	A
Horst	Harburg	A
Isernhagen Niederhäger Bauernschaft	Burgdorf	A
Jever	Friesland	A
Juist	Norden	A
Kirchweyhe	Grafschaft Hoya	A
Klein Stöckheim	Braunschweig	A
Laatzen	Hannover	A
Langen	Wesermünde	A
Langendamm	Nienburg	A
Langenhagen	Hannover	S
Langeoog	Wittmund	A
Langwarden	Wesermarsch	A
Lauterberg, Bad	Osterode am Harz	A
Leer	Leer	A
Lehrte	Burgdorf	A
Letter	Hannover	A
Leuchtenburg	Osterholz	A
Lilienthal	Osterholz	A
Lingen	Lingen	A
Lönhorst	Osterholz	A
Lüchow	Lüchow-Dannenberg	A
Lüneburg	kreisfrei	A
Maschen	Harburg	A
Meckelfeld	Harburg	A
Melle	Melle	A
Meppen	Meppen	A
Metzendorf	Harburg	A
Misburg	Hannover	A
Münden (Hann. Münden)	Münden	A
Neuenkirchen	Osterholz	A
Neuhof	Blankenburg	A
Nienburg	Nienburg	A
Norden	Norden	A
Norderney	Norden	A
Nordhorn	Grafschaft Bentheim	A
Northeim	Northeim	A
Oker	Wolfenbüttel	A
Oldenburg	kreisfrei	A
Osnabrück	kreisfrei	S

Ort	Kreis	Ortsklasse
Osterhagen-Ihlpohl	Osterholz	A
Osterholz-Scharmbeck	Osterholz	A
Osterode am Harz	Osterode am Harz	A
Ovelgönne	Harburg	A
Oyten	Verden	A
Oyterdamm	Verden	A
Peine	Peine	A
Platjenwerbe	Osterholz	A
Pollhöfen nur Wohnplatz Falkenberg	Celle	A
Pyrmont, Bad	Hameln-Pyrmont	A
Ritterhude	Osterholz	A
Rotenburg	Rotenburg	A
Rüningen	Braunschweig	A
Sachsa, Bad	Osterode am Harz	A
Sagehorn	Verden	A
Salzgitter	kreisfrei	A
Scharmbeckstotel	Osterholz	A
Schiffdorf	Wesermünde	A
Schöningen	Helmstedt	A
Schortens	Friesland	A
Schwanewede	Osterholz	A
Seedorf nur Anlagen der Bundeswehr	Bremervörde	A
Seehausen	Osterholz	A
Seelze	Hannover	A
Sehnde	Burgdorf	A
Sengwarden nur Anlagen der Bundeswehr	Friesland	S
Soltau	Soltau	A
Spaden	Wesermünde	A
Spiekerooog	Wittmund	A
Springe	Springe	A
Stade	Stade	A
Stadthagen	Schaumburg-Lippe	A
Stendorf	Osterholz	A
Steyerberg nur Anlagen der Bundeswehr	Nienburg	A
Stuhr	Oldenburg	A
Syke	Grafschaft Hoya	A
Uelzen	Uelzen	A
Uesen	Verden	A
Uphusen	Verden	A
Vechta	Vechta	A
Verden	Verden	A
Vinnhorst	Hannover	A
Vöhrum nur der von der Stadt Peine einge- meindete Teil	Peine	A
Vorsfelde	Helmstedt	A
Walkenried	Blankenburg	A
Wangerooog	Friesland	A
Wennigsen am Deister nur Flugsicherungsanlage	Hannover	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Wesendorf nur Anlagen der Bundeswehr	Gifhorn	A
Westerstede	Ammerland	A
Wieda	Blankenburg	A
Wildeshausen nur Heilstätte	Oldenburg	A
Wilhelmshaven	kreisfrei	S
Winsen a. d. Luhe	Harburg	A
Wittingen	Gifhorn	A
Wolfenbüttel	Wolfenbüttel	A
Wolfsburg	kreisfrei	S
Zorge	Blankenburg	A
Zwischenahn, Bad	Ammerland	A

Nordrhein-Westfalen

Aachen	kreisfrei	S
Ahaus	Ahaus	A
Ahlen	Beckum	A
Albachten	Münster	A
Aldenhoven	Jülich	A
Alsdorf	Aachen	A
Althahlen nur Anlagen der Bundeswehr	Beckum	A
Altena	Altena	A
Altenbögge-Bönen	Unna	A
Altendorf	Ennepe-Ruhr	A
Altendorf-Ulfkotte	Recklinghausen	A
Altflüen	Lüdinghausen	A
Amern	Kempen-Krefeld	A
Angelmodde	Münster	S
Angermund	Düsseldorf-Mettmann	S
Arnsberg	Arnsberg	A
Attendorn	Olpe	A
Augustdorf nur Anlagen der Bundeswehr	Detmold	A
Baesweiler	Selkant-Geilenkirchen- Heinsberg	A
Bardenberg nur Knappschafts Krankenhaus	Aachen	A
Beckum, Stadt	Beckum	A
Bedburg	Bergheim	A
Belecke	Arnsberg	A
Bensberg	Rheinisch-Bergischer	A
Berchum	Iserlohn	A
Berge	Unna	A
Bergheim (Erft)	Bergheim (Erft)	A
Bergisch-Gladbach	Rheinisch-Bergischer	S
Bergkamen	Unna	A
Bergneustadt	Oberbergischer	S
Berleburg	Wittgenstein	A
Beuel	Bonn	S
Bielefeld	kreisfrei	S
Bielstein (Rheinland)	Oberbergischer	A
Blankenstein	Ennepe-Ruhr	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Bocholt	kreisfrei	S
Bochum	kreisfrei	S
Bockum-Hövel	Lüdinghausen	A
Bonn	kreisfrei	S
Bork	Lüdinghausen	A
Borken	Borken	A
Bornheim	Bonn	A
Bottrop	kreisfrei	S
Braam-Ostwhenemar	Unna	A
Brackwede	Bielefeld	S
Brake	Bielefeld	A
Brake i. L. nur Ortsteile Schloß Brake und Lindenhaus	Lemgo	A
Brand	Aachen	A
Brauweiler	Köln	A
Breckerfeld	Ennepe-Ruhr	A
Breitscheid	Düsseldorf-Mettmann	A
Brilon	Brilon	A
Bruckhausen	Dinslaken	A
Brühl	Köln	A
Buchholz	Ennepe-Ruhr	A
Büderich	Grevenbroich	S
Bünde	Herford	A
Büren	Büren	A
Büttgen	Grevenbroich	A
Burgsteinfurt	Steinfurt	A
Burscheid	Rhein-Wupper	A
Buschhütten	Siegen	A
Castrop-Rauxel	kreisfrei	S
Coesfeld	Coesfeld	A
Dahl nur Heilstätte Ambrock	Ennepe-Ruhr	A S
Datteln	Recklinghausen	S
Denklingen nur Lungenheilstätte	Oberbergischer	A
Detmold	Detmold	A
Dinslaken	Dinslaken	S
Dormagen	Grevenbroich	S
Dorsten	Recklinghausen	S
Dortmund	kreisfrei	S
Dreis-Tiefenbach	Siegen	A
Driburg, Bad	Höxter	A
Dülken	Kempen-Krefeld	A
Düren	Düren	A
Dürwiß	Jülich	A
Düsseldorf	kreisfrei	S
Duisburg	kreisfrei	S
Duisdorf	Bonn	S
Eilendorf	Aachen	A
Eitorf	Sieg	A
Elte nur Anlagen der Bundeswehr	Steinfurt	A
Emmerich	Rees	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Emsdetten	Steinfurt	A
Engelskirchen	Rheinisch-Bergischer	A
Ennepetal	Ennepe-Ruhr	A
Ennigerloh	Beckum	A
Ennigloh nur Bahnhof Bünde und Bahn- ansiedlung Blanken	Herford	A
Ergste	Iserlohn	A
Erkelenz	Erkelenz	A
Erkrath	Düsseldorf-Mettmann	A
Eschweiler	Aachen	A
Espelkamp	Lübbecke	A
Essen	kreisfrei	S
Euskirchen	Euskirchen	A
Frechen	Köln	A
Frimmersdorf	Grevenbroich	A
Fröndenberg	Unna	A
Frönsberg nur Lungenheilstätte Frönsper	Iserlohn	S
Gadderbaum	Bielefeld	S
Geilenkirchen	Selkant-Geilenkirchen- Heinsberg	A
Geldern	Geldern	A
Gelsenkirchen	kreisfrei	S
Gennebreck	Ennepe-Ruhr	A
Gescher	Coesfeld	A
Gevelsberg	Ennepe-Ruhr	A
Gimborn	Oberbergischer	A
Gladbeck	kreisfrei	S
Goch	Kleve	A
Godesberg, Bad	Bonn	S
Gohfeld	Herford	A
Grefrath	Kempen-Krefeld	A
Greven	Münster	A
Grevenbroich	Grevenbroich	A
Gronau i. W.	Ahaus	A
Gütersloh	Wiedenbrück	A
Gummersbach	Oberbergischer	S
Gustorf	Grevenbroich	A
Haan	Düsseldorf-Mettmann	A
Haaren	Aachen	A
Hagen	kreisfrei	S
Hahlen nur Schule Minderheide in Minden	Minden	A
Halle (Westf.)	Halle	A
Haltern	Recklinghausen	A
Halver	Altena	A
Hamm	Recklinghausen	S
Hamm (Westf.)	kreisfrei	S
Handorf nur Anlagen der Bundeswehr	Münster	A S
Hangelar	Sieg	S
Harsewinkel	Warendorf	A
Harwick	Coesfeld	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Hasslinghausen	Ennepe-Ruhr	A
Hattingen	Ennepe-Ruhr	S
Heepen	Bielefeld	A
Heeren-Werve	Unna	A
Heessen	Beckum	S
Heiligenhaus	Düsseldorf-Mettmann	A
Heinsberg	Selkant-Geilenkirchen-Heinsberg	A
Hemer	Iserlohn	A
Hennen	Iserlohn	A
Herbede	Ennepe-Ruhr	A
Herdecke	Ennepe-Ruhr	S
Herford	kreisfrei	S
Herne	kreisfrei	S
Herringen	Unna	A
Hersel	Bonn	A
Herten	Recklinghausen	S
Herzogenrath	Aachen	A
Hilden	Düsseldorf-Mettmann	S
Hillegossen	Bielefeld	A
Hiltrup	Münster	S
Hochneukirch	Grevenbroich	A
Höngen	Aachen	A
Hösel	Düsseldorf-Mettmann	A
Hövelhof nur Lager für junge Gefangene und Tbc-Krankenhaus für Justiz- gefangene in Staumühle	Paderborn	A
Höxter	Höxter	A
Hohenlimburg	Iserlohn	A
Holzheim	Grevenbroich	A
Holzlar	Sieg	A
Holzwickede	Unna	A
Homberg	Moers	S
Honnet, Bad	Sieg	S
Horrem	Bergheim (Erft)	A
Hückelhoven-Ratheim	Erkelenz	S
Hückeswagen	Rhein-Wupper	A
Hüls	Kempen-Krefeld	A
Hülscheid	Altena	A
Hürth	Köln	A
Ibbenbüren, Land	Tecklenburg	A
Ibbenbüren, Stadt	Tecklenburg	A
Ilverich	Kempen-Krefeld	A
Ippendorf	Bonn	S
Iserlohn	kreisfrei	S
Jüchen	Grevenbroich	A
Jülich	Jülich	A
Jülich nur Atomforschungsanlage	Jülich	S
Kaarst	Grevenbroich	A
Kamen	Unna	A
Kamp-Lintfort	Moers	S

Ort	Kreis	Ortsklasse
Kapellen	Moers	A
Kellen	Kleve	A
Kempen	Kempen-Krefeld	A
Kettwig	Düsseldorf-Mettmann	A
Kevelaer	Geldern	A
Kierspe	Altena	A
Kirchhellen	Recklinghausen	A
Klafeld	Siegen	A
Kleve	Kleve	A
Köln	kreisfrei	S
Königswinter	Sieg	S
Kohlscheid	Aachen	A
Korschenbroich	Grevenbroich	A
Krefeld	kreisfrei	S
Kreuztal	Siegen	A
Lage	Detmold	A
Langenberg	Düsseldorf-Mettmann	A
Langenfeld	Rhein-Wupper	A
Langst-Kierst	Kempen-Krefeld	A
Lank-Latum	Kempen-Krefeld	A
Laurensberg	Aachen	S
Leichlingen (Rhld.)	Rhein-Wupper	A
Lemgo	Lemgo	A
Lendringsen	Iserlohn	A
Lengsdorf	Bonn	S
Lethmathe	Iserlohn	A
Leverkusen	kreisfrei	S
Liedberg	Grevenbroich	A
Linderhausen	Ennepe-Ruhr	A
Lintorf	Düsseldorf-Mettmann	A
Lippspringe, Bad	Paderborn	A
Lippstadt	Lippstadt	A
Lobberich	Kempen-Krefeld	A
Lövenich	Köln	S
Lohmar	Sieg	A
Lübbecke	Lübbecke	A
Lüdenscheid, Land	Altena	A
Lüdenscheid, Stadt, einschl. Kreis- krankenhaus u. Lungenheilstätte Hellersen	kreisfrei	S
Lüdinghausen	Lüdinghausen	A
Lünen	kreisfrei	S
Marienheide	Oberbergischer	A
Marl	Recklinghausen	S
Massen	Unna	A
Meinerzhagen	Altena	A
Menden	Iserlohn	A
Menden	Sieg	A
Merkstein	Aachen	A
Meschede, Stadt	Meschede	A
Mettingen	Tecklenburg	A
Mettmann	Düsseldorf-Mettmann	A
Metzkäusen	Düsseldorf-Mettmann	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Minden	Minden	S
Mönchengladbach	kreisfrei	S
Moers	Moers	S
Monheim	Rhein-Wupper	A
Monschau	Monschau	A
Mülheim a. d. Ruhr	kreisfrei	S
Münster	kreisfrei	S
Nachrodt-Wiblingwerde	Altena	A
Neersen	Kempen-Krefeld	A
nur die von der kreisfreien Stadt Mönchengladbach eingemeindeten Teile		S
Neheim-Hüsten	Arnsberg	A
Neubeckum	Beckum	A
Neuenrade	Altena	A
Neukirchen	Grevenbroich	A
Neukirchen-Vluyn	Moers	A
Neurath	Grevenbroich	A
Neuß	kreisfrei	S
Neviges	Düsseldorf-Mettmann	A
Niederaden	Unna	A
Nierdollendorf	Sieg	S
Niedermarsberg	Brilon	A
Niedernetphen	Siegen	A
Niedersprockhövel	Ennepe-Ruhr	A
Nienberge	Münster	A
Nierst	Kempen-Krefeld	A
Nievenheim	Grevenbroich	A
Nörvenich	Düren	A
Norf	Grevenbroich	A
Oberaden	Unna	A
Oberaußem-Fortuna	Bergheim (Erft)	A
Oberbruch	Selkant-Geilenkirchen- Heinsberg	A
Oberdollendorf	Sieg	A
Oberhausen	kreisfrei	S
Oberkassel	Sieg	A
Ochtrup	Steinfurt	A
Odenthal	Rheinisch-Bergischer	A
Oedt		
nur der von der Stadt Süchteln eingemeindete Teil	Kempen-Krefeld	A
Oelde	Beckum	A
Oer-Erkenschwick	Recklinghausen	S
Oeynhausen, Bad	Minden	S
Olpe	Olpe	A
Opladen	Rhein-Wupper	S
Orsoy	Moers	A
Ossum-Bösinghoven	Kempen-Krefeld	A
Osterath	Kempen-Krefeld	A
Overath	Rheinisch-Bergischer	A
Paderborn	Paderborn	S
Pelkum	Unna	A
Pesch	Grevenbroich	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Plettenberg	Altena	A
Polsum	Recklinghausen	S
Porz	Rheinisch-Bergischer	S
Pulheim	Köln	A
Quelle	Bielefeld	A
Radevormwald	Rhein-Wupper	A
Ratingen	Düsseldorf-Mettmann	A
Recklinghausen	kreisfrei	S
Rehme nur Nordbahnhof	Minden	A
Remblinghausen nur Heilstätte Ruhrknappschaft	Meschede	A
Remscheid	kreisfrei	S
Rheda	Wiedenbrück	A
Rhede	Borken	A
Rheinberg	Moers	A
Rheine, Stadt	Steinfurt	A
Rheine links der Ems nur Anlagen der Bundeswehr	Steinfurt	A
Rheine rechts der Ems nur Anlagen der Bundeswehr	Steinfurt	A
Rheinhausen	Moers	S
Rheinkamp	Moers	S
Rheydt	kreisfrei	S
Richterich	Aachen	A
Rösrath	Rheinisch-Bergischer	A
Rondorf	Köln	S
Roxel	Münster	A
Ründeroth	Oberbergischer	A
Rünthe	Unna	A
Rumeln-Kaldenhausen	Moers	S
Salzflen, Bad	Lemgo	A
Sankt Mauritz	Münster	A
Sankt Tönis	Kempen-Krefeld	A
Schalksmühle	Altena	A
Schiefbahn	Kempen-Krefeld	A
Schleiden	Schleiden	A
Schloß Neuhaus	Paderborn	A
Schmallenberg	Meschede	A
Schwelm	Ennepe-Ruhr	A
Schwerte	Iserlohn	A
Senne I	Bielefeld	A
Senne II	Bielefeld	A
Setterich	Selkant-Geilenkirchen- Heinsberg	A
Siegburg	Sieg	S
Siegburg-Mülldorf	Sieg	A
Siegen	kreisfrei	S
Sieglar	Sieg	A
Siersdorf	Jülich	A
Soest	Soest	A
Solingen	kreisfrei	S
Stadtlohn	Ahaus	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Stetternich nur Atomforschungsanlage	Jülich	S
Stolberg (Rhld.)	Aachen	A
Strümp	Kempen-Krefeld	A
Stukenbrock nur Sozialwerk	Paderborn	A
Süchteln	Kempen-Krefeld	A
Sundern	Arnsberg	A
Suttrop nur Heilanstalt und Bahnhof Warstein	Lippstadt	A
Tecklenburg	Tecklenburg	A
Telgte, Kirchspiel	Münster	A
Tönisberg	Kempen-Krefeld	A
Troisdorf	Sieg	S
Türnich	Bergheim (Erft)	A
Übach-Palenberg	Selfkant-Geilenkirchen- Heinsberg	A
Unna	Unna	A
Velbert	Düsseldorf-Mettmann	S
Viersen	kreisfrei	A
Voerde	Dinslaken	S
Volmarstein	Ennepe-Ruhr	S
Vreden	Ahaus	A
Waldbauer	Ennepe-Ruhr	S
Waldbröl	Oberbergischer	A
Waldniel	Kempen-Krefeld	A
Walsum	Dinslaken	S
Waltrop	Recklinghausen	S
Wanne-Eickel	kreisfrei	S
Warburg	Warburg	A
Warendorf	Warendorf	A
Warstein	Arnsberg	A
Wassenberg	Selfkant-Geilenkirchen- Heinsberg	A
Wattenscheid	kreisfrei	S
Weddinghofen	Unna	A
Weeze	Geldern	A
Wegberg	Erkelenz	A
Weidenau	Siegen	A
Weisweiler	Düren	A
Welper	Ennepe-Ruhr	A
Wengern	Ennepe-Ruhr	A
Werdohl	Altena	A
Werl	Soest	A
Wermelskirchen	Rhein-Wupper	A
Werne a. d. Lippe	Lüdinghausen	A
Werries nur der von der Stadt Hamm eingemeindete Teil	Unna	A
Wesel	Rees	S
Wesseling	Köln	S
Westerholt	Recklinghausen	S
Westhofen	Iserlohn	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Westtünnen	Unna	A
nur der von der Stadt Hamm eingemeindete Teil		S
Wetter (Ruhr)	Ennepe-Ruhr	S
Wickede	Soest	A
Wickrath	Grevenbroich	A
Wiedenbrück	Wiedenbrück	A
Wiehl	Oberbergischer	A
Wiescherhöfen	Unna	A
Wildenrath	Erkelenz	A
Willich	Kempen-Krefeld	A
Winz	Ennepe-Ruhr	A
Wipperfürth	Rheinisch-Bergischer	A
Witten	kreisfrei	S
Wittlaer	Düsseldorf-Mettmann	A
nur Schloß Kalkum bei Düsseldorf		S
Wolbeck	Münster	A
Wülfrath	Düsseldorf-Mettmann	A
Würselen	Aachen	A
Wuppertal	kreisfrei	S
Zons	Grevenbroich	A

Rheinland-Pfalz

Ahrweiler	Ahrweiler	A
Alflen	Cochem	A
nur Anlagen der Bundeswehr		
Altenkirchen	Altenkirchen	A
Alzey	Alzey	A
Andernach	Mayen	A
Baumholder	Birkenfeld	A
Bergzabern	Bergzabern	A
Bernkastel-Kues	Bernkastel	A
Bertrich, Bad	Cochem	A
Betzdorf	Altenkirchen	A
Bingen	Bingen	A
Bingerbrück	Kreuznach	A
Birkenfeld	Birkenfeld	A
Birkenheide		
nur der von der Gemeinde Bad Dürk- heim eingemeindete Teil	Neustadt a. d. Weinstr.	A
Bitburg	Bitburg	A
Bodendorf	Ahrweiler	A
Boppard	St. Goar	A
Budenheim	Mainz	S
nur Schloßgrundstück Waldthausen		
Büchel	Cochem	A
nur Anlagen der Bundeswehr		
Cochem	Cochem	A
Daun	Daun	A
Diez	Unterlahn	A
Dürkheim, Bad	Neustadt a. d. Weinstr.	A
Ehrang	Trier	A
Emmelshausen	Sankt Goar	A
Emmerzhausen		
nur Anlagen der Bundeswehr	Altenkirchen	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Ems, Bad	Unterlahnkreis	A
Frankenthal	kreisfrei	A
Fröschen nur Bahnhof Pirmasens, Nord	Pirmasens	S
Gillenbeuren nur Anlagen der Bundeswehr	Cochem	A
Güls	Koblenz	A
Hambach	Neustadt a. d. Weinstr.	A
Hechtsheim	Mainz	A
Idar-Oberstein	Birkenfeld	A
Kaiserslautern	kreisfrei	S
Kirchen-Wehbach	Altenkirchen	A
Kirchheimbolanden	Kirchheimbolanden	A
Kirn	Kreuznach	A
Koblenz	kreisfrei	S
Kreuznach, Bad	Kreuznach	A
Kusel	Kusel	A
Landau i. d. Pfalz	kreisfrei	A
Landstuhl	Kaiserslautern	A
Linz a. Rhein	Neuwied	A
Ludwigshafen	kreisfrei	S
Mainz	kreisfrei	S
Mayen	Mayen	A
Montabaur	Unterwesterwald	A
Münster a. Stein, Bad	Kreuznach	A
Neuenahr, Bad	Ahrweiler	A
Neustadt a. d. Weinstr.	kreisfrei	A
Neuwied	Neuwied	A
Niederbreisig, Bad	Ahrweiler	A
Niederlahnstein	St. Goarshausen	A
Oberlahnstein	St. Goarshausen	A
Oppenheim	Mainz	A
Pfalzel	Trier	A
Pirmasens	kreisfrei	S
Prüm	Prüm	A
Ramstein	Kaiserslautern	A
Remagen	Ahrweiler	A
Saarburg	Saarburg	A
Sankt Goar	Sankt Goar	A
Simmern (Hunsrück)	Simmern	A
Sinzig	Ahrweiler	A
Sobernheim	Kreuznach	A
Speyer	kreisfrei	A
Traben-Trarbach	Zell	A
Trier	kreisfrei	S
Ulmen nur Anlagen der Bundeswehr	Cochem	A
Wissen	Altenkirchen	A
Wittlich	Wittlich	A
Worms	kreisfrei	A
Zell	Zell	A
Zweibrücken	kreisfrei	S

Ort	Kreis	Ortsklasse
Saarland		
Sämtliche Orte	—	S
Schleswig-Holstein		
Ahrensburg	Stormarn	S
Alkersum	Südtondern	A
Appen nur Anlagen der Bundeswehr	Pinneberg	A
Archsum	Südtondern	A
Aumühle-Billenkamp und Bahnhof	Herzogtum Lauenburg	S
Bargteheide	Stormarn	A
Barsbüttel	Stormarn	A
Börnsen	Herzogtum Lauenburg	A
Boostedt nur Anlagen der Bundeswehr	Segeberg	A
Borgsum	Südtondern	A
Breitenburg nur Anlagen der Bundeswehr	Steinburg	A
Brekendorf nur Anlagen der Bundeswehr	Eckernförde	A
Büdelsdorf	Rendsburg	A
Dunsum	Südtondern	A
Eckernförde	Eckernförde	A
Eggebek nur Anlagen der Bundeswehr	Flensburg	A
Elmshorn	Pinneberg	A
Escheburg	Herzogtum Lauenburg	A
Eutin	Eutin	A
Flensburg mit Zollamt Flensburg Weiche	kreisfrei	A
Friedrichsgabe	Pinneberg	A
Garstedt	Pinneberg	S
Geesthacht	Herzogtum Lauenburg	S
Glashütte	Stormarn	A
Glinde	Stormarn	S
Glücksburg nur Anlagen der Bundeswehr	Flensburg	A
Goting	Südtondern	A
Gröde, Hallig	Husum	A
Großhansdorf-Schmalenbeck	Stormarn	S
Halstenbek	Pinneberg	A
Harksheide	Stormarn	A
Havighorst b. Reinbek	Stormarn	A
Hedehusum	Südtondern	A
Heide	Norderdithmarschen	A
Heikendorf	Plön	A
Helgoland	Pinneberg	S
Hörnum	Südtondern	A
Hohenlockstedt nur Anlagen der Bundeswehr	Steinburg	A
Hoisbüttel	Stormarn	A
Hooge, Hallig	Husum	A
Husum	Husum	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Itzehoe	Steinburg	A
Jagel nur Anlagen der Bundeswehr	Schleswig	A
Kampen	Südtondern	A
Keitum	Südtondern	A
Kiel	kreisfrei	S
Kölln-Reisiek nur der von der Stadt Elmshorn eingemeindete Teil	Pinneberg	A
Kronshagen	Rendsburg	S
Kropp nur Anlagen der Bundeswehr	Schleswig	A
Langeness, Hallig	Husum	A
Leck nur Anlagen der Bundeswehr	Südtondern	A
List	Südtondern	A
Lübeck	kreisfrei	S
Midlum	Südtondern	A
Mönkeberg	Plön	A
Molfsee	Rendsburg	S
Morsum	Südtondern	A
Münsterdorf nur Funkkontrollmeßstelle und Kreisaltersheim Itzehoe	Steinburg	A
Nebel	Südtondern	A
Neumünster	kreisfrei	A
Neustadt i. Holstein	Oldenburg i. Holstein	A
Nieblum	Südtondern	A
Norddorf	Südtondern	A
Nordstrandischmoor, Hallig	Husum	A
Oevenum	Südtondern	A
Oland, Hallig	Husum	A
Oldenburg (Holstein)	Oldenburg	A
Oldesloe, Bad	Stormarn	A
Oldsum-Klintum	Südtondern	A
Oststeinbek	Stormarn	A
Panker nur Anlagen der Bundeswehr	Plön	A
Pellworm	Husum	A
Pinneberg	Pinneberg	S
Plön	Plön	A
Quickborn	Pinneberg	A
Rantum	Südtondern	A
Ratzeburg	Herzogtum Lauenburg	A
Rausdorf	Stormarn	A
Reinbek	Stormarn	S
Rellingen	Pinneberg	A
Rendsburg	Rendsburg	A
Russee	Rendsburg	A
Schenefeld	Pinneberg	A
Schleswig	Schleswig	A
Schönningstedt	Stormarn	A
Schwartau, Bad	Eutin	A
Segeberg, Bad	Segeberg	A

Ort	Kreis	Ortsklasse
Sparrieshoop nur Funksendestelle Elmshorn	Pinneberg	A
Stadum nur Anlagen der Bundeswehr	Südtondern	A
Stapelfeld	Stormarn	A
Stockelsdorf	Eutin	A
Suchsdorf	Rendsburg	A
Süderende	Südtondern	A
Süderoog, Hallig	Husum	A
Südfall, Hallig	Husum	A
Tarp nur Anlagen der Bundeswehr	Flensburg	A
Timmendorferstrand	Eutin	A
Tinum	Südtondern	A
Toftum	Südtondern	A
Tornesch	Pinneberg	A
Uetersen	Pinneberg	A
Utersum	Südtondern	A
Wedel	Pinneberg	S
Wenningstedt	Südtondern	A
Wentorf, Amtsbezirk Wentorf	Herzogtum Lauenburg	S
Westerland	Südtondern	A
Willinghusen	Stormarn	A
Witsum	Südtondern	A
Wittdün	Südtondern	A
Wohltorf	Herzogtum Lauenburg	S
Wrixum	Südtondern	A
Wyk auf Föhr	Südtondern	A

2032-1-2

Verordnung
über den Unterhaltszuschuß für Bundesbeamte auf Widerruf
im Vorbereitungsdienst
(Unterhaltszuschußverordnung — UZV)

Vom 21. November 1957

Bundesgesetzbl. I S. 1828

Auf Grund des § 79 a des Bundesbeamten-gesetzes in der Fassung vom 18. September 1957 (Bundes-gesetzbl. I S. 1337) wird verordnet:*

§ 1*

Die Bundesbeamten auf Widerruf im Vorberei-tungsdienst (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesbeamten-gesetzes) — Anwärter — erhalten einen Unterhalts-zuschuß nach den folgenden Vorschriften.

§ 2*

Zum Unterhaltszuschuß gehören der Grundbetrag (§ 7), der Verheiratetenzuschlag (§ 8), der Alterszu-schlag (§ 9) und der Kinderzuschlag nach den für Beamte mit Dienstbezügen geltenden Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes.

§ 3*

Die Anwärter erhalten den Unterhaltszuschuß von dem Tage an, mit dem ihre Ernennung wirk-sam wird (§ 10 Abs. 2 des Bundesbeamten-gesetzes). Er entfällt mit dem Tage, an dem das Beamtenver-hältnis endet (§ 6 Abs. 3, § 32 Abs. 2 des Bundes-beamten-gesetzes) oder von dem an die Anwärter einen Anspruch auf Dienstbezüge nach besoldungs-rechtlichen Vorschriften erlangen.

§ 4

Der Unterhaltszuschuß wird monatlich im voraus gezahlt. Ist er nur für einen Teil eines Monats zu zahlen, so wird für jeden Tag ein Dreißigstel des Monatsbetrages gezahlt.

§ 5*

Hat der Anwärter einen arbeitsrechtlichen An-spruch auf ein Entgelt für eine in den Ausbildungs-richtlinien vorgeschriebene Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes, so wird das Entgelt auf den Unterhaltszuschuß angerechnet, soweit dieser

im einfachen Dienst

siebenundachtzig Deutsche Mark,

im mittleren Dienst hundertfünf Deutsche Mark,

im gehobenen Dienst

hundertsechsfundfünfzig Deutsche Mark,

im höheren Dienst

zweihundertfünfundfünfzig Deutsche Mark

monatlich übersteigt.

Einleitungssatz, §§ 1 u. 3: BBG 2030-2

§ 2: BBesG 2032-1

§ 5: I. d. F. d. Art. 1 Nr. 1 V v. 19. 1. 1961 I 53, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1961

§ 6*

Die Vorschriften des § 73 Abs. 2, des § 83 Abs. 2 und der §§ 84, 87, 89 und 183 Abs. 1 des Bundes-beamten-gesetzes über die Dienstbezüge gelten auch für den Unterhaltszuschuß.

§ 7*

Der Grundbetrag beträgt monatlich

für die Anwärter der Laufbahngruppe
des einfachen Dienstes

hundertneunundachtzig Deutsche Mark,

des mittleren Dienstes

zweihundertdreizehn Deutsche Mark,

des gehobenen Dienstes

zweihunderteinundsechzig Deutsche Mark,

des höheren Dienstes

dreihundertdreißig Deutsche Mark.

§ 8*

(1) Den Verheiratetenzuschlag erhalten, soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt,

1. verheiratete Anwärter,

2. verwitwete Anwärter und Anwärter, deren Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt worden ist,

3. ledige Anwärter, die in ihrer Wohnung einer anderen Person nicht nur vorüber-gehend Unterhalt und Unterkunft gewäh-ren, weil sie gesetzlich oder sittlich dazu verpflichtet sind oder aus gesundheitlichen Gründen ihrer Hilfe bedürfen.

(2) Anwärter, deren Ehegatte als Beamter, Richter oder Soldat mit Dienstbezügen oder als Angestellter im öffentlichen Dienst (§ 16 Abs. 2 des Bundes-be-soldungsgesetzes) steht oder auf Grund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst nach beamten-rechtlichen Grundsätzen versorgungsberechtigt ist, er-halten keinen Verheiratetenzuschlag.

(3) Anwärter, deren Ehegatte ebenfalls Anwärter ist, erhalten, wenn ihnen kein Kinderzuschlag zu-steht, keinen Verheiratetenzuschlag. Steht einem oder beiden Ehegatten Kinderzuschlag zu, so erhält nur derjenige den Verheiratetenzuschlag, der der höheren Laufbahngruppe angehört, bei gleicher Laufbahngruppe der ältere.

§ 6: BBG 2030-2

§§ 7 u. 8 Abs. 4: I. d. F. d. Art. 1 Nr. 2 u. 3 V v. 19. 1. 1961 I 53, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1961

§ 8 Abs. 2: BBesG 2032-1

(4) Der Verheiratetenzuschlag beträgt monatlich in der Laufbahngruppe

- des einfachen Dienstes
zweiundsiebzig Deutsche Mark,
- des mittleren Dienstes
vierundachtzig Deutsche Mark,
- des gehobenen Dienstes
dreiundneunzig Deutsche Mark,
- des höheren Dienstes
hundertfünf Deutsche Mark.

(5) Der Verheiratetenzuschlag wird vom Ersten des Monats an gezahlt, in den das für die Gewährung maßgebende Ereignis fällt. Entfällt der Grund für seine Gewährung, so wird die Zahlung erst mit dem Ablauf des nächsten Monats eingestellt.

§ 9*

Die Anwärter erhalten einen monatlichen Alterszuschlag nach der folgenden Übersicht vom Ersten des Monats an, in dem sie das maßgebende Lebensjahr vollendet haben:

	Nach Vollendung des		
	27.	33.	39.
	Lebensjahres		
Anwärter des einfachen Dienstes	36	72	108 DM
Anwärter des mittleren Dienstes	48	96	144 DM
Anwärter des gehobenen Dienstes	59	118	177 DM
Anwärter des höheren Dienstes	71	142	213 DM.

§ 10*

Inwieweit für Anwärter technischer Laufbahnen, für die die Abschlußprüfung einer höheren technischen Lehranstalt oder einer technischen Hochschule vorgeschrieben ist, eine Zulage gewährt werden kann, bleibt einer besonderen Regelung durch den Bundesminister des Innern vorbehalten.

§ 9: I. d. F. d. Art. 1 Nr. 4 V v. 19. 1. 1961 I 53, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1961

§ 10: Zuständigkeit des BMF entfallen, vgl. G v. 20. 8. 1960 I 705

§ 11*

(1) Anwärter des höheren auswärtigen Dienstes, die die Befähigung für eine andere Laufbahn des höheren Dienstes besitzen, erhalten abweichend von § 7 einen Grundbetrag in Höhe von siebenhundert-siebenundachtzig Deutsche Mark.

(2) Anwärter des gehobenen und des höheren auswärtigen Dienstes mit dienstlichem Wohnsitz im Ausland erhalten abweichend von § 2 neben dem Grundbetrag Auslandszulage, Haushaltszuschlag, Kinderzuschlag und Mietzuschuß nach den für Auslandsbeamte mit Dienstbezügen geltenden Vorschriften des Besoldungsrechts. § 2 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend.

§ 12

Ist der Unterhaltszuschuß nach dieser Verordnung niedriger als der Unterhaltszuschuß, der dem Anwärter nach dem bisherigen Recht für den Monat September 1957 zugestanden hat, so erhält der Anwärter vom 1. Oktober 1957 an eine Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedes, bis dieser durch eine Erhöhung des Unterhaltszuschusses ausgeglichen ist.

§ 13*

(1) Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 201 des Bundesbeamtengesetzes auch im Land Berlin.

(2) ...

§ 14*

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1957 in Kraft. ...

Der Bundesminister des Innern

Der Bundesminister der Finanzen

§ 11 Abs. 1: I. d. F. d. Art. 1 Nr. 5 V v. 19. 1. 1961 I 53, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1961

§ 11 Abs. 2: BBesG 2032-1

§ 13 Abs. 1: GVBl. Berlin 1957 S. 1816; BBG 2030-2

§ 13 Abs. 2: Gestrichen durch Art. 1 Nr. 6 V v. 10. 6. 1960 I 328, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 6. 1960

§ 14 Satz 2: Aufhebungsvorschrift

Gesetz über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen

2032-1-3

Vom 8. Juni 1960

Bundesgesetzbl. I S. 324

§ 1*

(1) Das Grundgehalt (§ 5 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) und die unwiderruflichen Stellenzulagen in den Anlagen I und IV des Bundesbesoldungsgesetzes werden um sieben vom Hundert erhöht.

(2) Der Bundesminister des Innern wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen die Sätze des Grundgehalts und der unwiderruflichen Stellenzulagen, die sich aus Absatz 1 in den Anlagen I und IV des Bundesbesoldungsgesetzes ergeben, bekanntzumachen.

(3) Die Ortszuschlagstabelle (Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes) wird durch die Tabelle in der Anlage dieses Gesetzes ersetzt.

§ 2*

Versorgungsbezüge nach § 48 des Bundesbesoldungsgesetzes, nach § 5 des Gesetzes zur Einführung von Beamtenrecht des Bundes im Saarland und entsprechende Versorgungsbezüge, auf die ein

§ 1 Abs. 1 u. 2: Sätze des Grundgehalts u. der unwiderruflichen Stellenzulagen (vgl. Bek. v. 9. 6. 1960 I 326) mit Wirkung v. 1. 1. 1961 ersetzt durch die Sätze in der Anlage 1 des G v. 23. 12. 1960 2032-1-4, abgedruckt BBesG 2032-1 Anlage I (vgl. S. 26 dieser Lieferung)

§ 1 Abs. 3: Ortszuschlagstabelle (hier nicht abgedruckt, vgl. Bundesgesetzbl. 1960 I 325) mit Wirkung v. 1. 1. 1961 ersetzt durch die Tabelle in der Anlage 2 des G v. 23. 12. 1960 2032-1-4, abgedruckt BBesG 2032-1 Anlage II (vgl. S. 27 dieser Lieferung)

§ 2 Nr. 1: Neu geregelt mit Wirkung v. 1. 1. 1961 durch § 2 Nr. 1 G v. 23. 12. 1960 2032-1-4; BBesG 2032-1

§ 2 Nr. 2 Kursivdruck: Neu geregelt mit Wirkung v. 1. 1. 1961 durch § 2 Nr. 2 G v. 23. 12. 1960 2032-1-4; BBesG 2032-1

Anspruch in der Zeit vom 1. April 1957 bis zum Tage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden ist, werden wie folgt erhöht:

1. wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt nach einer Besoldungsordnung des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, durch Zugrundelegung des Grundgehalts, der unwiderruflichen Stellenzulagen und des Ortszuschlages nach § 1 Abs. 2 und 3;
2. wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt zugrunde liegt, das sich nicht aus einer Besoldungsordnung des Bundesbesoldungsgesetzes ergibt, durch Erhöhung dieses Grundgehalts (einschließlich der ruhegehaltfähigen Zulagen) um sieben vom Hundert und unter Zugrundelegung des Ortszuschlages nach § 1 Abs. 3;
3. wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt nicht zugrunde liegt, durch Erhöhung dieser Bezüge um sieben vom Hundert.

§ 3*

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Juni 1960 in Kraft.

§ 3: GVBl. Berlin 1960 S. 541

2032-1-4

**Zweites Gesetz
über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen
(Zweites Besoldungserhöhungsgesetz)**

Vom 23. Dezember 1960

Bundesgesetzbl. I S. 1079

§ 1*

(1) Die Sätze des Grundgehalts und der unwiderruflichen Stellenzulagen in den Anlagen I und IV des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Juni 1960 (Bundesgesetzblatt I S. 326) werden durch die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes ersetzt.

(2) Die Ortszuschlagstabelle (Anlage II des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen vom 8. Juni 1960 — Bundesgesetzbl. I S. 324) wird durch die Tabelle in der Anlage 2 dieses Gesetzes ersetzt.

§ 2*

Versorgungsbezüge nach § 48 des Bundesbesoldungsgesetzes, nach § 5 des Gesetzes zur Einführung von Beamtenrecht des Bundes im Saarland und entsprechende Versorgungsbezüge, auf die ein Anspruch in der Zeit vom 1. April 1957 bis zum Tage vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entstanden ist, werden wie folgt erhöht:

1. wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt nach einer Besoldungsordnung des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt,

§ 1 Abs. 2: G v. 8. 6. 1960 2032-1-3

§ 2: BBesG 2032-1; G zur Einführung von Beamtenrecht im Saarland 2030-5; G v. 8. 6. 1960 2032-1-3

Anlage 1*

(zu § 1 Abs. 1)

**Sätze des Grundgehalts und der unwiderruflichen Stellenzulagen
in den Anlagen I und IV des Bundesbesoldungsgesetzes**

Anlage 2*

(zu § 1 Abs. 2)

Ortszuschlag

durch Zugrundelegung des Grundgehalts, der unwiderruflichen Stellenzulagen und des Ortszuschlages nach § 1;

2. wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt zugrunde liegt, das sich nicht aus einer Besoldungsordnung des Bundesbesoldungsgesetzes ergibt, durch Erhöhung des nach § 2 Nr. 2 des Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen vom 8. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 324) berechneten Grundgehalts (einschließlich der ruhegehaltfähigen Zulagen) um acht vom Hundert und unter Zugrundelegung des Ortszuschlages nach § 1 Abs. 2;
3. wenn der Bemessung der Versorgungsbezüge ein Grundgehalt nicht zugrunde liegt, durch Erhöhung der nach § 2 Nr. 3 des Gesetzes über die Erhöhung von Dienst- und Versorgungsbezügen vom 8. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 324) berechneten Bezüge um acht vom Hundert.

§ 3*

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 4

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1961 in Kraft.

§ 3: GVBl. Berlin 1961 S. 166

Reise- und Umzugskosten

2032-2 bis 2032-3-2

Die Vorschriften sind mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuregelung nur mit der Überschrift aufgenommen
gem. § 3 Abs. 2 G v. 10. 7. 1958 114-2

2032-2

Gesetz über Reisekostenvergütung der Beamten

Vom 15. Dezember 1933

Reichsgesetzbl. I S. 1067

- Anderungen:**
- a) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Reisekostenvergütung der Beamten v. 4. 5. 1937 I 575
 - b) Artikel VI G v. 30. 3. 1943 I 189
 - c) § 1 Verordnung über die Höhe des Tage- und Übernachtungsgeldes und des Beschäftigungstagegeldes der Beamten v. 20. 12. 1956 I 1079
 - d) § 63 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz 2032-1 i. V. m. d. Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen v. 16. 8. 1957 MinBlFin. S. 968
 - e) § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 11 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957
- Hinweise:**
- a) Für die Soldaten der Bundeswehr gelten nach § 30 Abs. 2 Soldatengesetz 51-1 die Vorschriften über die Reisekostenvergütung der Bundesbeamten entsprechend
 - b) Zu § 1 Abs. 4 Reisekostengesetz vgl. §§ 19 u. 22 Bundesbahngesetz 931-1 u. §§ 29 u. 31 Abs. 3 Gesetz über die Deutsche Bundesbank v. 26. 7. 1957 I 745
-

2032-2-1

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Reisekostenvergütung der Beamten vom 15. Dezember 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 1067)

Vom 16. Dezember 1933

Reichsbesoldungsbl. S. 192

- Anderungen:**
- a) Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Reisekostenvergütung v. 28. 6. 1937 RBB S. 207
 - b) Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Reisekostenvergütung der Beamten v. 9. 1. 1940 RBB S. 8
 - c) Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Reisekostengesetz v. 30. 5. 1941 RBB S. 164
 - d) Vereinfachung der Reisekostenbestimmungen; hier: Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Reisekostengesetz v. 11. 9. 1942 RBB S. 178
 - e) § 199 Abs. 4 Bundesbeamtengesetz 2030-2
 - f) § 63 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz 2032-1 i. V. m. d. Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen v. 16. 8. 1957 MinBlFin. S. 968
- Hinweis:** Für die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen BMI und BMF vgl. Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957
-

2032-2-2

**Bestimmungen über Vergütung
bei vorübergehender auswärtiger Beschäftigung der Beamten**

Vom 11. September 1942

Reichshaushalts- und Besoldungsbl. S. 184

- Änderungen:**
- a) § 2 Verordnung über die Höhe des Tage- und Übernachtungsgeldes und des Beschäftigungstagegeldes der Beamten v. 20. 12. 1956 I 1079
 - b) § 63 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz 2032-1
 - c) Verordnung über Reisebeihilfen für Familienheimfahrten v. 9. 10. 1960 I 826, in Kraft getreten mit Wirkung v. 1. 1. 1960

Hinweis: Für die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen BMI und BMF vgl. Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

2032-2-3

**Sonderbestimmungen
für Auslandsdienstreisen der Reichsbeamten**

Vom 22. Dezember 1933

Reichsbesoldungsbl. 1934 S. 1

Hinweis: Für die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen BMI und BMF vgl. Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

2032-2-4

**Bestimmungen
über Vergütung bei Abordnung zu einer auswärtigen
Beschäftigungsstelle, zu Lehrkursen und dergleichen
von Inlandsbeamten in das Ausland sowie von Auslandsbeamten
im Ausland und in das Inland**

Vom 7. Februar 1934

Reichsbesoldungsbl. S. 20

Hinweis: Für die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen BMI und BMF vgl. Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

2032-3

Gesetz über Umzugskostenvergütung der Beamten

Vom 3. Mai 1935

Reichsgesetzbl. I S. 566

- Anderungen:
- a) Verordnung zur Änderung des Gesetzes über Umzugskostenvergütung der Beamten v. 30. 5. 1941 I 300
 - b) Verordnung v. 11. 5. 1943 I 289
 - c) Abschn. I Verordnung über Änderungen des Umzugskostenrechts v. 30. 4. 1953 I 191
 - d) § 199 Abs. 4 Bundesbeamtengesetz 2030-2
 - e) § 63 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz 2032-1 i. V. m. d. Rundschreiben des Bundesministers der Finanzen v. 16. 8. 1957 MinBlFin. S. 968
 - f) § 1 Abs. 1 Satz 1 u. Satz 2 Nr. 12 Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

- Hinweise:
- a) Für die Soldaten der Bundeswehr gelten nach § 30 Abs. 2 Soldatengesetz 51-1 die Vorschriften über die Umzugskostenvergütung der Bundesbeamten entsprechend.
 - b) Zu § 13 Umzugskostengesetz vgl. §§ 19 u. 22 Bundesbahngesetz 931-1 u. §§ 29 u. 31 Abs. 3 Gesetz über die Deutsche Bundesbank v. 26. 7. 1957 I 745

2032-3-1

Durchführungsverordnung zum Gesetz über Umzugskostenvergütung der Beamten vom 3. Mai 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 566)

Vom 7. Mai 1935

Reichsbesoldungsbl. S. 40

- Anderungen:
- a) Umzugskostenvorschriften v. 26. 4. 1937 RBB S. 184
 - b) Umzugskosten v. 27. 1. 1939 RBB S. 22
 - c) Änderung der Durchführungsverordnung zum Umzugskostengesetz v. 9. 1. 1940 RBB S. 8
 - d) Umzugskosten v. 23. 4. 1940 RBB S. 132
 - e) Vereinfachung des Umzugskostenrechts; hier: Trennungentschädigung v. 11. 9. 1942 RBB S. 186
 - f) Abschn. II Verordnung über Änderungen des Umzugskostenrechts v. 30. 4. 1953 I 191
 - g) § 199 Abs. 4 Bundesbeamtengesetz 2030-2
 - h) § 63 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz 2032-1

- Hinweise:
- a) Für die Soldaten der Bundeswehr gelten gem. § 30 Abs. 2 Soldatengesetz 51-1 die Vorschriften über die Umzugskostenvergütung der Bundesbeamten entsprechend; vgl. auch § 62 Soldatenversorgungsgesetz 53-4
 - b) Für die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen BMI und BMF vgl. Zuständigkeitsgesetz v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957

**Sondervorschriften
für Auslandsumzüge der Beamten**

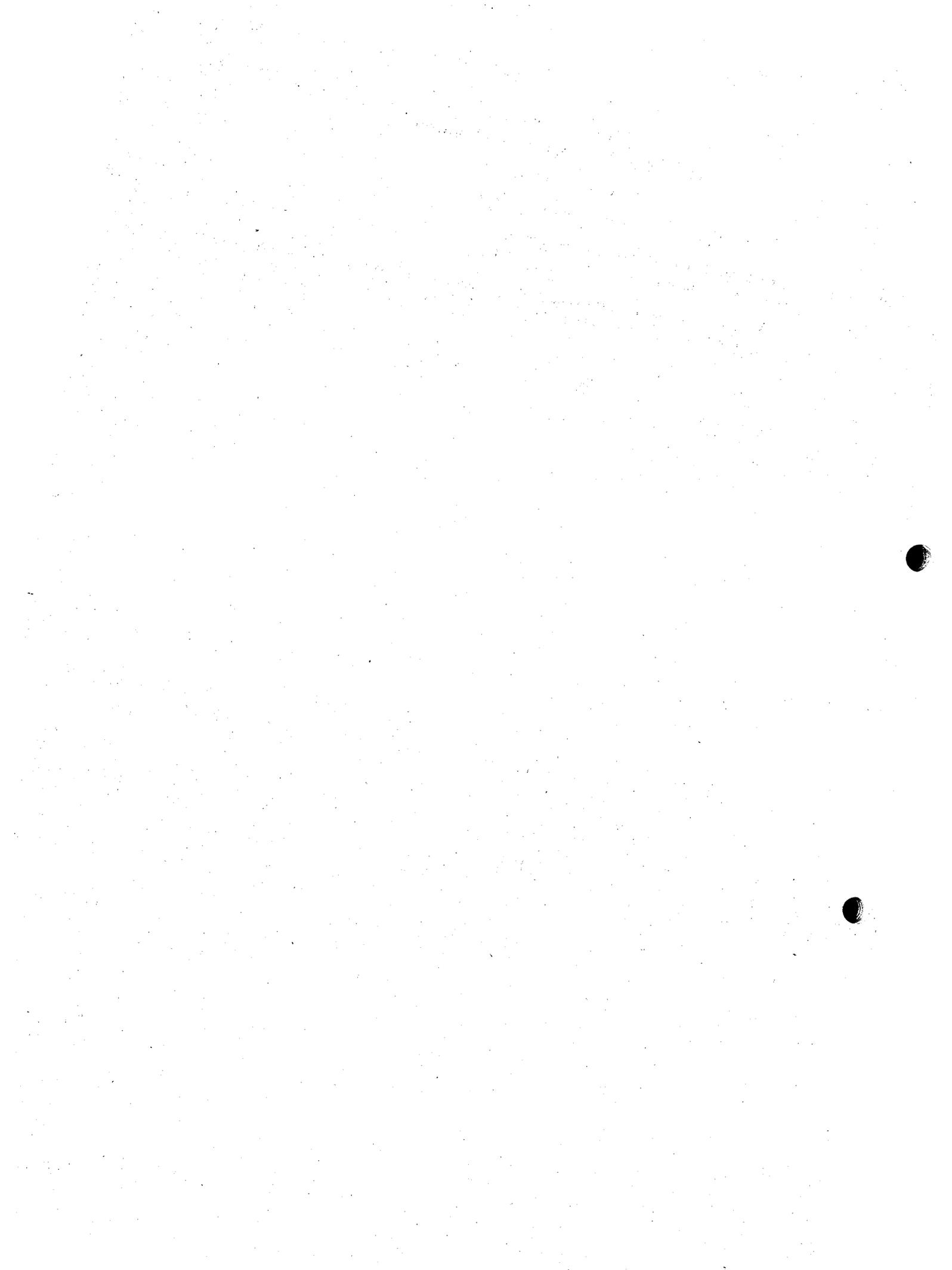
2032-3-2

Vom 12. Juli 1935

Reichsbesoldungsbl. S. 81

- Anderungen: a) § 199 Abs. 4 Bundesbeamtengesetz 2030-2
b) § 63 Abs. 2 Bundesbesoldungsgesetz 2032-1

Hinweis: Für die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen BMI und BMF vgl. Zuständigkeitsgesetz
v. 20. 8. 1960 I 705, in Kraft getreten mit Wirkung v. 31. 10. 1957



Abkürzungsverzeichnis

Abs.	= Absatz	GVBl.	= Gesetz- und Verordnungsblatt
Abschn.	= Abschnitt	i. d. F.	= in der Fassung
Art.	= Artikel	i. V. m.	= in Verbindung mit
aufgeh.	= aufgehoben	MinBlFin.	= Ministerialblatt der Finanzen
BBG	= Bundesbeamtengesetz	Nr.	= Nummer
BBesG	= Bundesbesoldungsgesetz	RBB	} = Reichsbesoldungsblatt, Reichshaushalts- und Besoldungsblatt
Bek.	= Bekanntmachung	Reichsbesoldungsbl.	
BMF	= Bundesminister der Finanzen	RdSchr.	= Rundschreiben
BMI	= Bundesminister des Innern	Reichsgesetzbl.	= Reichsgesetzblatt
Buchst.	= Buchstabe	S.	= Seite
Bundesgesetzbl.	= Bundesgesetzblatt	u.	= und
d.	= der, die, das, des, dem, den	V	= Verordnung
eingef.	= eingefügt	v.	= vom
G	= Gesetz	verk.	= verkündet
G 131	= Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen	vgl.	= vergleiche
gem.	= gemäß	Zuständigkeitsgesetz	= Gesetz über die Zuständigkeit auf dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes
GMBL.	= Gemeinsames Ministerialblatt		

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz — Verlag: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH., Bonn/Köln — Druck: Bundesdruckerei Berlin
Laufender Bezug im Abonnement für alle Rechtsgebiete nur durch den Verlag. Bezugspreis pro Blatt (2 Seiten) DM 0,05
einschließlich Versandkosten

Einzelhefte von allen Rechtsgebieten DM 0,07 pro Blatt zuzüglich Versandgebühren, gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages
auf Postscheckkonto „Sammlung des Bundesrechts, Bundesgesetzblatt Teil III“ Köln 11 28 oder nach Zahlung auf Grund einer Vorausrechnung
Preis dieser Ausgabe DM 3,22 zuzüglich Versandgebühren DM 0,25